

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolon-  
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereinst- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.

**Korrespondenz:** Kant 1, Nr. 1508.  
**Telegraphisch-Adressen:**  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 21. Februar 1897.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Ein Jubiläum der Schande.

Heute vor zehn Jahren — am 21. Februar 1887 — wurde der Kartell-Reichstag gewählt, dessen schmachtvolle Tätigkeit im Einklang war mit seiner schmachtvollen Entstehungsgeschichte. Nüchtern dem Reichstage, der 1878 das Sozialistengesetz und dann die Korruptionsapportirte, war der von 1887 ein Angst-Reichstag in des Wortes vorwiegendster Bedeutung, und gleich dem Reichstage von 1878 ging er aus Wahlen hervor, die einer raffiniert in Szene gesetzten Auflösung gefolgt sind. Damals — 1878 — war Fürst Bismarck am Ende seines Lateins.

Einige Jahre später gestand er einem russischen Freunde, der es veröffentlichte, mit zynischem Freimuth ein, er habe anfangs 1878 eingeschaut, daß er bei normalem Verlauf der Dinge im Reichstage auf keine Majorität rechnen, und daß nur noch ein Appell an das Volk — im Stil eines Napoleonischen Plebiszits — ihm helfen könne. Wie er seinen langer Hand vorbereiteten Plan ausführte, wie er das Terzerol des Stöcker'schen Agenten und Halbdioten Höbel und später die Schrotbüchse des verrückten nationalliberalen Agitators Nobiling dazu benutzte, um den Nothen Schrecken zu verbreiten und eine Hag gegen die Sozialdemokratie in Szene zu setzen; wie er, als seine Reptilpresse und die ihm dienenden Parteien das Volk in einen Zustand unzurechnungsfähigen Schreckens hineingehebt und gelogen hatten, den Reichstag auflöste; wie ein wilder, wüster Terrorismus gegen die Sozialdemokratie geübt wurde, so daß von Freiheit der Wahlbewegung nicht die Rede sein konnte — das ist unsern Lesern in das Gedächtnis eingebrannt, und wird, sammt dem ungeheueren Frevel des Sozialistengesetzes niemals vergessen werden.

Von der Angstwahl des Jahres 1878 fristete Fürst Bismarck seine politische Existenz sechs Jahre lang. Nachdem die Wahlen von 1881 ihm noch eine gefügige Majorität gegeben hatten — wenn auch keine so große, wie die erste Angstwahl — offenbarte die Wahl von 1884 ein entschiedeneres Erstarken der Opposition: es war keine feste Regierungsmajorität mehr da. Bismarck war abermals in der Sackgasse, aus der er sich nur durch eine abermalige Auflösung und eine zweite Angstwahl befreien konnte — wenn überhaupt noch ein Ausweg zu brechen war.

Bismarck ging methodisch zu Werk. Die Wählerschaft mußte wieder so geängstigt werden, daß die Vernunft aufhörte, und panischer Schreck die Massen in die Arme des Retters Bismarck trieb. Aber mit dem rothen Gespenst ging es nicht mehr. Die deutsche Sozialdemokratie hatte unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, trotz aller Knebelung, mit solchem Erfolg die Bismarck'schen Lügen und Verleumdungen widerlegt, und durch geschickte Propaganda sich in den weitesten Volkskreisen so lebhaft und tiefe Sympathien erkämpft, daß Bismarck nach mehreren vergeblichen Anläufen sich von der Aussichtslosigkeit eines Feldzuges mit dem rothen Gespenst überzeugen mußte. Was thun? Nur ein Gespenst befand sich noch in der Kämmer der Reaktion, das bei guter Handhabung gleich gute Wirkungen versprach, wie weiland das rothe Gespenst: das Kriegsgespenst. Es wurde hervorgerufen und zweckmäßig aufgezogen. Einige der bekanntesten Kalkwasserstrahler nach Paris bereiteten die nötige Stimmung vor, und den Rest besorgte Bismarck mit seinem Beamtenapparat, seinem Reptilienfonds und seinem Boulanger. Dieser Boulanger war inzwischen französischer Kriegsminister geworden — ein Theaterheld, schauspielender Dramarbas, Hohlkopf, Hühnerhahn, der immer in Geldverlegenheit war, und Phrasenheld, der um jeden Preis eine Rolle spielen wollte. Das war der Mann, den Bismarck brauchte; und als der liebe Boulanger sich geräuschvoll daran machte, die französische Armee zu reformieren und mit der „Revanche“ zu liebäugeln begann, da war der Bauan fertig. Bismarck wußte zwar sehr genau, wie wüthig es mit dem „braven General“ bestellt war, den ein Schwarm preussischer Espione auf Schritt und Tritt überwachte und — inspirierte; er wußte, daß der „Nitter ohne Furcht und Tadel“ von Schürzenstipendien lebte; er wußte, daß die französische Armereform für Deutschland absolut nichts Bedrohliches hatte — doch wozu ist man genialer Staatsmann? Boulanger, begossen von dem Goldregen des Reptilienfonds, wuchs zu riesiger Größe, er wurde zum Napoleon der Revanche — und bald war in der deutschen Presse von nichts mehr die Rede als von dem fürchterlichen Boulanger.

Natürlich müssen wir Deutsche uns gegen die Gefahr fassen. Wozu ist man genialer Staatsmann? Eine neue Militär-Vorlage erschien plötzlich in Sicht. Mehr Soldaten, und zwar, damit der Boulanger merkt, daß es auch ernst ist: gleich auf sieben Jahre. Das famos Septennat in vergrößerter Ausgabe. Und siehe da, eines schönen Tages trat Bismarck vor den Reichstag mit seiner, zu monströsem Umfang angeschwollenen Militär- und Septennatforderung. Der Reichstag hatte einen tüchtigen Aderlass erwartet, allein was kam war schlimmer als das Schlimmste, das erwartet worden: Erhöhung der Friedens-Präsenz um 41 000, d. h. auf 468 409 Mann — und das gleich auf sieben Jahre, so daß das Budgetrecht des Reichstages abermals für sieben Jahre suspendirt war. Dagegen sträubte sich die Majorität. Sie blieb indeß nicht fest. Nach längerem Schachern war sie bereit, die geforderte Truppenmasse auf drei Jahre zu bewilligen. In soweit die behauptete Kriegsgefahr in betracht war,

konnte die Regierung nichts einwenden. Denn es handelte sich, wenn wirklich Gefahr drohte, um den Moment, nicht um eine ferne Zukunft. Aber Bismarck wollte auflösen. Und als am 14. Januar 1887 der Reichstag die Bewilligung für drei Jahre mit 188 gegen 154 Stimmen angenommen hatte, löste Bismarck sofort auf. Die Neuwahlen wurden auf den 21. Februar festgesetzt — eine Frist von bloß 5 Wochen. Das Volk sollte überrumpelt, ihm kein Augenblick zur ruhigen Ueberlegung gelassen werden. Der Bismarck'sche Wahlapparat arbeitete mit äußerstem Hochdruck. Die Konservativen traten mit den Nationalliberalen zum Kartell zusammen, dessen Programm war: Bismarck sans phrase! Boulanger nahm von Tag zu Tag gigantischere Dimensionen an. Die französischen Soldaten rückten an die deutsche Grenze, wo schon ein Barackenlager entstand. Die letzte Kuh wurde dem deutschen Bauer vom Juaven aus dem Stall gestohlen; die deutschen Frauen und Jungfrauen von den Rothhosen geschändet — wenn das Bismarck'sche Septennat nicht bewilligt ward. Ein Hoch- und Landesverräter, der die nötigen Mittel zum Schutz der deutschen Küste und Ozean und der deutschen Frauen und Jungfrauen verweigerte. Und damit die groteske Komödie geglaubt werde, wurden die famosen rothbekleideten Karren überall angeleibt, und fanden in verschiedenen Städten Alarimungen der Garnison statt: mit geheimnißvollen Truppenbewegungen. Am Vorabend der Wahl brachen sogar Franzosen in Deutschland ein — natürlich auf dem Papier. Und abgesehen von diesem allgemeinen Feldzug der Lüge und Täuschung überall noch im einzelnen systematische Wahlbeeinflussungen größter Art.

Niemals ist eine fanalbühere Pösse aufgeführt, niemals mit niedrigeren Mitteln für niedrigere Zwecke gewirkt worden. Die Massen waren in Angst und Schrecken gejagt, und das Banner, unter dem das Kartell socht, war das Hasenpanier, auf dem die Worte geschrieben standen: Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt — das sprachige Plagiat aus dem französischen, das Bismarck mit menschenverachtendem Hohn und Spott von der Tribüne des Reichstages in das Land geschrien hatte.

Der Streich gelang. Der 21. Februar 1887 gab Bismarck seine Hurrah-Majorität, die im Handumdrehen das Septennat bewilligte, und außerdem noch im Handumdrehen 176 Millionen für Festungsbauten — und Steuern (die Brauntweinsteuer) im Betrage von 100, und die Zudersteuer) von 40 Millionen; und ferner noch ein neues Landsturmgesetz — Bewilligungen, die den deutschen Steuerzahler um viele Hunderte von Millionen belasteten. Kurz der Angst-Reichstag des Jahres 1887 hat dem des Jahres 1878 sich würdig an die Seite gestellt. Jener mit seinem infamen Sozialistengesetz und der agrarischen Wirtschaftspolitik, die uns seitdem — in nicht ganz 19 Jahren — vier bis fünftausend Millionen Mark gekostet hat — dieser mit seiner Milliarde, dem Moloch des Militarismus hingeworfen; mit seiner kolossalen Vermehrung der Steuern, die das Volk den Reichern als Almosen zu zahlen hat; mit seinen Attentaten auf die Rechte des Volkes.

Seiter ist nur, daß ein dieser Attentate wenigstens sich direkt gegen seine Urheber gewandt hat. Um der Kartellmehrheit, an deren Zukunft die Hurrahmajorität der Furchts- wahlen geglaubt hatte, einen festeren Bestand und sicherere Dauer zu verschaffen, beschritt der Angst-Reichstag von 1887 das Wahlrecht des souveränen Volks, indem er die Wahl- und Legislatur-Perioden von drei Jahre auf fünf Jahre verlängerte. Da die Verfassungsänderung keine rückwirkende Kraft haben konnte, mußte der Angst-Reichstag nach Ablauf von drei Jahren sein Mandat niederlegen. Im Februar 1890 hatten Neuwahlen stattzufinden, und das Resultat war: ein Reichstag, der nicht mehr auf dem Boden des Kartells stand, und die sozialdemokratische Partei an Stimmenzahl die stärkste aller Parteien. Die deutschen Wähler hatten den schamlosen Betrug gemerkt, der 1887 mit ihnen getrieben worden. Das Kartell war zerstückt, das Sozialistengesetz war gerichtet, und Fürst Bismarck der Boden unter den Füßen weggezogen. Die Verlängerung der Legislaturperiode kam nur der Opposition zu statten.

Das Kartell war todt, Bismarck fiel, das Sozialistengesetz erlosch. Aber der Moloch verlangte neue Opfer. Der neue Reichstagslangler Caprivi brachte eine neue Militärvorlage ein. Der Reichstag nahm sie nicht in der gewünschten Form an — wieder Auflösung, so daß der erste für fünf Jahre gewählte Reichstag nicht einmal drei Jahre zusammenblieb. Im Juni 1893 neue Wahlen. Die Sozialdemokratie blieb die stärkste aller Parteien im Deutschen Reiche und vereinte auf sich ein Viertel sämtlicher bei der Wahl abgegebenen Stimmen.

Jetzt redet man wieder vom Kartell. Im Jahre 1887 haben wir es in seiner ganzen Herrlichkeit gesehen. Sollte man etwa an einen dritten Angst-Reichstag denken — nun, wie sind auf dem Posten. Zwei Bauwerke haben wir todtgeschlagen, wir werden auch den dritten todtgeschlagen, selbst wenn er sich auf ein Gespensterschiff schlägt.

### Politische Ueberblick.

Berlin, 20. Februar 1897.

Aus dem Reichstage. Pensionäre, Militäranwärter, Invaliden, um diese drei Kategorien drehten sich heute aus-

schließlich die Verhandlungen. Die Abgg. Bebel und Gall (Volkspartei) wiesen in beredten Worten auf den beängstigend anwachsenden Pensionsfonds im Militärstatut hin und außerdem griffen sie die Methode an, welche gesunde und noch lange dienstfähige Männer zur Einreichung des Entlassungsgesuchs moralisch nötigte. Besonders wurde von beiden Rednern die allgemein geübte Unsitte gegeißelt, daß Offiziere, welche beim Avancement übergegangen worden sind, um ihre Entlassung einkommen. Bebel zog auch Vergleiche mit der Leichtigkeit, mit der man die Offiziere pensionirt und der Schwierigkeit, welche man den Soldaten macht, welche im Dienst verunglückt oder sonst untüchtig geworden sind und nun Pension beanspruchen. Bebel fand es besonders interessant, daß, während unter den Offizieren die anscheinend gesündesten Leute pensionirt und aus dem Dienste entlassen werden, Prinzen aus den regierenden Häusern bis ans Lebensende in der Armee bleiben, überhaupt nicht dienstuntüchtig werden. Der volksparteiliche Redner wies auf die große Unzufriedenheit in der Armee selbst hin, welche durch das jetzige System hervorgerufen werde. Wollte man aber die warnende Stimme nicht hören, dann schide man den Reichstag lieber nach Hause und regiere ohne denselben. Es wird dann der Tag schon kommen, an dem der Kessel überhitzt und springen wird. Dann wird man die Volksweltrettung auch wieder rufen und vielleicht wird dann das Verhältnis ein angenehmeres wie es jetzt ist. Gall polemisierte auch scharf gegen eine angebliche Aeußerung des Dr. Lieber, welcher in den Antrag der Volkspartei die Pensionierungen beim Militär einzuschränken, einen unzulässigen Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers sehen wollte. Gall wies nach, daß der Antrag seiner Partei nur die wörtliche Abschrift eines Antrages der Zentrumspartei aus dem bayerischen Landtage sei.

Recht kurz angebunden antwortete der Kriegsminister v. Gölzer, welcher natürlich jeden Mißstand im Pensionswesen bestritt und jede Einmischung in das Recht des obersten Kriegsherrn, Offiziere einzustellen oder zu entlassen, scharf zurückwies. In ähnlicher Weise, aber in einem dem süddeutschen Wesen entsprechenderen viel legeren Tone sagte dasselbe nach Gölzer der württembergische Kriegsminister Schott von Schottenstein.

Einen recht langen aber nicht sehr tragenden Vortrag führte dann Dr. Lieber auf, welcher seine bayerischen Genossen nicht preisgeben wollte und sich doch gar zu sehr in der Rolle des Wahrers der Kronrechte fühlte. Bebel deckte dieses Doppelspiel in ein paar kräftigen Sätzen gründlich auf. Weis (Fürth) brachte dann in längerer Rede die Uebertragung des Systems der Militäranwärter auf Süddeutschland zur Sprache und beklagte er, daß damit die Gemeinde-Autonomie zu Grunde getragen wird. „Was für die Preußen gut genug ist, taugt noch lange nicht für Süddeutschland!“ Gröber (B.) hat zu dieser Frage eine Resolution eingebracht, worin der Wunsch ausgedrückt wird, daß die Grundzüge für Anstellung der Anwärter unbeschadet der Erreichung des gesetzlichen Zweckes einer ausreichenden Versorgung der Militäranwärter eine Fassung erhalten, welche eine wesentliche Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden vermeidet und die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen deutschen Bundesstaaten thunlichst berücksichtigt.

Diese Resolution wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen, nachdem eine ganze Anzahl süddeutscher Abgeordneter, darunter auch unser Genosse Hueb, gegen die Uebertragung des Anwärterwesens auf den Süden gesprochen hatten.

Der Abgeordnete Dr. Förster brachte die Lage der Kriegsinvaliden zur Sprache und verlangte, von Graf Oriola unterstützt, eine größere Berücksichtigung derselben. Die Kriegsverwaltung hat für diese Sache nur schöne Worte, aber sie lehnte ein weiteres Eingehen auf die Angelegenheit auch heute wieder ab.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Etat des Auswärtigen Amtes und der Schutzgebiete.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Beratung des Staatshaushalts-Etats fort und erledigte zunächst nach unerheblicher Debatte den Justizetat. Hervorzuheben ist nur die Erklärung des Justizministers, daß die Regierung den jetzigen Zustand, wonach die Gefangnisse theils der Justizverwaltung, theils dem Ministerium des Innern unterstehen, als unhaltbar anerkennt, daß aber die Erwägungen darüber, wie eine einheitliche Regelung herbeigeführt werden soll, noch nicht abgeschlossen sind.

Die übrige Sitzung wurde durch die Beratung des Etats der Gekultusverwaltung angefüllt, wodurch zahlreichen Herren von der Rechten, namentlich dem Abg. v. Mendel-Steinfeld, Gelegenheit geboten wurde, ihr Licht leuchten zu lassen. Obgleich die Herren, die sich hier stets in ihrem ungewissen Element fühlen, an ihren endlosen Reden recht viel Gefallen finden, dürfte die Wiedergabe des Inhalts derselben doch für die nicht mit dem nöthigen Pferdeverstand begabte Öffentlichkeit höchst überflüssig erscheinen. Am Montag steht neben kleineren Vorlagen auch das Lehrerbefoldungs-Gesetz auf der Tagesordnung.

Die Unterbrechung der Sessionen. Die „Vossische Zeitung“ beschäftigt sich heute mit unserem gestern gemachten Vorschlag, die Legislaturperioden als Einheit aufzufassen, die nicht, wie jetzt, durch die Sessionen zerschnitten wird. Der einzige Einwand, den die „Vossische Zeitung“ macht, ist der:

Je länger eine Legislaturperiode dauert, um so schwerer müßten sich die Folgen einer Behandlung aller Sessionen als Einheit fühlbar machen. Nicht selten ändern sich die Anschauungen der Regierung oder der Mehrheit im Laufe der Jahre oder schon der Monate. Es kann der Regierung oder der

Wahrheit dann willkommen sein, daß ein einmal eingebrachter Entwurf durch den Schluß der Session beseitigt wird, damit die Möglichkeit einer Umarbeitung geschaffen werde.  
So das freisinnige Organ. Wenn der Schreiber des Artikels diesen noch einmal durchliest, wird er gewiß selbst über die Wichtigkeit seiner Gründe erschauert sein. Kann man denn Anträge, Gesetzesentwürfe etc. nicht zurückziehen? Und ist die Möglichkeit einer „Umarbeitung“ von Gesetzesentwürfen durch die Abschaffung der Sessionen denn erschwert? Wir dächten, gerade umgekehrt; denn die Regierung wird doch eher zu einer Umarbeitung geneigt sein, wenn genügende Zeit ist, als wenn der nahende Schluß der Session sie veranlaßt, den Entwurf in aller Eile unter Dach und Fach zu bringen. Man hat sehr häufig über die hastige, und insolge dessen vielfach formell sehr mangelhafte Gesetzgebung Klage geführt. Diese Klage ist in sehr vielen Fällen durch die Nähe des Sessionschlusses verschuldet.

Genuß. — Die „Vossische Zeitung“ hat thätlich für, nicht gegen uns geschrieben.

„Vor und auf Kreta nichts Neues“ — „ganz Europa“ läßt sich von Griechenland auf der Nase herumtanzen, und die Griechen verrichten auch außerdem die üblichen Heldenthaten. Inzwischen erhebt sich im Hintergrunde als dunkler Schatten der russische Koloss, dessen thönerne Füße von „ganz Europa“ so hübsch geschient worden sind, daß er für den Augenblick fest steht. In Konstantinopel soll russische Einquartierung angesetzt sein, und die Türkei, welche nicht Lust hat, sich ebenfalls von Griechenland auf der Nase herumtanzen zu lassen, wird von „ganz Europa“ an den Armen gehalten, daß fortwährend schwört, den Frieden zu wollen, und dabei nur Thatsache entwickelt, wenn es gilt, den Friedensbrecher zu schützen.

Wie lange wird diese Komödie noch dauern? England befolgt augenblicklich die Taktik jener Käfer, die sich todt stellen, wenn irgend eine Gefahr droht. Es stellt sich todt und thut, als ob es den schwarzen russischen Schatten nicht bemerke; aber wenn John Bull sich noch lange todt stellt, dann könnte es mit dem Tod als Großmacht wirklich ernst werden. Und ernst ist es gewiß mit der Lavinne, die sich „im Osten“ zusammenballt, und die jeden Augenblick donnernd und alles zerstörend herabstoßen kann.

Für die Völker der Erde aber ist jetzt die beste Gelegenheit, sich Klar zu machen, mit wie viel Verstand die Welt regiert wird.

Ueber die Lage auf Kreta liegen zahlreiche Depeschen vor.

Aus Kanea wird gemeldet:

Sittia ist von 60 italienischen, 80 französischen und 16 englischen Marinemannschaften besetzt worden. Zwischen den Mohamedanern und den Christen, welche den Schiedspruch der Mächte für alle Streitigkeiten anzunehmen erklärt haben, sind Geiseln ausgetauscht worden.

Die Christen schlossen die türkischen Soldaten in Mliciana ein. Kretensische Freiwillige sind zu ihrer Befreiung ausgezogen. Die Aufständigen demachtigten die Konsulin, daß sie die Stadt von Aktroti aus angreifen sollten. Der italienische Vize-Kontrahent drohte die Stellung der Aufständigen eventuell beschließen zu lassen. Bis jetzt herrscht Ruhe.

Gestern Nachmittag haben die „Hydra“ und der „Alpheios“ die Anker gelichtet, um in Miko Kostas einzunehmen. Der griechische Konsul hat die Sendung neuer Schiffe verlangt. Der „Pendis“ hat Befehl erhalten, nach Retimo und Kanea zu gehen. Die Konsulin haben die Forderung gestellt, 12 Stunden vorher benachrichtigt zu werden von einem jeden Angriff auf die nähere Umgebung. Galespaß seitens der Christen, welche die Absicht hätten, die kleinen Forts Montevarda und Aktitiano anzugreifen. Die hiesigen Mohamedaner haben sich um den Palast des Gouverneurs versammelt. Es verlautet, daß in den Provinzen Sittia und Perampelo zwischen Christen und Mohamedanern eine Auswechselung von Gefangenen stattgefunden habe.

Aus Retimo meldet die „Agence Havas“: Die Türken sahen in der Plünderung der Häuser der Christen fort. Eine Ausschiffung von Truppenabteilungen seitens der Mächte ist nicht erfolgt. Die Konsulin haben die Entsendung von Schiffen verlangt.

Nach einem Konsularberichte aus Kanea sind bei Sittia 2501 Mohamedaner regulär besetzt worden. Der Bericht hebt hervor, daß auch griechische irreguläre Truppen sich an den Missethäten betheiligt haben. Die türkischen Mächtigungen werden aufs eifrigste fortgesetzt. Zuverlässige Konsularberichte aus Udekub, Moncatie und Prissina melden, daß die Bewegung der dortigen Bataillone bereits begonnen habe.

Der stellvertretende Gouverneur auf Kreta, Ismael Bey, richtete an den Oberst Vassos die Aufforderung, Kreta sofort zu verlassen. Andernfalls werde er denselben und dessen Soldaten als Räuber betrachten und bei eventueller Gefangennahme standrechtlich erschießen lassen.

Aus Athen wird die „Agence Havas“: Außer dem Dampfer „Thessalia“ wurde auch der griechische Dampfer „Hera“ durch ein englisches Panzerschiff verhindert, Borräthe für die griechische Armee auszufahren. Es scheint jedoch, daß dieses Verbot nicht unbeschränkt ist, sondern sich nur auf die unter dem Schutz der Mächte stehenden Staßorten erstreckt.

Die Truppen des Oberst Vassos haben das Fort Vasilos genommen. 65 griechische Soldaten sind gefallen, ein Reutement ist schwer verwundet. Von den Türken sind etwa 100 getödtet und verwundet und 250 gefangen genommen worden.

Der „Epirus“ hat 2000 Fischkillinge aus Heraklion nach dem Piräus befördert. — Zwei russische Panzerschiffe sind heute hier eingetroffen.

Die nationale Vereinigung in Athen richtete an den König und den Premierminister eine Eingabe, in welcher es u. a. heißt: Der Friede Europas liege jetzt in den Händen Griechenlands und wenn die europäischen Diplomaten behaupten wolle, die Aufrechterhaltung des Friedens erheische die Aufhebung der von dem griechischen Heere in Kreta geschaffenen Verhältnisse, so kann die griechische Regierung dem gegenüberhalten, daß nur durch die Sanctionierung derselben der Friede gesichert werden könnte. Denn im anderen Falle würde sich das griechische Volk in den übrigen noch unter der Türkenherrschaft stehenden Ländern zu Maßregeln gezwungen sehen, deren Tragweite und Bedeutung für den Frieden nicht abzusehen seien. Zur Charakterisirung der nationalen Vereinigung sei bemerkt, daß dieselbe ganz allein die vorjährigen Unruhen in Makedonien arrangirt hat.

In der griechischen Deputirtenkammer brachte Ministerpräsident Delganis heute eine Gesetzesvorlage ein, durch welche die griechischen Konsulate auf Kreta aufgehoben werden. Damit soll die Annexion Kreta's ausgesprochen sein.

Die griechischen Reserven der Jahrgänge 1890 und 1892 sind einberufen worden.

Ueber die Stellung der Mächte liegen folgende Nachrichten vor: Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ schreibt in ihrer gewöhnlich für offizielle Rundgebungen benutzten Schrift:

Die von „Reuters Bureau“ gebrachte Nachricht, Lord Salisbury habe den deutschen Botschafter dahin beantwortet, daß, bevor eine Aktion gegen Griechenland unternommen würde, die zukünftige Verfassung Kreta's unter den Mächten zu betreiben und dabei eine Autonomie der Insel nach dem Vorbilde von Samos im Auge zu fassen sei, ist nach unseren Informationen zutreffend.

Wie wir hören, ist die deutsche Regierung, getreu ihrer bisherigen Haltung, bereit, mit den Mächten in Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung Kreta's unter zwei Voraussetzungen

eintreten: Einmal muß dabei ein Annexion Kreta's durch Griechenland außer Betracht bleiben, welche keinerlei Gewähr für die Herstellung geordneter Zustände auf der Insel bieten, dagegen für die übrigen Balkanvölker einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen würde. Ferner aber ist vor Eintritt in jene Verhandlungen der völkerrightswidrigen Aktion Griechenlands ein Ende zu machen, deren Fortdauer eine steigende Kriegsgefahr enthält.

Neblich lautet eine Petersburger Zuschrift der Wiener „Politischen Korrespondenz“: Die „Nowoje Wremja“ betont, daß Rußland und Frankreich in der kretensischen Frage, was die Integrität der Türkei betreffe, derselben Ansicht seien, wie Deutschland. Darausmüßte Griechenland sein Eingreifen in die orientalische Frage unterlassen.

Aus Rom wird telegraphirt: Offiziös verlautet, Italien und England haben sich bisher geweigert, der von Deutschland vorgeschlagenen Blockade des Piräus theilzunehmen. Eine negative Antwort stehe auch von Frankreich zu erwarten, obgleich Rußland dem Blockadevorschlag zugestimmt hat. Der öffentliche Volkswille sei in Frankreich, Italien und England stärker als die Regierungen, ebenso wie dies in Griechenland der Fall sei.

Ueber die militärischen Vorbereitungen der Türkei wird aus Konstantinopel gemeldet:

Infolge der bei der Pforte eingelaufenen Berichte, welche die Appending der Blockade gegen Griechenland und die Entfremdung der griechischen Truppen aus Kreta als keineswegs gesichert erscheinen lassen, wurden weitere maritime Maßnahmen in Aussicht genommen. Außer den zwei Escadres soll eine Reservedivision formirt werden. Die erste Escadre soll in acht Tagen anlaufen, in einem Monat sollen 33 Kriegsschiffe von Kreta versammelt werden. Dem Marineministerium wurde vorläufig ein Kredit von 50 000 Pfund eröffnet. Man hält jedoch die Ausführung dieser Pläne angesichts des Zustandes der türkischen Marine immer noch für problematisch, u. a. sollen erst in acht Tagen 5000 Marinereferanten aus Trapezunt eintreffen.

Ueber die Stimmung der Bevölkerung in den europäischen Hauptstädten berichtet der Telegraph folgendes und zwar aus London:

Das gestern Abend veranstaltete Meeting zu gunsten der Vereinigung Kreta's mit Griechenland war von vielen Parlamentsmitgliedern, dem Personal der griechischen Gesandtschaft und des Konsulats, dem griechischen Klerus u. s. w. besucht. Gladstone hatte ein Zustimmungstelegramm geschickt. Schließlich nahm man eine Resolution an, in welcher die Vereinigung Kreta's mit Griechenland gefordert wird.

Aus Paris wird gemeldet: Nach einem Vortrage des sozialistischen Deputirten Jaurés über die kretensische Frage zogen etwa 1500 Studenten und andere Leute unter Hochrufen auf Griechenland und Kundgebungen gegen den Minister des Äußeren Honolaur über den Boulevard St. Michel, auch vor den Redaktionen der griechenfreundlichen Blätter jandend Kundgebungen statt. Es war ein starkes Polizeiaufgebot zur Stelle, die Menge zerstreute sich jedoch überall ohne weiteren Zwischenfall.

Für Montag erwartet man große griechenfreundliche Demonstrationen vor der Kammer. Hierauf bezieht sich die folgende Depesche aus Paris:

Der Polizeipräsident hat für nächsten Montag umfassende Maßregeln getroffen, damit die Abgeordneten beim Ein- und Ausgehen vom Kammergebäude durch den Pöbel nicht belästigt werden. Der Zutritt zum Palais Bourbon wird außerdem in einer bestimmten Entfernung abgesperrt.

Aus Lyon wird auch über eine griechenfreundliche Demonstration telegraphisch berichtet.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der vorwältige Anis- und Polizeidiener in Sitten a. S., Jakob Bartl, erhielt wegen Majestätsbeleidigung, begangen im Sommer 1893, 2 Monate 2 Wochen Gefängnis von der Strafkammer des Landgerichts Zellbromm zublittirt.

### Deutsches Reich.

Reichseinnahmen. In der Zeit vom 1. April 1896 bis zum Schlusse des Monats Januar 1897 sind im Deutschen Reiche folgende Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge an Zinsen und gemeinschaftlichen Verbrauchsteuern sowie andere Einnahmen zur Anschriftung gelangt:

Zölle 399 887 316 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 42 616 052 M.), Tabaksteuer 9467 595 M. (- 269 828 M.), Zuckerversteuer und Zuschlag zu derselben 86 225 977 M. (+ 15 405 821 M.), Salzsteuer 40 059 686 M. (+ 974 680 M.), Reichsbörsen- und Brandweinmaterial-Steuer 9 625 584 M. (- 2 087 609 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 103 538 745 M. (+ 5 229 213 M.), Brennsteuer 759 256 M. (+ 268 687 M.), Branntwein- und Zuschlag zu derselben 18 122 122 M. (+ 752 112 M.), Uebergangsabgabe von Bier 3 143 684 M. (+ 80 812 M.), Summe 675 776 245 M. (+ 62 949 920 M.), Stempelsteuer für: a) Wertpapiere 12 921 568 Mark (+ 221 002 M.), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 10 930 184 M. (- 6 319 494 M.), c) Loose zu: Privatlotterien 3 284 203 M. (+ 568 123 M.), Staatslotterien 11 558 932 Mark (+ 462 504 M.), Spielartenstempel 1 224 105 M. (+ 74 347 M.), Wechselstempelsteuer 7 687 989 M. (+ 400 997 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 251 815 278 M. (+ 11 068 739 M.), Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 59 948 000 M. (+ 9 195 000 M.).	
Die zur Reichskasse gelangte Zinseinnahme, abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungsstellen betrügt, bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende Januar 1897: Zölle 380 961 319 M. (+ 39 154 024 M.), Tabaksteuer 10 329 972 M. (+ 675 921 M.), Zuckerversteuer und Zuschlag zu derselben 87 319 655 M. (+ 21 193 567 M.), Salzsteuer 37 386 741 M. (+ 1 190 488 M.), Reichsbörsen- und Brandweinmaterial-Steuer 10 026 493 M. (- 2 198 076 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 85 441 060 M. (+ 5 274 859 M.), Brennsteuer 409 114 M. (+ 70 760 M.), Branntwein- und Uebergangsabgabe von Bier 23 183 971 M. (+ 691 242 M.), Summe 614 990 325 M. (+ 68 052 785 M.) — Spielartenstempel 1 130 334 M. (+ 60 426 M.).	

— Die Kommission für Arbeiterstatistik trat heute unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Direktors im Reichsamt des Innern Dr. v. Woodke zur Verfertigung des von ihr zu erhaltenden Berichts über das Ergebnis der die Verhältnisse in der Meider- und Wäskelkonfektion betreffenden Untersuchung zusammen. Der von dem Direktor des Kaiserl. Statistischen Amtes Dr. v. Scheel als dem Referenten der Kommission ausgearbeitete Entwurf wurde von der Kommission mit unwesentlichen Änderungen genehmigt. Der Bericht, welcher die Ergebnisse der Schlussberatung der Kommission enthält, ist nunmehr dem Herrn Reichsanzler zu überreichen.

— Zur Abänderung der von dem Bundesrathe vorgelegten Handwerker-Vorlage hat, wie der Staatssekretär v. Wittich mitgeteilt hat, eine Bundesregierung 82 Abänderungsvorschläge gestellt. — Wie nun verlautet, sollen diese Anträge von Baden eingebracht sein.

— Der Wunsch ist wohl der Vater des Gedankens, der sich in nachstehender Notiz ausdrückt, die jetzt die Runde durch die konservativen Presse macht. Derselbe lautet: „Nach Mittheilungen aus Reichstagskreisen wird das Mandat des Sozialdemokraten Peus (Brandenburg a. S.) wahrscheinlich caffirt werden müssen, weil ein nicht unerheblicher Theil der Wähler bei Aufstellung der Wählerlisten das gesetzliche Alter von 25 Jahren noch nicht erreicht hatte.“

Wie wir erfahren, verhält sich die Sache folgendermaßen. Bei der amtlichen Nachrevision der Wählerlisten, welche nach der Wahl unseres Genossen Peus aus Alger über dessen Sieg, um Mittel zur Wahlkassirung zu beschaffen, stattfand, entdeckte man, daß 21 Wähler in die Liste eingetragen waren, welche am Tage der

Aufstellung der Wählerlisten noch nicht das wahlfähige Alter von 25 Jahren erreicht hatten, aber in der Zeit bis zum Wahltag dies Alter erreichten. Diese 21 Stimmen wollen nun die Protestler kassiren und damit die Wahl ungültig machen. Die Herren haben nur den § 1 des Wahlgesetzes zum Reichstag nicht in Betracht gezogen, welcher lautet:

„Wähler für den Reichstag . . . ist jeder . . . Deutsche, welcher das fünfundsanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat.“

Weiter lautet § 4 des Wahlgesetzes:

„Wählbar zum Abgeordneten ist im ganzen Bundesgebiete jeder . . . Deutsche, welcher das fünfundsanzigste Lebensjahr zurückgelegt u. z.“

Es sieht also nirgends, daß der Wähler zur Zeit der Listen-aufstellung schon 25 Jahre alt sein muß, sondern es genügt, wenn er dies bis zum Wahltag wird. In diesem Sinne hat der Reichstag bisher auch immer entschieden. Wäre es anderes gewesen, dann wäre die Konsequenz, daß nach § 4 jemand Abgeordneter werden könnte, der selbst noch nicht einmal wahlberechtigt war. Die Trauben werden den Herren also noch sauer bleiben.

Der Ausschuss für die Wohlfahrtspflege auf dem Lande hat dieser Tage in Berlin eine Versammlung abgehalten. Der Anreger dieser Bewegung ist der Schriftsteller Sohrey, der in Berlin eine Wochenschrift „Das Land“ herausgibt. Bis her war er auch der Macher des Ganzen. Wenn nicht alles täuscht, ist ihm aber jetzt von den Großgrundbesitzern die Leitung aus der Hand gedrückt worden. Sohrey stammt vom Lande. Er liebt dieses und seine Bewohner, kennt ihre Sitten, Gebräuche, ihr Leben und Streben, und was er nicht kennt, sucht er zu erforschen, zu erfahren. Als Hilfsmittel diente ihm dazu „Das Land“. Der Mann sieht auch mit dem Bauer. Er kennt dessen Abgeschlossenheit zur Winterzeit, seine geistige Stumpfheit. Beides verurteilt er zu mindern. So kam er auf die Gründung von Leseverleihen, von Volksbibliotheken u. s. w. Er versuchte also das auf dem Lande, was die Volkshilfsvereine vor 30 und mehr Jahren in den Städten unternommen hatten. Mehr und mehr wandte er sein Augenmerk auch auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die auf dem Lande herrschen. In diesem Augenblicke wurden die Landherren, Großgrundbesitzer, Landräthe und Pfarrer auf ihn aufmerksam und ließen ihm ihre Unterstützung. Ihr Zuzug kam immer stärker, bis sie die ganze Bewegung beherrschten. Sohrey wollte den Landbewohnern das Leben schöner machen ohne jede Nebenabsicht, die Großgrundbesitzer bewilligten ihren Landthaven einige nichts sagende Annemlichkeiten, um sie auf dem Lande zu halten. In diesem Streben erschöpft sich heute die Thätigkeit des Ausschusses für die Wohlfahrts-pflege auf dem Lande. Das hat die oben erwähnte Versammlung schlagend bewiesen. Als Hauptredner fungirte neben dem Ideologen Sohrey der Prinz zu Solms-Braunfels, der Befizier einer Standesherrschaft, auf deren Gebiet 26 000 Menschen wohnen. Er will durch Einführung der Hausindustrie, durch Kampf gegen Wucher, Zwischhandel, Trunksucht und Arbeitslosigkeit seine Leute auf dem Lande halten, gestützt aber ein, daß das Patronatsverhältnis ihm so wie so einen großen Einfluß sichere. Nach dem Prinzen kam ein Landrath. Der erzählte, daß man es in Schleswig-Holstein mit Pfennig-Sparcassen und Handfertigkeits-Unterricht versucht habe. Und dann sprach Herr von Below-Saleske, dem die Konsumvereine gefielen; der Redakteur einer landwirthschaftlichen Zeitung, der die ländlichen Arbeiter mit billigem Brod versorgen will und ein Vertreter des christlichen Zeitchriftenvereins, der seine Traktäten an-prieis. Ministerial-Direktor Thiel, der den Borzug fürtrte, indelte die jetzige Bewegung gegen die Konsumvereine als thöricht. Was wird man in Sachsen zu diesem Urtheil sagen? — Es sind auch Agrarier, die uns in dieser Versammlung entgegentraten, wachte sie sogar, nur sind sie etwas verständiger, als die im Bund der Landwirthe vereinigt. Sie wollen ihren Tageldhnern, Just-leuten und Kossäthen etwas bieten, nur soll es nichts, oder fast nichts kosten, und sie selbst sollen den Vortheil davon haben. Der Erfolg ihrer Bemühungen kann schon heute bezweifelt werden. Wenn dem Landarbeiter erst Geistesloft zum Bedürfnis geworden, dann liest er nach drei oder zehn schlechten Büchern auch ein gutes. Und dann hält ihn kein Teufel mehr, viel weniger eine Pfennig-Sparmarke oder ein Spinnstuben-Spiel. Dem Anreger der ganzen Bewegung aber wird es ergehen, wie es noch jeden Ideologen geschehen ist, der sich in den Kampf der Klassen als Versöhnungspapier gemischt: Er wird seine Jelle fortschwimmen sehen. Sohrey, wärst Du bei Deinen Follkorkisten geblieben! —

Der Ausschuss des deutschen Handelstages, der heute in Berlin eine Sitzung abhielt, lehnte den Antrag ab, Ver-anstaltung einer Erhebung über den Einfluß der Gesangnis-arbeit auf den freien Gewerbetrieb ab und erklärte sich auch, vorläufig wenigstens, gegen die beantragte Errichtung eines Reichs-Handelsmuseums. —

Dortmund, 20. Februar. Wie der „Dortm. Generalanzeiger“ meldet, fand heute in dem Sichteramt'schen Lokale zu Bantau ein Lokaltermin in Sachen des Wiederaufnahme-Verfahrens im Reineidsprozesse wider Schröder und Ge-uossen statt. In der Verhandlung, welche der Landgerichts-Direktor Jerusalem leitete und bei welcher der Staatsanwalt Mantell und der Rechtsanwält Dr. Niemeyer zugegen waren, wurden mehrere neue Zeugen vernommen. Es hatte sich eine große Volksmenge ein-gesunden, auch war ein Gendarmerie-Aufgebot zur Stelle. —

Gegen die Wahl im zweiten badischen Wahl-kreis hat dem Offenburger „Volkfreund“ zufolge das sozial-demokratische Wahlkomitee Protest an den Reichstag erhoben. —

**Ungarn.**  
Budapest, 20. Februar. Abgeordnetenhaus. Franz Kossuth begründet einen Antrag, die Jahreswende der 1848er Ereignisse als Nationalfeier zu betrachten und würdig zu begehen. Baron Vassfy erklärt, die Regierung sei der Ansicht, daß sie die Feier nur auf die 50. Jahreswende der Sanctio-nirung der 1848er Jahre gekommenen Besche ausdehnen könne; sie werde es als ihre Pflicht erachten, Vorbereitungen in dieser Richtung zu treffen, und werde dem Hause über die Form, in welcher die Feier begangen werden solle, Bericht erstatten. Er bitte, den Antrag Kossuth abzulehnen. Hierauf wird der Antrag Kossuth mit 156 gegen 39 Stimmen abgelehnt. —

**Frankreich.**  
Paris, 20. Februar. Heute Nachmittag wird in der Kammer die Interpellation Guedde's über Ausweisung deutscher Sozialisten zur Besprechung kommen. Der Minister des Innern wird erklären, daß beide ausländische Revolutionäre zur Sicherheit über die Grenze geschoben. Ueber den Gang der Verhandlungen siehe Depeschen. —

Paris, 19. Februar. Finanzminister Cochery empfing heute den Chef des statistischen Bureau's der Stadt Paris, Bertillon, der Vorsitzender des „Nationalvereins zur Vermehrung der Be-völkerung Frankreich's“ ist. Derselbe hatte, wie erweiter-licht, schon im vorigen Mai Herrn Cochery eine Schrift unterbreitet, worin er bewies, daß es zur Entlastung der mehr als drei Kinder zahlenden Familien nur der Beschränkung eines fünfjährl. der weniger zahlreichen Familien bedürfe. Heute überreichte Herr Bertillon eine neue Schrift, wobei er dem Minister dafür dankte, in seinem dies-bezüglichen Reformprojekt die Steuerentlastung im Verhältnis der Kinderzahl vorgeschlagen zu haben. Seine neue Schrift beuntragt, denjenigen Haushalt, der Kinder und nur einen Diensthoten auf-weist, von der Diensthotensteuer zu befreien, dagegen denjenigen, der einen Diensthoten und keine Kinder aufweist, zu befreien, ebenso denjenigen, in welchem die Zahl der Diensthoten die Kinderzahl über-schreitet. —

**Italien.**  
— In Bezug auf die jüngsten Studenten-Unruhen in Italien wird uns von Parteilosen in Rom mit-getheilt, daß die Studenten allerdings im Recht waren, und daß es sich in der That um einen ernsthaften Kampf für die Unterri-chts-freiheit gehandelt hat. —

**Schweden.**

**Stockholm, 20. Febr.** Die zweite Kammer verwarf heute mit 106 gegen 100 Stimmen die Verlängerung des schwedisch-norwegischen Handelsvertrages. Die erste Kammer verwarf die Verlängerung des Vertrages ohne Abstimmung.

**Amerika.**

**Washington, 19. Februar.** Aus der heutigen Beratung in der geheimen Sitzung des Senats scheint hervorzugehen, daß die Ratifikation des englisch-amerikanischen Schiedsgerichts-Vertrages erst in der nächsten Session in Erwägung gezogen werden soll, wenn Mac Kinley die Präsidentschaft übernommen haben wird.

Eine weitere Depesche aus Washington läßt die Situation nicht auf. Sie lautet:

Wie nunmehr bekannt wird, ist im Senate der Antrag, die Beratung des englisch-amerikanischen Schiedsvertrages zu verschieben, mit erheblicher Mehrheit abgelehnt worden. Daraus vermag sich das Haus ohne weitere Stellungnahme.

**Rubanisches.** Ein großer Teil der spanischen Truppen auf Kuba soll an schleichenden Krankheiten leiden. So sind mit dem Dampfer „Don Alvaro de Bazan“, der dieser Tage in Cádiz angekommen ist, 504 Soldaten heimgeführt, die erst vor kurzem nach Kuba gegangen waren. Von diesen 504 Soldaten leiden 130 an Anämie, 125 an Schwindsucht, 118 an Sumpffieber, 69 an Ruhr und die übrigen an anderen Krankheiten.

Siehe auch Korrespondenzen in der 2. Beilage.

**Reichstag.**

**181. Sitzung vom 20. Februar 1897. 1 Uhr.**  
Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, v. Götter.  
Die zweite Beratung des Reichshaushalts-Gesetzes für 1897/98 wird fortgesetzt beim Etat des allgemeinen Pensionsfonds. Hierzu liegt außer dem Antrage August (fr. Sp.), betr. die Herabminderung der Offiziers-Pensionierungen, folgender Antrag Gröber (3.) vor:

„Der Herr Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die vom Bundesrat festgestellten allgemeinen Grundsätze über die Beförderung der Subaltern- und Unterbeamten-Stellen bei den Kommunalbehörden, sowie bei den aus Mitteln der Gemeinden unterhaltenen Instituten mit Militärärzten (§ 77 des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 nach der Novelle vom 22. Mai 1893) unbeschadet der Erreichung des gesetzlichen Zweckes einer ausreichenden Versorgung der Militärärzte eine Fassung erhalten, welche eine wesentliche Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden vermeidet und die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen deutschen Bundesstaaten thunlichst berücksichtigt.“

**Abg. Nebel (Soz.):** Ich möchte zunächst gegen die Billigkeit des Abg. Gröber protestieren, der in bezug auf die Ausführungen des Generals v. Diebahn über die Zahl der Pensionierungen und das Lebensalter der Pensionierten lebhaft für diese Auskunst dankte und dazu bemerkte, daß, wenn man eine solche nicht hätte geben wollen, wir nicht hätten dagegen machen können. Wenn wir hier 52 Mill. Mark für einen in den letzten Jahren ungewöhnlich geringen Fonds bewilligen sollen, dann haben wir auch das Recht zu fragen, nach welchen Grundsätzen die Militärverwaltung oder der oberste Kriegsherr bei den Pensionierungen verfahren. Wir haben auch das Recht, hier auch Wünsche und Ausschauungen anzusprechen. Der Antrag August geht durchaus nicht über die Kompetenz des Reichstages hinaus. Sollen wir hier nichts wünschen dürfen, dann könnten wir ja überhaupt einreden, denn bräuhete der Etat gar nicht hier beraten werden, wir bräuheten nur „Ja“ dazu zu sagen und hätten uns jeder Kritik zu enthalten. Mit dieser unwürdigen Rolle werden wir uns niemals einverstanden erklären. Seit Jahren werden bei den Generaldebatten lebhaft Klagen laut über die ungemeine Zunahme des Pensionsfonds, aber bei der Spezialberatung haben die Herren nichts zu sagen. Der Pensionsfonds ist von 1880 bis 1897 von 17 540 000 auf 32 346 000 M., d. h. in 17 Jahren auf das dreifache gestiegen, er wird größtenteils für Militärpensionen verwendet. Bei den Unteroffizieren ist der diesjährige Fonds aber auffälliger Weise nur um 244 000 M., bei den Offizieren um 767 000 M. gestiegen. Die Marine verlangt ja lange nicht so viel, und die Zivilverwaltung noch weit weniger. Es stehen nicht weniger als 380 Generale im Pensionsfonds mit Ausschluß von Bayern, eine größere Zahl als die der aktiven Generale. (Hört! hört! bei den Soz.) Bei der Marine sind im ganzen 28 hohe Offiziere pensioniert, auch mehr als aktiv sind. Auch die gefährlichste Majorsbede, die Herr v. Diebahn bestritten hat, existiert in Wirklichkeit noch, wie die Zahlen beweisen. Auch die weiteren Zahlen bei den Hauptleuten und Mittmeistern beweisen, daß es mit den Pensionierungen doch etwas zu rasch geht. Nun sollen die Pensionierungen in anderen Staaten z. B. in Frankreich, den Vereinigten Staaten noch häufiger sei. Solche Vergleiche können aber nicht ohne Kenntnis der betreffenden Verhältnisse gemacht werden. Die Pensionierungen in Amerika sind auf die eigenartige Gesetzgebung, auf die Parteinotwendigkeit und auf die Einstellung derjenigen Leute, die im Sezessionskrieg von 1860 eine Offiziersstellung hatten und mittlerweile invalide geworden sind, in die Pensionslisten zurückzuführen. Das konnte nur in Amerika geschehen.

Bei Frankreich kommt die starke Kolonialarmee in Betracht, da ist bei den bedeutlichen Klimaten die Zahl der invaliden Offiziere verständlicher. Denken Sie z. B. an Madagaskar. Also diese Verhältnisse sind nicht mit den unsrigen zu vergleichen.

Ich habe in der Kommission dann darauf hingewiesen, daß sonst noch durchaus diensttaugliche Offiziere gezwungen seien, ihren Abschied zu nehmen, wenn sie im Avancement übergegangen würden. Der Kriegminister hat den Zwang für eine solche Verabschiedung bestritten. Es gibt allerdings keine gesetzliche Vorschrift, die einen Offizier nötigt, in einem solchen Falle abzugehen. Tatsache ist aber, daß ein im Avancement übergangener Offizier regelmäßig seinen Abschied nimmt; unterläßt er das, so bekommt er sehr bald einen Bist mit dem Jaupsahl, und geht dann scheinbar freiwillig, aber in der That unter dem allerschärfsten moralischen Druck lebend und so gezwungen ab. Der Kriegminister von Württemberg hat selbst in einem solchen Fall von dort nachgewiesen, daß ein Offizier, der zu der Erkenntnis kam, daß er in die höchste Stelle nicht gelangen könnte, seinen Abschied nahm, scheinbar vollständig freiwillig, genau wie in anderen Fällen. Was die Freiwilligkeit zu bedeuten hat, beweist der Brief, der kürzlich durch die Presse ging. In diesem Briefe, der am 14. Juli 1888 von dem Regimentskommandeur und etatsmäßigen Stabsoffizier Melchior an einen bayerischen Major gerichtet ist, wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß er seit November 1885 in der Beförderung vollständig übergegangen worden sei und daß wohl die Gründe der Nichtbeförderung von seinen Untergebenen verstanden werden würden, und da man annehme, daß eine solche Uebergehung doch auf die Dauer nicht ohne Einwirkung auf seinen Gesundheitszustand bleiben würde, — so sei man der Ansicht, daß er die Konsequenzen seines Verhaltens ziehen könne. Dieser Bist ist so deutlich, daß einem Offizier keine andere Wahl bleibt, als abzugehen. Wenn Herr Diebahn uns sagte, daß in den letzten Jahren eine nicht unerhebliche Verminderung der Pensionierungen eingetreten sei, so ist das ganz leicht zu erklären. Die letzten Jahre haben eine sehr bedeutende Verstärkung der Armee mit sich gebracht; innerhalb der Zahl der Offizierschergen sind sehr bedeutende Manquementes vorhanden, so daß die Militärverwaltung alles ausfinden mußte, um diese möglichst bald auszuweichen. Es ist nun ganz klar, daß da die obere Armeeverwaltung nicht überflüssigerweise Offiziere pensionieren kann.

Es ist aber andererseits wieder auffallend, daß das Durchschnitts-Lebensalter der pensionierten Offiziere in Deutschland so dem in Frankreich sehr zu ungunsten Deutschlands ausfällt. Ich habe meine Zahlen aus einer gewiß guten Quelle: aus den „Hamburger

Nachrichten“. Danach ist das Durchschnittsalter der pensionierten Hauptleute in Deutschland 41, in Frankreich 52 Jahre, das der Stabsoffiziere in Deutschland 48, in Frankreich 55, der Oberstleutenants 57 Jahre, der Regimentskommandeure in Deutschland 51 1/2 Jahre, in Frankreich 59 Jahre, der Brigadekommandeure in Deutschland 55, in Frankreich 61, der Divisionskommandeure und Korpskommandeure in Deutschland 58 und 60, in Frankreich 64 Jahre. Man verlangt in Frankreich, daß die Offiziere ihrem Lande länger dienen, als das bei uns der Fall ist. Ich glaube nicht, daß die Ansprüche in Deutschland an die Offiziere höhere sind als in Frankreich, ich glaube auch nicht, daß das deutsche Klima die Offiziere im Dienst mehr demüthigt als das französische. Wir wissen ja, daß wenn der betreffende Offizier um seinen Abschied einkommen soll, der sogenannte blaue Brief eintrifft. Bei einer früheren Gelegenheit hat mir der frühere Kriegminister vorgehalten, meine Auffassung von der Bedeutung des blauen Briefes sei durchaus irrig, der blaue Brief würde durchschnittlich von den Offizieren nicht mit Mißbehagen, sondern mit großer Freude aufgenommen. Das halte ich weinerlei für eine ganz willkürliche Auffassung. Denn der blaue Brief meldet dem Adressaten etwa, daß in seiner Stelle eine Aenderung beabsichtigt sei und daß ihm überlassen bleibe, rechtzeitig seine Pensionierung zu beantragen. Das ist also ein Bist: Sie erscheinen überflüssig; es ist Zeit, daß Sie wegkommen. Reagiert der Empfänger nicht, dann wird ihm sehr bald sehr deutlich gemacht, daß er zu machen hat, daß er aus der Armee fortkommt. Reagiert er aber, dann entdeckt er plötzlich, daß er nicht mehr selbstständig, daß er krank ist, daß er irgend einen Fehler hat, welchen, weiß er selbst nicht. Er schreibt ans Regiment, der Regimentarzt kommt, bewaffnet mit Fieber, Bleistift und Notizbuch, untersucht und konstatirt schließlich! nicht mehr selbstständig. Das wird dann weiter gemeldet bis zum Korpskommandeur. Alle Chargen bis zu ihm hinauf befristigen die Diensttauglichkeit, obgleich sie den betreffenden gar nicht kennen, denn das Zeugnis des Arztes entscheidet, und der Arzt weiß, was er zu thun hat. Der Offizier wird pensionirt, Wertwärtig aber, daß Prinzen und fürstliche Herrschaften in der Armee niemals selbstständig werden; sie kriegen keinen blauen Brief, sie mögen noch so alt sein und wie weit sie mit ihren Fähigkeiten hinter dem Durchschnitt zurückbleiben.

Einer dieser pensionirten Offiziere theilt in einer Broschüre mit, daß von 1884—1891, also in 7 Jahren, in seiner Kompagnie 6 Kompagniechefs pensionirt wurden. In demselben Zeitraum wurden von 9 Bataillionskommandeuren 8 pensionirt. Das weist doch ein bedenkliches Licht auf die Zustände in der Armee; es wird in der That hier des Guten zu viel gethan.

In selbstlichem Widerspruch damit steht die Pensionierung der unteren Chargen, namentlich der Gemeinen. Da ist man außerordentlich schwerhörig, und in vielen Fällen erlangt der Mann die Pensionierung nicht, weil das Vorhandensein des Uebels zwar feststeht, es sich aber nicht nachweisen läßt, daß es in Ausübung des Dienstes entstanden sei. So wurde z. B. ein Schlosser beim Magdeburgischen Infanterieregiment Prinz Louis Ferdinand von Preußen nach ganz kurzer Zeit durch einen schweren Bruch völlig dienstunbrauchbar. Er hat in Berlin eine völlig mittellose Mutter, konnte aber aus dem eben angeführten Grunde trotz aller Mühe nicht die geringste Pension erlangen. Ein weiterer Fall: Ein Infanterist in Halle, der schwer auffand, also ein Hartkäse war, bekam eines Morgens vom Unteroffizier eine Kanne kalten Wassers auf den Kopf gegossen, als er aus dem Bett kam, mußte sich dann entkleiden und erhielt einen neuen Euß kalten Wassers. Bald darauf bricht der Mann ohnmächtig zusammen. Er muß in ein Hospital gebracht werden. Nach einiger Zeit wird er als geheilt entlassen, die Ohnmachtsanfälle aber wiederholen sich und nach einigen Monaten muß der Mann aus dem Dienst entlassen werden. Auch er hat nicht die geringste Pension bekommen. Wegen den Unteroffizier ist später, als er aus dem Dienst entlassen war, wahrscheinlich wegen Mißhandlung, eingeschritten worden; mit welchem Erfolge, weiß ich nicht. — Ein Matrose Schramm lehrte im vorigen Jahre auf dem „Kunard“ aus Australien zurück. In Kiel verfiel er in Gelfieberkrankheit und wurde zunächst ins Militärhospital, dann aber, da seine Dienstzeit kurz darauf zu Ende war, in das städtische Hospital in Kiel und schließlich in die Provinzial-Irrenanstalt Oberwalde überführt. All sein Eigentum, 409 M. baar Geld, eine silberne Uhr, einen sehr schön ausgeschöpften Paradiesvogel, einen Kleidersack mit Inhalt, hat die Anstalt an sich genommen, da der Vater mittellos ist und die arme Gemeinde Mariendorf bei Berlin soll außerdem noch jährlich 800 M. anbringen, denn die Marinebehörde lehnt jede Verpflichtung ab, weil der Bahnsinnausbruch nicht nachweisbar aus der Dienstzeit resultirt. So klar es ist, daß die Krankheit mit dem Aufenthalt in der heißen Zone zusammenhängt. Die Invalidentät-Berechtigung wird nicht anerkannt und einer armen Gemeinde wird in letzter Linie eine ungemein große Last auferlegt. Eine Aenderung des Gesetzes würde von der Armee als eine wahre Wohlthat empfunden werden. Das ist um so notwendiger, als die Zahl der Soldaten und die Anforderung an sie und die Mäßigkeit, als unfähig entlassen zu werden und keine Substanz zu finden, immer mehr wächst. Die Massenpensionierungen müssen aufhören, und andererseits muß die Gesetzgebung des Reichs ihre Schuldigkeit thun, daß die wirklich dienst- und erwerbsunfähigen Leute sich ernähren können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Goller (född. Sp.):** Der Beweis, daß unser Antrag unbedeutend ist, ist dem Generalmajor v. Diebahn vollständig mitsungen. Ich will auf den künstlichen Zahlenbau nicht näher eingehen. Denn dadurch wird nicht aus der Welt geschafft, daß die Zahl der pensionirten Offiziere seit 1888 sich fast verdoppelt hat, von 4655 auf 7014. Das nennt man ein lawinenartiges Anwachsen. Auch der württembergische Kriegminister hat nicht bestritten können, daß durch das Uebergehen beim Avancement der Abschied erzwungen wird. Er erzählte, daß ein Offizier, der beinahe die höchste Stelle erreicht hatte, sich erkundigte, ob er weiter avanzieren würde. Bei Verneinung der Frage nahm er den Abschied. Hätten wir, so sagte der Kriegminister, den Mann zum Weiterdienen zwingen sollen? Ja, so lange der Mann gesund und dienstfähig ist, mußte er weiterdienen, ebenso wie die im Avancement übergangenen Zivilbeamten. Das die Ernennung der Offiziere und ihre Pensionierung der Reichstag nichts angeht, ist unrichtig. Denn die Pensionen bezahlt nicht der Kriegminister, sondern das Volk, und deshalb werden wir uns das Recht nicht nehmen lassen, dabei mitzusprechen. Das die Konvention nicht in Bedenhausen, sondern in Berlin geschlossen ist, ändert nichts an der Tatsache, daß im ganzen Volke in Württemberg und auch im Offizierskorps diese Konvention nicht gebilligt wird. Der württembergische Kriegminister wird ja wohl noch Gelegenheit haben, mit meinen politischen Freunden im Halbmondsaal in Stuttgart sich auseinanderzusetzen! Herr Lieber bewies die Kompetenz des Reichstages. Ich will ihm ein offenes Geständnis machen. Unser Antrag ist keine Originalarbeit, sondern abgeschrieben von dem Antrage des Zentrums in Bayern, für den in der Kammer der Reichsräthe sogar der Prinz Ludwig, der Thronfolger, gestimmt hat. Wenn wir bloß dazu da sind, Pensionierungen, Schiffe u. s. w. zu bewilligen, wenn wir gar keine Verhältnisse hier beleuchten sollen, dann schicke man uns doch heim; es wird schon der Zeitpunkt kommen, wo die überhitzte Maschine in die Luft schießt.

**Kriegsminister v. Götter:** Man soll doch nicht die Sache auf die Spitze treiben. Es liegen nicht alle Rechte beim Reichstage. Auch die Rechte S. M. des Kaisers sind festgelegt. Es kann aber diese Dinge hier gesprochen werden, es können auch Anträge angenommen werden, auf die Entscheidungen S. M. werden Sie aber keinen Einfluß ausüben. Die Fürsorge für die Armee, die Ernennung der Offiziere ist das Recht des Kaisers und der Königinmutter allein. Darüber kann kein Zweifel sein. Der Vorredner hat meinen Kollegen aus Württemberg scharf angegriffen wegen der Konvention. Von einer solchen kann gar keine Rede sein. Ich unterschreibe jedes Wort meines Kollegen. Es ist vom preussischen Particularismus gesprochen. Preußen hat in keiner Weise einen Druck zu üben versucht. Wir

haben gesehen, daß Württemberg in einer schwierigen Lage war. Preußen mußte Offiziere stellen für ein Fußartillerie-Bataillon, das aus den preussischen Etat übernommen wurde. Es belland der weitere Wunsch, den württembergischen Offizieren die Möglichkeit zu geben, im Rahmen der preussischen Armee zu avancieren. Wir haben lange Bedenken gehabt, weil ein Teil der Offiziere im Avancement voraus war. Die Patentierung der Offiziere wurde gleichmäßig gestaltet; daraus beruht die ganze Vereinbarung. Wir Preußen fordern allerdings in erster Linie, für die Ehre und die Sicherheit des Reichs einzutreten. 1868 haben wir unsere Pflicht gethan und den Sieg errungen. Ohne Widerspruch sind die Offiziere der anderen Kontingente in die preussische Armee aufgenommen worden, obwohl diese Kontingente viel mehr höhere Offiziere hatten als wir. Preussische Regimenter haben nachher viel schlechter gestanden. Die Details, die Herr Nebel angeführt hat, sind längst widerlegt worden. Von den pensionirten Generalen sind 80 pCt. über 60 Jahre alt. Daß so viele Majore pensionirt sind, ist doch kein Beweis, daß die Majorsbede so gefährlich ist; sie wären ja dann niemals Majore geworden. Ob Herr Nebel mit dem blauen Brief Bescheid weiß, weiß ich nicht. Der blaue Brief enthält die Mitteilung der Beförderung; Bezüglich der Verabschiedung erfolgt die Mitteilung wegen der lebenden Eigenschaften zu höheren Stellen. Prinzen bekommen in der Regel kein Gehalt; sie dienen nur der Ehre wegen. Ein Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaften wird nicht gemacht, denn die Zahl der Pensionierungen von Mannschaften hat sich sehr viel mehr erhöht als die der pensionirten Offiziere. Allgemeine Bestimmungen, daß ein übergangener Offizier seinen Abschied nehmen muß, sind nicht vorhanden. Das Offizierskorps hat nie das Recht auf eine Beförderung nach dem Dienstatte gehabt. Wer seine Stelle nicht mehr ausfüllen kann, der muß im Interesse des Dienstes befreit werden.

**Württembergischer Kriegminister Schott von Schottenstein:** Ich habe nicht von oben herab gesagt, daß die Sache den Reichstag nichts angehe. Ich habe nur gesagt, darüber, warum ein hoher Offizier die höchste Stelle nicht erreiche, habe der Reichstag nicht zu entscheiden.

**Generalmajor v. Diebahn:** Herr Goller hat die von mir gemachten Angaben nicht widerlegt. Die Behauptung, daß im letzten Jahre über 800 Pensionierungen mehr erfolgt sind, ist nicht richtig. Die Vermehrung beträgt nur 241, nämlich von 6611 auf 6852.

**Abg. Lieber (3.):** Herr Goller hat mich — ich muß mich parlamentarisch ausdrücken — mißverstanden. Ich war erfreut, daß man seitens der Militärverwaltung dem Reichstage Auskunft gegeben hat. Herr Goller hätte sich daran erinnern sollen, daß ich die Steigerung des Pensionsfonds in der Budgetkommission angeregt habe. Auf dieser Anregung beruht wohl die eingehende Mittheilung der Kriegsverwaltung. Durch die Ausgabebewilligung hat der Reichstag das Recht, wenn die Pensionierungen steigen, andere Ausgaben zu verweigern und dem Kaiser anheim zu geben, ob er nicht im Interesse der anderen Reichsausgaben das Pensionierungstempo verlangsamten will. Dadurch ist das Recht des Reichstages gewahrt; man sollte sich hüten, dieses Recht zu überspannen. Wenn Herr Goller gegenüber der württembergischen Zentrumsparthei nicht aufkommen kann, dann kann er ja auch mich noch aus dem Mat der Volkspartei sperren. (Beifall.) Wenn ich für die Mittheilungen der Kriegsverwaltung gedankt habe, so geschah es, weil ich dadurch von manchen falschen Vorstellungen befreit worden bin. Wir behalten uns die Kritik der Pensionierungen trotzdem vor auf grund des Budgetrechtes. Gerade bei diesem Punkte, wo die beiderseitigen Rechte sich so nahe berühren, daß der Verdacht naheliegt, daß einer in die Rechte des anderen eingreift, haben wir, das Zentrum, allen Grund, Verwahrung einzulegen, als ob wir in die Kronrechte eingreifen wollten. (Beifall im Zentrum.)

**Abg. Nebel (Soz.):** Gerade die Art, in der Herr Lieber sich in so breiter Weise über seine Aeußerungen von vorgestern, ich möchte sagen, zu entschuldigen versuchte, beweist mir, daß er doch wohl selber fühlte, daß er vorgestern etwas weiter gegangen ist, als er von seinem Standpunkte aus rechtfertigen kann. Ich will Herrn Lieber zugeben, daß er in der Budgetkommission die Erörterungen über den Pensionsfonds eingeleitet hat, bestritten aber muß ich, daß bei dieser Gelegenheit die Rechte des Reichstages und der verbündeten Regierungen beziehungsweise des obersten Kriegsherrn auf die Pensionierungen erörtert sind. Ich war der einzige, der über die Grundsätze, wie sie nach meiner Meinung bei den Pensionierungen sein sollten, Erörterungen angestellt hat. Da antwortete mir der Kriegminister, es sei nicht richtig, daß Offiziere, die im Avancement übergegangen wären, ihren Abschied nehmen müßten. Damit war die Sache erledigt, weil ich sie im Plenum wieder aufnehmen wollte, wie es im Reichstage Sitte ist. Aber Herr Lieber hat erklärt, speziell seine Partei werde jederzeit die Rechte des Reichstages und die der verbündeten Regierungen bezüglich des obersten Kriegsherrn zu wahren wissen. Wie will Herr Lieber den Widerspruch erklären zwischen dem Verhalten seiner Partei im Reichstage und im bayerischen Landtage in bezug auf denselben Antrag, den Herr Goller stellte? In Bayern hat der Antrag die Zustimmung der großen Mehrheit gefunden. Wenn in Bayern ein solcher Antrag sogar unter Zustimmung eines königlichen Prinzen, wie Herr Goller mittheilt, für zulässig erachtet wird, warum soll der Reichstag darüber nicht diskutieren und ihn annehmen können? In bezug auf die konstitutionelle Bedeutung steht der Reichstag weit hinter dem bayerischen und selbst hinter dem württembergischen Landtage zurück. Das muß endlich ausgesprochen werden. Der Reichstag ist selbst schuld daran. Ohne dies beständige Nachgeben wäre er nicht eine bedeutungslose Institution, wie er thatsächlich ist. Wenn wir Summen bewilligen sollen, dann haben wir auch ein Recht zu fragen, welche Gründe führen zu diesen Forderungen? Wenn die Regierung sich weigerte, eine solche Auskunft zu geben, dann sollte der Reichstag auch kein Geld geben. Der Kriegminister meinte, auf die Entschlüssen des Kaisers würden diese Anträge keinen Einfluß üben. Das zeigt, in wie merkwürdigen Gegensatz wir uns zu Bayern befinden. Ein Reichstag, der auf seine Würde hält, weiß dann auch, was er zu thun hat. Ist er sich dieser Würde nicht bewußt, dann kann man freilich mit ihm wie die Kasse mit der Maus spielen. Das ist oft genug geschehen. Die große Zahl der pensionirten Majore soll meiner Auffassung widersprechen, daß die Majorsbede die gefährliche Ecke für die unteren Offiziere ist. In vielen Fällen ist der Major aber nur ein Titel. Manche Offiziere haben nur kurze Zeit diesen Posten bekleidet, um als Majore eine höhere Pension zu beziehen. (Zuruf.) So glaubt man wenigstens im Volke und in der Presse. Wenn die Zahl der pensionirten Mannschaften gestiegen ist, so wäre es Zeit, die Ursachen zu erfahren. Möglicherweise werden schon physisch und geistig unqualifizierte Leute in die Armee aufgenommen. Das Pensionsgesetz für die Mannschaften muß geändert werden. Manche Leute haben bei Bruchschäden keine Pension bekommen. Auch wenn die Leute als pensionsfähig anerkannt werden, ist die Pension so außerordentlich dürftig, daß die Leute sich davon nicht ernähren können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Goller (fr. Sp.):** Trotz seiner diplomatischen Rede ist es Herrn Lieber nicht gelungen, die Thatsache aus der Welt zu schaffen, daß er gouvernementealer ist als ein königl. bayerischer Prinz. Keine Zahlen hat der General von Diebahn bemängelt. Ich hatte sie aus nationalliberalen Blättern entnommen. Bill Generalleutnant v. Diebahn bestritten, daß 1887/88 16 520 000 M. und 1897/98 30 970 000 M. für Pensionen verlangt worden sind?

**Generalleutnant v. Diebahn:** Ich habe die Steigerung der Offizierspensionen gar nicht geleugnet. Ich habe die Steigerung der Pensionen für Beamte um 151 pCt., für Mannschaften um 175 pCt. und für Offiziere um 105 pCt. deutlich selbst angeführt.

**Abg. Lieber (3.):** Die Vorredner sind auf Bayern zurückgekommen. Aber die Verhältnisse in Bayern sind anders gelagert als die preussischen; deshalb können die bayerischen Prinzen einem Antrage zustimmen, dem ich im Reichstage niemals zustimmen würde.

**Generalleutnant v. Diebahn:** Die Behauptung, daß die

Mannschaften schwer zu ihren Pensionierungen kommen können, muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Leute werden so wohlwollend als möglich behandelt.

**Abg. Bebel (Soz.):** Ich verlange, daß ein durch eine Krankheit oder einen Unfall dienstunfähig gewordener Soldat als pensionsberechtigt anerkannt wird. Bruchschäden lassen sich sehr leicht feststellen beim Eintritt in den Militärdienst. Sind sie nicht konstatiert, und treten sie erst im Dienst ein, so ist ebenfalls Pensionberechtigung vorhanden, aber in den meisten Fällen nicht anerkannt. Von der Militärverwaltung ist durchaus nicht „alles mögliche“ geschehen, z. B. nicht in dem Hailer Fall.

**Abg. Weich (Fr. Sp.):** Früher mußten die Stellen der Subaltern- und Unterbeamten des Reichs- und Staatsdienstes für die Militärärzte vorbehalten werden. Jetzt sind auch die Gemeinden gezwungen, die Militärärzte anzustellen und zwar in den Stellen, welche nur mechanische Dienstleistungen erfordern, ferner in den Kanzleien und den Bureaus, bei letzteren zur Hälfte. Zu 1/4 ihrer Beamten ist also den Gemeinden das Recht genommen, ihre Beamten anzuzustellen. Selbst wenn sich keine Militärärzte für eine Stelle melden, muß die Gemeinde überall erst fragen, und erst wenn nach 6 Wochen kein Militär sich meldet, kann man Zivilpersonen anstellen. Als wenn man die Stelle monatelang unbesetzt lassen könnte. Was für Preußen gut ist, ist für Süddeutschland nicht immer gut genug. Früher traten die jungen Leute in die untersten Stellen ein und bildeten sich für ihren späteren Dienst in höheren Stellen aus. Wie soll jetzt die Ausbildung erfolgen, wenn die untersten Stellen mit Militärärzten besetzt werden? Die Militärärzte bringen von ihrem ewigen Kommando her den Kasernenleben in die Bureaus der Gemeinden; das gefällt dem Publikum in Süddeutschland nicht. Ist denn das Reich überhaupt kompetent, die Gemeindefragen zu besetzen? In der Verfassung ist davon nichts zu finden. Militärärzte sind keine Militärpersonen mehr. Jedenfalls bildet das bayerische Heer ein in sich abgeschlossenes Ganzes, in das die Reichsregierung nicht hineinzuordnen hat. Stände die bayerische Regierung noch auf ihrem Standpunkte vom Jahre 1875, so würde sie solchen Grundfragen im Bundesrat Widerspruch entgegenzusetzen oder sich für ihr Gebiet ihre Rechte bewahren.

**Staatssekretär v. Bötticher:** Die vom Vorredner angefochtenen Bestimmungen befinden sich in einem verfassungsmäßig publizierten Gesetz; wenn dieses Gesetz eine Verfassungsänderung enthält, so müssen sich eben nicht 14 Stimmen im Bundesrathe zusammengefunden haben, um gegen eine solche Verfassungsänderung Widerspruch zu erheben. Der Eifer des Vorredners ist durchaus nicht berechtigt. Er hat über Dinge gesprochen, über die sich der Bundesrat noch nicht einmal klar ist. Der § 77 des Gesetzes schreibt vor, daß die Gemeinden nach Maßgabe der darüber zu erlassenden Vorschriften die Militärärzte beschäftigen sollen. Es war daher nichts natürlicher, als daß das Reichamt des Innern die für den Reichsdienst und für Preußen bestehenden Vorschriften für den Entwurf benutzte. Dieser Entwurf ist den Bundesregierungen mitgeteilt, ehe er dem Bundesrathe zugeht. Die Bundesregierungen haben sich zur Zeit noch nicht sämtlich geäußert; die Sache konnte also noch nicht weiter gefördert werden. Die Mehrzahl der Bundesregierungen hat sich aber auf den Standpunkt des Entwurfs gestellt. Die verschiedenen Vorschläge werden gesichtet werden müssen, ehe die Vorlage an den Bundesrat erfolgt. Die Grundzüge werden nicht durch Bundesratsbeschlüsse festgelegt werden, sondern durch Vereinbarungen, damit alle Einwendungen zu Worte kommen können; die Grundzüge sollen nicht eher in einem Bundesstaat zur Anwendung kommen, bis die Bundesregierungen sich damit einverstanden erklärt haben. Darin liegt wohl eine große Bequemlichkeit für den Vorredner. Wenn der Vorredner meint, was für Preußen gut ist, ist für Süddeutschland noch lange nicht gut genug, so muß ich sagen: Wir wünschen unseren süddeutschen Brüdern viel was Besseres, als wir selbst haben. (Heiterkeit.)

**Abg. Gröber (Z.):** Es ist erfreulich, daß wir noch nicht vor vollendetem Thatsachen stehen. Die Beunruhigung im Lande ist sehr groß, namentlich in den Verwaltungen der größeren Städte. 1898 haben sich die liberalen Städteverwaltungen nicht um dieses Gesetz gekümmert, sie hatten damals hohe Politik für die Militärvorlage zu treiben und auf den damaligen Reichstag zu scheitern. Der Reichstag konnte das Gesetz damals nur zu Stande bringen, wenn er auf jede Debatte verzichtete; das Gesetz wurde einstimmig angenommen, kurz bevor die Auflösung des Reichstages erfolgte. Also alle Parteien haben die Verantwortung mitzutragen, auch die freisinnige. Herr Oberly im preussischen Abgeordnetenhaus war gerade für die Ausdehnung auf die Landgemeinden; bei ihm möge sich Herr Weich bedanken, daß wir das Gesetz in Süddeutschland haben. Daß das Reichsgesetz den Landesgesetzen vorgeht, ist nicht zu ändern. Wir können nur über die Modalitäten der Ausführung ein Wort sprechen und deshalb habe ich meinen Antrag gestellt, der das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden schützen soll. Daher wird die Gemeindeverwaltung werden, denn die Herren Unteroffiziere, die in die kleinen Gemeinden kommen, haben sich in den großstädtischen Garnisonen manches Bedürfnis angeeignet, das in den kleinen Städten nicht so billig zu befriedigen ist. Redner bedauert schließlich, daß der 1891 gefasste Beschluß, alle Pensionsgesetze in eines zusammenzufassen, noch nicht erfüllt ist.

**Abg. Weber-Deidelberg (natl.):** Auch in diesem Gesetze über die Militärärzte ist dem Bundesrathe die Vollmacht gegeben, die Sache durchzuführen. Wir haben damit schlechte Erfahrungen gemacht z. B. bezüglich der Wäckerordnung. Der Bundesrat sollte seine Beschlüsse bekannt geben, damit der Reichstag sich darüber äußern kann. Wenn Herr Gröber über die liberalen Stadtvertretungen berzieht, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die bairischen Stadtvertretungen zuerst gegen die neuen Vorschriften über die Militärärzte Front gemacht haben. Redner empfiehlt die Annahme des Antrages Gröber, der die Rechte der Städte auf Anstellung ihrer Beamten nach Möglichkeit wahrt.

**Abg. Marbe (Z.)** schließt sich ebenfalls dem Antrage an.  
**Abg. Förster (Sp.)** tritt dafür ein, daß den Invaliden, die in Reichs- und Staatsdienste treten, ihre Pension nicht gekürzt werde. Die Leute sind meist in höherem Alter; sie bedürfen der Pension als einer Art Pflegegeld neben ihrem Gehalt.

**Generalleutnant von Viebahn** dankt dem Vorredner für das Interesse, das er den Invaliden entgegengebracht habe, aber nach dem durch die Novelle von 1893 eine größere Fürsorge für die Invaliden eingetreten sei, seien die Resorts der Meinung, daß eine weitere Fürsorge jetzt nicht einzutreten habe.

**Abg. Bueh (Soz.):** In Elsaß-Lothringen haben seit der französischen Revolution die Gemeinden das unbeschränkte Anstellungsrecht für ihre Beamten. Die Novelle würde dieses Recht sehr erheblich einschränken.

Nachdem **Abg. Osann (natl.)** sich für den Antrag Gröber erklärt hatte, bedauert

**Abg. Graf Crisla (natl.),** daß die Wünsche der Militärinvaliden mit so kurzen Worten abgethan würden, trotzdem die Petitionskommission sich dafür erklärt habe. Hoffentlich finde in Zukunft eine eingehendere Würdigung seitens der Regierung statt.

**Generalleutnant v. Viebahn:** Ich habe nicht von meinem persönlichen Wohlwollen gesprochen, sondern nur die Meinung der verbündeten Regierungen vorgetragen.

Die Ausgaben werden bewilligt; der Antrag August wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und der Freisinnigen Volkspartei, sowie einiger Zentrumsmitglieder (Hug, Schätgen, Schuler u. a.) abgelehnt; der Antrag Gröber wird dagegen einstimmig angenommen.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Etat des Ausw. Amtes.)

### Parlamentarisches.

Die Kommission zur Vorberathung der Unfallversicherungs-Novelle gelangte in ihrer gestrigen Sitzung zur Abstimmung über den wichtigen § 7, über den bereits in der vorausgegangenen Sitzung

lebhaft debattirt war. § 7 stellt fest, wann gegen den Willen des Verletzten dieser einem Krankenhause überwiesen werden darf. Die Vorlage schlägt noch eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes vor. Sie will den § 1 wie folgt gefasst wissen (die wesentlichen Abweichungen vom geltenden Recht sind durch Sperren und erkennlich gemacht): „An stelle der in den §§ 5a und 5d vorgeschriebenen Leistungen kann freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause gewährt werden, und zwar 1. für Verunglückte, welche verheirathet sind oder einen eigenen Haushalt haben oder Mitglieder der Haushaltung ihrer Familien sind, mit deren Zustimmung oder unabhängig von derselben, wenn die Art der Verletzung Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, denen in der Familie nicht genügt werden kann, oder wenn die Verletzten wiederholt den ärztlichen Anordnungen zuwider gehandelt haben, oder wenn ihr Zustand oder Verhalten eine sorgfältige Beobachtung erfordert, 2. für sonstige Verunglückte in allen Fällen. Für die Zeit der Verpflegung des Verunglückten in dem Krankenhause steht seinen Angehörigen ein Anspruch auf Rente in so weit zu, als sie dieselbe im Falle des Todes des Verletzten würden beanspruchen können. Hiergegen hatten unsere Genossen beantragt, die Aufnahme lediglich in einem staatlichen oder von Seiten eines Kommunal-, Kreis- oder Provinzial-Verbandes verwalteten Krankenhause stattfinden zu lassen, ferner die neuen Verschlechterungen zu streichen, ferner die Aufnahme in einem Krankenhause nur mit Bewilligung des Verletzten zuzulassen und endlich die Aufnahme nach beendeten Heilverfahren (also in sog. Rentenquellsen) unter allen Umständen von der Einwilligung des Verletzten abhängig zu machen. Nur theilweise fanden diese Anträge, für die in ihrem vollen Umfange nur der Abgeordnete Müller (Antisemit) stimmte, Annahme. Es wurde nämlich die Vorlage mit den Änderungen angenommen, daß die Frage, ob der Zustand oder das Verhalten des Verletzten die Aufnahme erfordere, von dem Gutachten eines benannten Arztes abhängig gemacht und beschloffen, daß die Aufnahme nach Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit in eine Rentenquelle nur mit Zustimmung des Verletzten oder eines amtlich bestellten Arztes (Physikus u. s. w.) erfolgen darf. §§ 8 und 9 betreffen das Verhältnis zu Armenverbänden, und die Frage, wer Träger der Versicherung sein soll. Bei § 9 schnitten unsere Genossen die Frage an, ob nicht ein Reichs-Versicherungsamt (im Sinne der sozialdemokratischen Anträge von 1881) oder eine territoriale Gliederung von Unfallversicherungs-Genossenschaften oder wenigstens ein zwischen territorialer und berufsgenossenschaftlicher Gliederung gemischtes System endlich einzuführen sei. Sie stellten deshalb, vorbehaltlich weitergehender Anträge für die zweite Lesung, Anträge in letzterem Sinn. Dieselben wurden abgelehnt. Aus der Debatte ergab sich, daß selbst v. Hertling und v. Stumm keine besonderen Schwärmer für die berufsgenossenschaftliche Versicherung mehr sind, daß v. Stumm wie früher einem reichsamtlichen Versicherungssystem prinzipiell sympathisch entgegensieht und daß die Konservativen, weil sie nicht wissen, wie sie am besten fahren, zwar für eine Verschmelzung aller Arten von Versicherungen sich prinzipiell erklären, aber zur Zeit dagegen stimmen würden. In der zweiten Lesung werden unumkehrbar unsere Genossen die Organisationsfrage durch neue Anträge aufschneiden und die übrigen Abgeordneten so zwingen, klar Farbe zu bekennen. — Die nächste Sitzung findet am Montag um 10 Uhr statt.

**Zu die Margarine-Kommission** sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Abgeordneten **Wurm, Harm und Herber** gewählt worden.

**Im Abgeordnetenhaus** hat **Abg. v. Henzebrand** mit Unterstützung der Konservativen beantragt, die Regierung aufzufordern, dem Landtage baldigst einen Gesetzentwurf betreffend die Aufbesserung der Gehaltsbezüge der Geistlichen vorzulegen. Hiernach sollen die im Kultusetat zur Verteilung eines ansehnlichen Einkommens der Geistlichen ausgeworfenen Staatsmittel behufs Gewährung von Aufbesserungszulagen an bestehende Pfarreien und von Alterszulagen an Pfarrer wesentlich erhöht werden. Ferner sollen diese Staatsmittel in einer festen Summe den geordneten Organen der evangelischen Landeskirche und der katholischen Kirche zur eigenen Verwendung nach bestimmten, staatsgesetzlich festzustellenden Grundsätzen überwiesen werden.

### Partei-Nachrichten.

**Der sozialdemokratische Verein Stuttgart** hatte an die städtische Behörde das Gesuch gerichtet, es möge zur Feier des 1. Mai die städtische Gewerbehalle, wo zeitweise Märkte, Anstellungen und dergleichen stattfinden, zur Verfügung gestellt werden. In der letzten Gemeinderath-Sitzung wurde das Gesuch beraten. Oberbürgermeister Kämelin empfahl die Ablehnung, als Grund u. a. anzuführen, daß man in der Gewerbehalle einen Redner nicht zu verkehren vermöge. Er selbst könne mit seinem Sprachorgan die Konkurrenz mit den meisten sozialdemokratischen Rednern aufnehmen, und dennoch sei er bei der letzten Veteranenfeier von höchstens 15 Veteranen verstanden worden. Als weitere „Gründe“ wurden angeführt, daß in Rücksicht auf das nahe Karlsruher Hospital seine musikalischen Veranstaltungen geduldet werden könnten, auch dürfte die Halle politischen Zwecken nicht dienen. An „Gründen“ fehlt es also nicht, doch sind sie auch danach. Beispielsweise ist im gleichen Lokal während der letzten Ausstellung ein halbes Jahr tagelänglich Konzert abgehalten worden.

**Bei der Bürgerausschuh-Wahl** im Dorfe Neckarau bei Mannheim wurden in der dritten Klasse die sozialdemokratischen Kandidaten mit 286—291 Stimmen gewählt. Die Kandidaten der vereinigten Gegner erhielten 221—231 Stimmen.

### Politisches, Gerichtliches etc.

In Halle a. S. wurde **Genosse Mannigel**, der frühere verantwortliche Redakteur des „Volksblattes“, der gegenwärtig eine Gefängnisstrafe verbüßt, am Donnerstag gefesselt vor das Schöffengericht geführt, um sich wegen Beleidigung des Obergroßsenkels in Göttingen zu verantworten. Die Klage war von der Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse erhoben. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Wir möchten bei dieser Gelegenheit an den Justizminister die Frage richten, ob es seinen Intentionen entspricht, wenn Redakteure von Arbeiterblättern gefesselt wie Mörder und Spitzbuben vor Gericht geführt werden. Derartige Fälle sind ja nicht nur in Halle, sondern auch anderwärts in Preußen vorgekommen. Die Arbeiterpresse ist ja gewöhnt, mit anderem Maße gemessen zu werden, als die bürgerliche Presse, was aber zu viel ist, das ist zu viel!

Wegen Beleidigung der Polizeibehörde in Kiel, der die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ wegen der Auflösung des Distriktsklub „Freiheit“ russische Militär vorgeworfen hat, wurde **Genosse Kätiens** als verantwortlicher Redakteur dieses Blattes zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt, welche Strafe mit einer früher gegen ihn ausgesprochenen einmonatigen Gefängnisstrafe in eine Gesamtstrafe von zwei Monaten zusammengezogen wurde. Der Staatsanwalt hatte wegen der Beleidigung der Polizeibehörde vier Monate Gefängnis beantragt.

Das „Volksblatt für Anhalt“ schreibt: **Genosse Münchow** wird nächsten Montag seine siebenwöchige Gefängnisstrafe, die er sich als zeichnender Redakteur wegen Beleidigung zugezogen hat, antreten. Es sitzen alsdann drei unserer zeichnenden Redakteure hinter Schloß und Riegel, um über das Maß unserer deutschen Pressefreiheit, über welches man ungestraft nicht hinausgehen darf, nachzudenken.

### Soziales.

**Zum Achtstundentage.** Nach der ersten Verhandlung des Reichstags über den Antrag unserer Fraktion, im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrswesen die Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden gesetzlich festzusetzen, empfing Reichstags-Abgeordneter **Genosse Fischer**, der den Antrag begründet hat, folgendes Schreiben:

**Berther Genosse!**  
In bezug auf die in der Reichstags-Sitzung vom 4. Februar d. J. gepflogene Debatte über die gesetzliche Einführung eines achtstündigen Normalarbeitstages, sehen wir unterzeichneten Arbeiter der Firma Felix Lande, Berlin, Markstr. 12, die wir den achtstündigen Arbeitstag bereits seit mehreren Jahren besitzen und aus eigener Erfahrung die Folgen desselben beurtheilen können, uns veranlaßt, gegen einige der Wahrheiten nicht entsprechende Behauptungen der Herren Abgeordneten von Heyl und von Stumm in hiermit energisch zu protestieren und in folgendem zu erläutern:  
Es entspricht im Allgemeinen nicht den Thatsachen, daß die Schankstätten in der Umgebung solcher Fabriken, in denen die Arbeitszeit verlängert ist, zunehmen. In betreff oben genannter Fabrik können wir konstatieren, daß die Schankstätten in der Umgebung derselben sich schon seit Jahren nicht vermehrt haben.  
Auch hat der Alkoholgenuss der Arbeiter genannter Firma sich seit Bestehen der achtstündigen Arbeitsdauer eher vermindert als vermehrt. Da durch die Verlängerung der Arbeitsdauer dem Arbeiter Gelegenheit gegeben ist, auf ein höheres geistiges wie sittliches Niveau zu gelangen, sucht er dementsprechend, anstatt seine ganze freie Zeit in Schankstätten zu verbringen, sich mehr den geistigen Genüssen sowie dem Familienleben zu widmen. Aus diesem Grunde sind die Frauen auch Freunde der Arbeitszeit-Verlängerung und nicht, wie behauptet, Gegner derselben. Ebenfalls konstatieren wir, daß Produktion und Verdienst sich gleichfalls nicht vermindert haben.

**Die Arbeiter der Firma Felix Lande.**  
**J. A.: Der Arbeiterausschuss.**  
Obige Ausführung bekräftigen hiermit  
**Felix Lande, Inhaber der Firma Felix Lande.**  
**Adolph Goldberg, Mitinhaber.**  
Der gleiche Protest ist auch den Abgeordneten v. Stumm und v. Heyl zugegangen.

Man kann nur wünschen, daß den Herren v. Stumm, v. Heyl und Kompagnie recht oft aus Arbeiter- und Unternehmerteufen heraus der Standpunkt klar gemacht wird, wenn sie in später Ueberschätzung ihrer sozialpolitischen Kenntnisse im Reichstage über Dinge reden, von denen sie offenbar absolut nichts verstehen. Ist es auch bei der Borntheit insbesondere des Herrn v. Stumm ausgeschlossen, daß die Zurechnungen den Erfolg hätten, die Herren zu besseren Einsichten zu bringen, so würde doch mit der Zeit das erreicht werden, daß die Regierung sich genirt, in sozialpolitischer Beziehung im Fahrwasser von Leuten zu segeln, die thatsächlich gar nichts Gescheiteres thun können, als in sozialpolitischen Dingen — möglichst wenig zu reden.

**Arbeiter-Risiko.** Auf der sächsischen Gussfabrik in Döhlen bei Dresden sind, wie uns mitgeteilt wird, im vorigen Jahre insgesamt 87 Betriebsunfälle vorgekommen, was bei einer Arbeiterzahl von 700 Mann 12 1/2 pCt. bedeutet. Im Januar ereigneten sich 4, im Februar 4, März 4, April 10, Mai 10, Juni 11, Juli 7, August 8, September 13, Oktober 8, November 8 und im Dezember 10 Unfälle. Die Art der Verletzung war: 8 Kopf-, 8 Augen-, 4 Arm-, 26 Hand-, 2 Rücken-, 31 Fuß-, 8 Bein-, 1 Rippen-, 1 Schulter-, 1 Harnröhren-Beschädigung, sowie 2 Muskelverletzungen. Ueber die Dauer der durch diese Betriebsunfälle verursachten Erwerbsunfähigkeit konnte unser Bericht-erstatler leider nichts ermitteln. Immerhin giebt das Verzeichnis der Unfälle einen Anhalt dafür, welche große Gefahren die Beschäftigung in der Gussfabrikbranche für die Arbeiter mit sich bringt.

Auf dem **Glückauf-Schacht** des **Zwickauer-Oberhohndorfer Steinkohlenbau-Vereins** blühte der Fördermann **Emil Kundt** durch Herabstürzen in einen 40 Meter tiefen Förderseil sein Leben ein. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie.

**Aus Weuthen** in Oberschlesien wird gemeldet: Auf der Zentrumsgrube **Karsten** schlug bei der Einfahrt in den Schacht die Seile, auf welcher 27 Bergleute standen, infolge einer Unvorsichtigkeit des Maschinisten mit voller Wucht auf die Seilschleife. Hierzu Bergleute sind schwer verletzt.

### Depechen und letzte Nachrichten.

**Hamburg, 20. Februar. (W. T. W.)** Nachdem es gelungen war, den entflohenen Komplizen des Einbrechers, der sich erschossen hatte, dingest zu machen, wurde festgestellt, daß ein kürzlich verhafteter Kommissar Heine, der Selbstmörder Hoffmann und der heute verhaftete Buchdrucker Hoelze sämtliche Aufsehen erregende Einbrüche der letzten Wochen ausgeführt hatten. Der Hamburger und Altonaer Polizei ist es gelungen, sämtliche gestohlenen werthvollen Gemälde und Kunstfachen wieder herbeizuschaffen; dieselben waren schon in Kisten zum Versenden verpackt. Die Einbrecher gehören gut situirten Familien an. Die Beweggründe zu ihrem Treiben sind räthselhaft.

In Otensen wurden in letzter Nacht die Maschinen- und Mühlenfabrik von Hermann Bauernmeister und die Otenser Dampf-Maschinenfabrik von Wieselmann u. Schlüter, beide in einem Gebäude belegen, ein Raub der Flammen. Der Schaden ist bedeutend. Verlaste an Menschenleben sind nicht vorgekommen.

**Wien, 20. Februar. (W. T. W.)** Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Rom: Es entspricht dem Sachverhalte nicht ganz, von einer Ablehnung des Bioladevorschlages durch das englische und italienische Kabinett zu sprechen. Es läuft der Gedankenabtausch fort, und korrekterweise kann nur von einer noch nicht ertheilten Zustimmung beider Kabinette, von Anfragen und Amenements derselben die Rede sein. Inzwischen sehen auch diese Kabinette mit gesteigertem Nachdruck die Warnungen und Mahnungen in Athen fort und erwarten gerade mit Rücksicht auf die von ihnen eingegangene Haltung größere Würdigung derselben seitens der griechischen Regierung als bisher.

**Paris, 20. Februar. (W. T. W.)** Deputiertenkammer. Guedde richtete eine Interpellation an die Regierung über die Ausweisung von Elässern, welche am 6. September 1896 in Wittenbach einer Versammlung beiwohnen wollten, in welcher die Abgeordneten des deutschen Reichstags Bueh und Bebel Redenschaft über ihr Mandat ablegen wollten. Der Redner erinnerte daran, daß Bueh und andere deutsche Sozialisten gegen die Anexion von Elsaß-Lothringen Einspruch erhoben hätten. Der Minister des Innern Barthelemy erwiderte, die Ausweisung habe sich nur gegen Bueh und Bebel gerichtet, deren Anschluß an den Sozialismus ihre leidenschaftliche Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland nicht ausschliesse. Die deutschen Sozialisten räumten sich offen, erst Deutsche zu sein und dann erst Sozialisten. Es wäre zu wünschen, daß dasselbe in allen Ländern der Fall sei. (Beifall und Widerspruch.) Die Regierung wolle nicht eine Wiederholung von Kundgebungen sehen, wie solche auf dem Kongress von Lille im August stattgefunden. Der Martr von Wittenbach hatte die ergriffenen Maßregeln gebilligt, denn die Bevölkerung mißbilligte verbrecherische internationalistische Lehren. (Beifall.) Guedde erwiderte und betonte, der Patriotismus werde im Elsaß durch die sozialistischen Arbeiter verlorpert; er erinnerte daran, daß Gambetta und andere französische Persönlichkeiten Bebel und Liebknecht dies Zeugnis ausstellten. Der Redner wies ferner auf den Patriotismus der Sozialisten hin, welche wünschten, daß der Rhein die Verbindungslinie zwischen den Völkern werde, anstatt eine trennende Schranke zu sein. Die Debatte wurde hierauf geschlossen. Minister Barthelemy erklärte, er nehme die einfache Tagesordnung an, als Zeichen der Billigung des Verhaltens der Regierung, und beklagte sich über die Unterbrechungen, denen er seitens der äußersten Linken ausgesetzt gewesen sei. Die einfache Tagesordnung wurde mit 301 gegen 73 Stimmen angenommen und die Sitzung aufgehoben.

**Langer, 19. Februar.** (Meldung der „Agence Havas“.) Zwei Arbeiter, welche dringend verständig sind, den deutschen Bankier **Häpner** ermordet zu haben, sind verhaftet worden.



und liegt im Interesse des öffentlichen Wohls. 2. Abänderungs-  
vorschläge der Versicherungsgesetze sollen der Begutachtung durch die  
ärztlichen Ständevertretungen unterliegen. 3. Bei Ausführung der  
Versicherungsgesetze ist die Teilnahme der Ärzte an der Ver-  
waltung und Rechtsprechung geboten. 4. Die Vereinfachung und  
einheitliche Gestaltung des Kranken-, Unfall- und Invaliditäts-  
gesetzes ist vom ärztlichen Standpunkte aus erfindenswerth.  
5. In Anbetracht der materiellen Schädigung, welche die Zwangs-  
versicherung eines bedeutenden Theiles der Bevölkerung dem ärzt-  
lichen Stande zugefügt hat und für den Fall weiterer Ausdehnung  
des Versicherungszwanges in erhöhtem Maße zuzufügen wird, ist die  
gesetzliche Fixirung erforderlich: a) der freien Wahl des Arztes für  
die Versicherten; b) des Grundsatzes, daß ärztliche Leistungen zu  
gunsten der Versicherten mindestens in Höhe der Minimalsätze der  
staatlichen Gebührenordnungen zu honoriren sind. Dementsprechend  
wurden bezüglich des Entwurfes zur Novelle für das Unfall-  
versicherungsgesetz eine Reihe von Abänderungen angenommen,  
welche der Reichstagskommission zur Vorberatung dieses Geset-  
zentwurfes unter Uebersendung des Verhandlungsprotokolls in Vor-  
schlag gebracht werden sollen.

**Wiederkehr.** Am Freitag starb hier im Alter von 81 Jahren  
der Professor der Mathematik Carl Weierstrass, der mit den  
ihm eng befreundeten Mathematikern Kronecker (gest. 1891) und  
Kummers (gest. 1892) zu den hervorragendsten mathematischen  
Forschern nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt gehörte.  
In jungen Jahren widmete er sich der Rechtswissenschaft, die er  
vier Jahre lang in Bonn studierte; doch wandte er sich dann völlig  
der Mathematik zu und trieb noch zwei Jahre an der Akademie  
in Münster mathematische Studien. Nach Ablegung seiner  
Examina im Jahre 1842 wurde er Gymnasiallehrer und lernte als  
solcher an den verschiedenen Instituten, an denen er wirkte (Münster,  
Deutsch-Krone, Braunsberg), den jämmerlichen Zustand des mathema-  
tischen Unterrichts an unseren humanistischen Gymnasien kennen.  
Im mathematischen Verein erzählte er einmal den jungen Studenten,  
daß während seiner Lehrerzeit aus dem Kultusministerium eine  
Verfügung kam, durch die den Lehrern unterlagt wurde,  
die Kurven zweiten Grades in den Kreis des Unterrichts einzu-  
beziehen; dagegen dürften sie allenfalls die Theorie der Kegelschnitte  
durchsprechen. In welcher Weise sich das Ministerium durch diese  
Verfügung blamierte, erbellt daraus, daß Kurven zweiten  
Grades und Kegelschnitte nur verschiedene Be-  
zeichnungen für dieselben geometrischen Gebilde (Kreis,  
Ellipse, Parabel, Hyperbel) sind.

In den seitdem verfloffenen fünfzig Jahren sind diese Ver-  
hältnisse erheblich besser geworden, und speziell Weierstrass hat  
außerordentlich zu der Verbesserung des mathematischen Unterrichts  
beigetragen. Nachdem er 1856 Professor am Gewerbe-Institut zu  
Berlin, 1857 Mitglied der Akademie der Wissenschaften geworden,  
erhielt er 1864 die Stelle eines ordentlichen Professors für Mathematik  
an der Berliner Universität. Schon vorher hatte er sich bemüht, den  
mathematischen Unterricht eindringlicher zu gestalten, zu welchem Behufe er  
besonders die Errichtung eines mathematischen Seminars an der  
Universität anregte. An den Arbeiten dieses Seminars, das 1861  
eröffnet wurde, haben außerordentlich viele Mathematiker theil-  
genommen, die zu einem großen Theile später an den Gymnasien als  
Mathematiklehrer wirkten.

Die wissenschaftlichen Arbeiten Weierstrass' beschäftigten sich mit  
Problemen der reinen Mathematik, speziell auf dem Gebiete der  
allgemeinen Functionentheorie, die er fester begründete und erheblich  
ausbaute. Seine sämtlichen Abhandlungen sind in den Jahren 1894  
und 1895 von der Akademie der Wissenschaften gesammelt und  
herausgegeben worden.

Die achte städtische Fortbildungsschule für Jünglinge und  
Erwachsene, Putzmeisterstr. 23, haben im ganzen in diesem Halbjahre  
565 junge Leute, besonders Kaufmanns- und Handwerkerlehrlinge,  
besucht. Außer in den allgemein bildenden Fächern Deutsch,  
bürgerlichem, kaufmännischem und geometrischem Rechnen, wird  
in französisch und Englisch in Ober- und Unter-Kursen, in einfacher  
und doppelter Buchführung, Stenographie, Geometrie, Algebra,  
Physik, Mechanik, Chemie, Zirkel-, Projektions-, Ornament- und  
Körperzeichnen, Franzzeichnen für Graveure und Lithographen und  
im Modelliren unterrichtet. Ferner ist mit der Schule ein städtischer  
Gewerbeaal und eine Abteilung der Berliner Tischlerschule mit  
ca. 120 Theilnehmern verbunden, in denen Franzzeichnen für Schlosser,  
Maschinenbauer, Mechaniker, Drechsler und Tischler gelehrt wird.

Die „Freie Liedertafel“ hält am Sonnabend, den 27. Februar,  
im Schweizer-Garten ihren Maskenball ab, wozu sie alle Freunde  
sowie die Parteigenossen des fünften Wahlkreises einladet.

Die Parteigenossen des fünften Wahlkreises werden auf  
den heute Abend bei Babel, Hofenthalerstr. 57, stattfindende ge-  
mächliche Beisammenkunft aufmerksam gemacht.

Die vorankündigten Petrosenklampen, die besonders in  
den Straßen des Nordens von Berlin noch in großer Anzahl vor-  
handen sind, sollen nun endlich nach und nach einer großstädtischen  
Beleuchtungsart Platz machen. Zunächst werden sie aus der Ge-  
richts- und aus der Müllerstraße verschwinden. Die Gerichtsstraße  
wird nämlich vom 1. April dieses Jahres ab mit Gas und die  
Müllerstraße von demselben Zeitpunkt ab sogar mit Gasglühlicht  
erleuchtet werden.

Der Polizeipräsident hat auf die Petition der Berliner  
Drugisten-Zunung betreffs Prüfung der Gifthändler, wie in  
der letzten Zunungsverammlung mitgetheilt wurde, nachstehende  
Antwort ertheilt: „Dem Vorstände beehre ich mich auf die gefällige  
Eingabe vom 15. Dezember v. J. ergehen zu erwidern, daß ich die  
Begründung durch die abschließlich angeforderte Verfügung an-  
gewiesenen habe, Personen unter 18 Jahren zur Gifthändler-Prüfung  
nicht mehr zuzulassen. Dem zweiten Vorschlage, die hauptsächlichsten  
Kapitel der Giftlehre aus der Reihe der obligatorischen Prüfungs-  
gegenstände zu streichen, vermag ich mich indes nicht anzuschließen,  
weil mir die Verbreitung toxiskologischer Kenntnisse unter den Gift-  
händlern als ein wesentlicher Faktor für die Durchführung der gift-  
polizeilichen Bestimmungen erscheint.“

Der Verkehr auf den Wasserstraßen Berlins im Jahre  
1896 hat dem „Bl. d. Bau.“ zufolge trotz des frühzeitig ein-  
getretenen Winters gegen das Jahr 1895 zugenommen. Eine erheb-  
liche Steigerung von 480 887 auf 689 285 Tonnen ist bei dem Durch-  
gangsverkehr eingetreten, während sich das Gesamtgewicht der an-  
gekommenen Güter von 4 640 767 auf 4 795 772 Tonnen, das der  
abgegangenen Güter von 482 310 auf 483 562 Tonnen vermehrt hat.

Die Mittheilung, daß die Ausstellungs-Geldlotterie nicht ge-  
nehmigt worden sei, wird von der „Berl. Corr.“ demüthigt.

Aus dem Fenster geküßt ist am Sonnabend Nach-  
mittag gegen 3 Uhr der 29 Jahre alte Seemann Karl Bach, der  
sich bei den Eltern, der Schuhmacher Bach'schen Eheleuten, in der  
Kundstr. 17 aufhielt. Er schwebte sich Ende vorigen Jahres auf einem  
Kaufahrtschiff, wurde im Tropenlande von Malaria befallen und  
hält sich seitdem beschäftigungslos bei den Eltern auf. Nach Angabe  
des Vaters hat er sich, um einem Leierkasten zuzuhören, zu weit aus  
dem Fenster gelehnt, dabei das Gleichgewicht verloren und ist auf  
den Hof hinabgefallen. Mit schweren Verletzungen an Kopf und  
Armen wurde er in einer Droschke nach der Charité gebracht.

Recht schnell ist der Kaufmann Levy, Landsbergerstr. 111,  
wieder in den Besitz der ihm gestohlenen Waaren gelangt. In den  
ersten Morgenstunden des 18. d. M. waren drei Fässer mit Seilings-  
dämmen, die auf dem durch zwei schwere eiserne Thore und eine  
hohe Mauer umschlossenen Hofe des genannten Grundstücks lagerten,  
ihres Inhalts im Werthe von mehreren Tausend Mark beraubt  
worden. Derartig werthvolle Waare wird von der Firma nur  
ganz ausnahmsweise auf dem Hofe gelagert und es mußte auf-  
fallen, daß diese seltene Gelegenheit den Dieben bekannt geworden  
war, ein Umstand, der darauf schließen ließ, daß ein Angestellter der  
Firma im Spiel sei. Der Hausdiener Max Weder wurde denn auch

im Laufe des Vormittags festgenommen. Er leugnete die That auf  
das Hartnäckigste und versuchte sein Alibi nachzuweisen. Durch  
ausgedehnte, auch auf Vororte sich erstreckende Nachforschungen  
gelang es indessen, nicht nur ihm die Unwahrheiten seiner Angaben,  
sondern auch einige kleinere Gelegenheitsdiebstahle zu beweisen.  
Angesichts dieser Sachlage bequante sich Weder zu dem Geständniß,  
daß er dem „großen Unbekannten“ die günstige Diebstahlsgelegenheit  
verrathen habe. Inzwischen war bereits ermittelt, daß Weder mit ver-  
dächtigen Personen öfter in einem Wirthshause der Weberstraße verkehrte.  
Nachdem er unter sicherem Schutz in das Lokal gebracht war, er-  
schienen auch bald die „unbekannten“ Freunde. Sie wurden fest-  
genommen und eine Durchsuchung ihrer Wohnungen war so erfolg-  
reich, daß dem Bestohlenen noch am Abend das gestohlene Gut fast  
vollständig aufgehändigt werden konnte. Die Diebe gestanden denn  
schließlich, daß sie sich hatten einschließen lassen. Dann waren sie  
über das eine der Thore geklettert und hatten die Thür in kleinen  
Mengen durch das trennende Gitter hindurchgezogen. Auch der zum  
Transport benutzte, von demselben Hof gestohlene Wagen wurde er-  
mittelt und zurückgestellt.

Glück im Unglück hatte ein Dienstmädchen, das mit einem  
zweijährigen Kinde auf dem Arm am Alexanderplatz von einem Rolli-  
wagen überfahren wurde. Außer leichten Quetschungen hatte keines  
von beiden Schaden erlitten.

Ein Deserteur vom 27. Infanterie-Regiment in Halberstadt,  
der Schlosser Büchel, ist durch die Gendarmen in Pankow er-  
griffen worden. B. hatte vor 14 Tagen heimlich seine Garnison  
verlassen und sich inzwischen in Berlin und Pankow aufgehalten.  
Der Deserteur wurde nach dem Militär-Arztgebäude in der Linden-  
straße transportirt.

Nächstelhaft ist bis jetzt der Diebstahl im Hohenzollern-  
museum am letzten Dienstag geblieben. Der Spitzbube kann sich  
nur in der öffentlichen Besuchszeit zwischen 10 und 3 Uhr in das  
Museum begeben haben. Dort muß er sich gegen 8 Uhr in einem  
der 14 Säle versteckt haben, denn sobald die Besucher die Räume  
verlassen haben, werden diese gereinigt. Erst um 6 Uhr, nachdem  
der Dienst sämtlicher Beamten beendet war, konnte der  
Dieb seinen Plan zur Ausführung bringen. Den Rückzug  
muß er vor 10 Uhr abends angetreten haben, weil um  
diese Zeit das Portal des Gartens, das er passieren mußte, geschlossen  
wird. Aus dem Garten konnte sich der Einbrecher unbenutzt ent-  
fernen, da der vor dem Schloß stehende Militärposten nicht wissen  
kann, ob die ein- und ausstreichenden Personen im Schlosse zu thun  
haben oder nicht. Die Nachfragen bei dem Wächterposten haben denn  
auch keine Anhaltspunkte ergeben, wonach Ermittlungen nach dem  
Thäter vorgenommen werden könnten. Die gestohlenen Gegenstände  
waren Andenken an die preussische Königin Luise und König Friedrich  
Wilhelm IV.

Großfeuer. In dem ersten Quergebäude auf dem Grundstück  
Strelitzerstraße 61, das im Erdgeschoß und der 1. Etage die Werk-  
stätten der Jalousie- und Holzstufenfabrik des Hausbesizers Roth  
enthält und in den überliegenden vier Stockwerken von der Musik-  
instrumentenfabrik von Hebig u. Co. besetzt ist, brach gestern früh  
Feuer aus, das kurz vor 5 Uhr gemeldet wurde. Der Ursprungsort  
befand sich im Erdgeschoß, und von hier hat sich das Feuer ver-  
mittelt der Transmissionschächten bis in die 3. Etage verbreitet,  
über welche letztere nicht hinausgegangen. Bei dem Ausbrachen erlitt  
der Spritzenmann Knorre durch Sturz in ein durchgebranntes Loch  
eine Schulterverletzung und Rippenquetschungen, die seine Auf-  
nahme in das Lazarus-Krankenhaus nothwendig machten.

Schwer blühen muß der 36 Jahre alte Kalkulator Gustav  
Olshewski aus der Ramlerstraße 19 das Verhehlen eines Eisenbahn-  
zug. Er war Mitte Januar in einem Zuge eingeschlafen und  
kam in Weihenstepan an, ohne Gelegenheit zum Weiterfahren zu haben.  
Auf dem Nachhausewege, den er zu Fuß antrat, übermannte ihn  
die Müdigkeit, und im Schlaf ertrug er beide Hände. Er mußte  
ein Krankenhaus aufsuchen, wo er soweit genesen ist, daß ihm heute  
die ersten Glieder zweier Finger abgenommen wurde.

Es wurde mitgetheilt, daß der vor einigen Tagen in  
Offiziersuniform verhaftete Schwindler nicht, wie er angiebt,  
Prager, sondern Buchholz heiße. Von auswärts sind deshalb viel-  
fach Anfragen an das Polizeipräsidium gelangt, ob der Schwindler  
etwa mit dem in anderen Städten ebenfalls in Uniform auf-  
getauchten Schwindler identisch sei. Demgegenüber ist festzustellen,  
daß der Verhaftete nicht Buchholz heißt, sondern der am 16. April  
1874 in Rognin, Regierungsbezirk Oppeln, geborene Buchhalter  
Georg Prager ist, der sich in den letzten Jahren in Amerika und  
Afrika aufgehalten hat. Der Irrthum, daß er Buchholz heiße, ist  
dadurch entstanden, daß er in London, wo er sich zuletzt aufgehalten  
hat, den Namen Buchholz führte, und daß man bei seiner Ver-  
haftung unter diesem Namen an ihn gerichtete Briefe bei ihm vor-  
fand.

Anglistische Fälle im Straßenverkehr. Gestern Vormittag fiel  
die 51jährige Witwe Schuemann vor dem Hause Thurmstr. 11 in  
Krämpfen hin und erlitt dabei eine erhebliche Verletzung am Kopfe.  
Sie erhielt im Krankenhaus Moabit einen Verband. Vor dem  
Hause Prenzlauerstr. 83 gerieth nachmittags der mit dem Neintgen  
der Pferdebahnhöfen beschäftigte Arbeiter Wilhelm Binnhäuser  
unter die Räder eines übermäßig schnell fahrenden Arbeitswagens  
und trug bedeutende Verletzungen beider Unterschenkel davon. Nach  
Kulung eines Verbandes auf der Unfallstation X wurde der Ver-  
letzte in seine Wohnung übergeführt. — Gestern Nachmittag stürzte  
auf dem Bürgersteige des Grundstücks Prignitzerstr. 1 im Zuge  
der Thurmstraße ein vermauerter ehemaliger Kanalisations-Einfall-  
schacht zusammen, wodurch ein gegen 5 Meter tiefes Loch entstand. —  
Beim Verlassen des Baderlades im Hause Prinzen-Allee 18 fiel  
die 59 Jahre alte verheiratete Maschinenbauer Emma Alfred von  
der nach der Straße fahrenden Treppe und erlitt dabei einen Bruch  
des linken Unterschenkels.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Schöneberg! Am Montag, 22. Februar, abends 8  
Uhr, findet im Schwarzen Adler, Albrechtstr. 125, eine Volks-  
versammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Pörsch über  
die Errichtung eines Gewerbegerichts am Orte sprechen  
wird. Wir machen auf diese Versammlung ganz besonders auf-  
merksam.

Achtung, Nixdorf! Dienstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr,  
findet in den Viktoria-Sälen, Dornstr. 45-50, eine Volks-  
versammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter W. Dieblrecht  
sprechen wird. Da zum 2. Punkt eine Kommission zur Gründung  
eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins gewählt werden soll,  
so ersuche ich die Frauen und Mädchen zahlreich zu erscheinen. Die  
Einberufung.

Curios verschwunden ist seit einigen Tagen der Lehrer und  
Küster Müller aus Wandorf im Kreise Osthavelland. Mehrere  
Schulmädchen hatten ihn bemerkt, daß er sich ihnen gegenüber  
vergangen hätte; er wurde darauf vom Amtsvorsteher vernommen  
und legte auch ein theilweises Geständniß ab. Am nächsten Tage  
verließ er heimlich das Dorf und ist nicht wieder zurückgekehrt.  
Er ist unerschrocken und 25 Jahre alt. Mehrere schlechte Erfahrungen  
hat dieselbe Dorfgenossin schon vorher mit einem Lehrer gehabt,  
der dann für geisteskrank erklärt worden ist.

Auf dem Döberitzer Uebungsplatz hat ein großer Theil der  
Holzfäller die Arbeit wegen Lohnminderungen eingestellt. Die Leute  
waren von den Unternehmern gegen Tagelohn angenommen worden;  
da wurde ihnen am Donnerstag eröffnet, daß sie gegen Akkordborn  
arbeiten sollten. Sie ließen sich hierauf auch ein, merkten aber bald,  
daß sie unter den gegebenen Bedingungen erheblich weniger ver-  
dienten, worauf sie sich weigerten, weiter zu arbeiten. In der  
Freitag erfolgten Ablehnung der Leute, die von weit her gekommen  
waren und auf eine längere Arbeitsdauer gerechnet hatten, kam es  
zu erregten Szenen. Ueber die traurigen Arbeitsverhältnisse auf dem

Uebungsplatz haben wir schon mehrfach berichtet. Was thut der  
Staat der Sozialreform diesen Zuständen gegenüber?

## Theater.

Theater-Wochenchronik. Opernhaus. Sonntag, den 21. Februar:  
Walden. Montag, 7 Uhr. Dienstag, 11 Uhr. Mittwoch, 11 Uhr. Donner-  
stag, 11 Uhr. Freitag, 11 Uhr. Samstag, 11 Uhr. Sonntag, 11 Uhr. Das  
Königliche Opernhaus. Sonntag, den 21. Februar: 1812. Montag, 22. Febr:  
Die Jungfrau von Orléans. Dienstag, 23. Febr.: König Heinrich IV. 1. Theil. Mittwoch, 24.  
König Heinrich IV. 2. Theil. Donnerstag, 25. Febr.: Doktor Faust. Freitag, 26. Febr.:  
Cuiusvis. Samstag, 27. Febr.: Ein Sommernachtsdrama. Sonntag, 28. Febr.: Der Ver-  
schönerer. Montag, 1. März: Der Spitzhaken. — Neues königl. Oper-  
nhaus. Montag, den 21. Februar: Die Geißel. — Das deutsche  
Theater bringt Sonntag Abend und Montag „Die verurtheilte Witwe“, Dienstag  
„König Ludwig“, Mittwoch und Donnerstag „Die verurtheilte Witwe“, Freitag:  
„Die Geißel“. Am Sonnabend geht Ludwig Büdler's neues dramatisches Märchen  
„Der Sohn des Kalifen“ um ersten Mal in Szene und wird am nach-  
folgenden Sonntag Abend wiederholt. Für den Montag darauf ist „John  
Barbier's Schicksal“ angesetzt. Nachmittags, Vorstellungen sind heute:  
„Die Geißel“, nächsten Sonntag: „Dante's Höllenfahrt“ und „Der  
Widwader“. — Im Berliner Theater geht Montag „Hans“ mit Herrn  
Sommerhoff, Frau Behner und Herrn Pohl in Szene. Die Komödie „Der  
Wonnachtstempel“ wird Dienstag und Sonnabend wiederholt. „Kaiser Heinrich“  
wird Mittwoch und Freitag (24. Abonnement-Vorstellung, „Raffaello“) sowie  
Donnerstag, diesen und nächsten Sonntag zur Aufführung gelangen. Nachmittags  
wird diesen Sonntag „König Heinrich“ und nächsten Sonntag „Die Jungfrau  
von Orléans“ gegeben. — Das neue Theater, erbaut von Herrn „Barbier“  
aus dem Hofe auf dem Spitzhaken. Am 21. Febr. bringt das Theater wieder  
heute, Sonntag nachmittags, „Der Proceß“ und der Liebe Willen, abends das  
Zuspiel „Die Journalisten“, gegeben. Montag und Mittwoch haben Wiederholungen von „Rostom's“ die Oper „Eine kalifornische Nacht“, Dienstag  
wird „Der letzte Tag“ und „König Schatz“, Donnerstag „Ein Goldstück“  
wiederholt. Freitag ist zum 1. Male „Am Tage des Gerichts“, Solifädenspiel in  
vier Aufzügen von „König“ gegeben. Sonnabend wird diese Vorstellung wiederholt.  
An dem „König“ von „Wider-Abend“, den das Theater bringt  
heute im Bürgerparks des Rathhauses veranstaltet, wirken die Damen König  
und Söhne und Herr Jarnadow mit. Den einleitenden Vortrag hält Herr  
Dr. Karl Broß. — Im Theater unter den Linden gelangt  
heute nachmittags „Der Schatz“ zur Aufführung, während abends  
„Walden's“ wiederholt gegeben wird. Die erste Aufführung der Auf-  
fassung „Folge“ und die 40 Räder“ ist auf Mittwoch verschoben  
worden, da Herr Behner noch nicht genesen ist. — Im Theater des  
Westens ist der neue Wochenplan folgendermaßen festgesetzt: Heute am  
Montag, Dienstag, Mittwoch, Sonnabend und nächsten Sonntag wird  
„Die verurtheilte Witwe“ mit Herrn Koberger als Gast wiederholt. Am Donnerstag  
findet die Aufführung der drei neuen Opern „Jephta's Tochter“, von  
„König“ gegeben. Am Freitag mit Herrn Sommers als Gast und „Die  
Geißel“ von „König“, welche am Freitag zum ersten Mal wiederholt werden.  
Morgen nachmittags wird „Der Waid der Schwestern“ zu halbem Preise  
gegeben, am nächsten Sonntag nachmittags „Wilhelm Tell“. Am kommenden  
Sonnabend findet zum ersten Mal wieder eine Schiller-Vorstellung  
zur erwähnten Preiszeit statt, wofür „Wilhelm Tell“ angesetzt ist. —  
Im Kessing-Theater wird Ludwig Wagners Schauspiel „Verurtheilt“  
am Sonntag, Montag und Mittwoch zur Aufführung gelangen, am Dienstag  
wird das Lustspiel „Um Freund der Frauen“ von Alexander Loman in den  
Spielplan wieder eingefügt, am Donnerstag und Sonnabend wird „Das Glück im  
Winkel“ wiederholt und am Freitag „Leopold Stummen's“ Lustspiel „Der  
gebrachte“ mit Louis Loman als Gast zur Aufführung gelangt. —  
An dem Theater nachmittags, am Freitag von 12 bis 1 Uhr zur Aufführung gelangt „Der  
Proceß“, am nächsten Sonntag „Der Proceß“ zur Aufführung. —  
Im Alexanderplatz-Theater geht heute nachmittags 3 Uhr das Märchen  
vom tapferen Schneiderlein in Szene. — Im Kessing-Theater  
bleibt „König“ auf dem Spielplan. — Im Friedrich-Wilhelm-Opernhaus  
Theater wird nachmittags 4 Uhr „Das Märchen von Heilmuth“, abends  
5 Uhr „Der Trompeter von Säckingen“ gegeben. — Im Circus-Theater  
beginnt die Nachmittags-Vorstellung um 10 Uhr; zur Aufführung gelangt „Vier  
Wände“ 7 Uhr; „Berlin wie es einst und jetzt“.

## Soziale Rechtspflege.

Aufforderung einer Lohnhöhung. Ein ungewöhnlicher  
Rechtsfall gelangte am Sonnabend vor dem 8. Zivilsenat des  
Kammergerichts zum Abschluß. Zur Zeit des Reichshand-  
elsrechts im Jahre 1893 nahm der Schneider Rinder im Geschäft des  
Schneidermeisters Kleffen eine bevorzugte Stellung ein, ähnlich  
der eines Werkmeisters. Er besuchte damals öfter die  
Versammlungen, die den Streit einleiteten, und veranlaßte auch  
einige seiner Kollegen, sich dort einzufinden. Nach Schluß einer  
Versammlung verabredeten die Gesellen Kleffens, brieflich dem Meister  
eine Lohnhöhung zu fordern. Rinder nahm theil an dem Gespräch,  
weigerte sich dann aber, die Forderung zu unterschreiben, während die  
anderen die Unterschrift leisteten. Seine Weigerung begründete er  
damit, daß er ja schon mehr bekäme, wie im Tarif gefordert  
werde, und daß er schon mit Kleffen fertig werden würde. —  
Kleffen war über den Brief sehr aufgebracht, freute sich aber  
darüber, daß sein erster Geselle, eben Rinder, nicht unterschrieben  
hätte. Er sprach ihm „für die Treue, die er dem Geschäft bewiesen  
habe“, seinen Dank aus und bewilligte ihm aus freien Stücken eine  
Zulage von wöchentlich 5 M. Das sollte die Belohnung sein.  
Etwa zwei Jahre lang arbeitete Rinder darauf noch bei  
Kleffen. Nach Lösung des Arbeitsverhältnisses mußte Lehrender wohl  
erfahren haben, daß Rinder an dem Briefe vom Frühjahr 1893  
nicht so ganz unthätig war, denn er forderte jetzt im Zivilsenat  
den Vortheil von Rinder zurück, den dieser innerhalb der  
zwei Jahre von jener Lohnhöhung hatte. Die Klage-  
forderung bezifferte sich auf 623,90 M. Der Kläger begründete  
sie damit, daß er vom Beklagten geläuscht worden sei, und daß er  
ohne diese Täuschung den Lohn nicht erhöht hätte. Das Landgericht  
wies ihn jedoch auf Grund der Aussagen seiner Frau ab. In der  
Thatfache, daß der Beklagte die „Belohnung“ hinahm, ohne sich  
als Teilnehmer an der Aussprache der Gesellen bloßzustellen, konnte es  
sein schuldhaftes Verhalten entbinden. Das Kammergericht erhob auf die  
Verurteilung des Klägers nochmal Beweis. Auch die Ehefrau Kleffen  
wurde wieder vernommen. Sie wich diesmal in ihrer Aussage  
insofern von den früheren Angaben ab, als sie jetzt bekundete,  
der Beklagte habe sich am fraglichen Tage des Früh-  
jahrs 1893 ausdrücklich als ganz besonders unthätig  
ihrem Manne gegenüber hingestellt. Der achte Zivil-  
senat des Kammergerichts erkannte auf Abänderung der  
Vorentscheidung und Verurteilung Klägers  
zur Zahlung der 623,90 Mark nebst Zinsen. Gründe: Es  
läßt sich nicht direkt verneint haben, daß jeder Fall sei aber  
anzunehmen, daß er den Irrthum vorsätzlich nicht aufklärte, um sich  
nicht zu schaden. Die absichtliche Verheimlichung von That-  
sachen liege aber ihrer bloßen Verwendung gleich. Des-  
halb finde in vorliegenden Falle § 145 I, 4 des Allgemeinen Land-  
rechts Anwendung, welcher lautet: „Hat der Erklärende (bei Willens-  
erklärungen Red.) den falschen Beweggrund aus Irrthum für richtig  
angenommen, so kann der, der diesen Irrthum vorsätzlich veranlaßt  
hat, daraus keinen Vortheil ziehen.“

## Gerichts-Beilage.

Die der Oberste und Beste die Autorität des Gerichts  
achtet. Wegen Verletzung eines Schalterdienst thnenden Post-  
beamten war gestern der Rittmeisterbesitzer v. Zalkewski vor  
das hiesige Schöffengericht geladen. Der Angeklagte hatte seinerzeit  
schon dem Erfinden des betreffenden Postamtes, zur Begleitung der  
Angelegenheit daselbst zu erscheinen, keine Folge geleistet, er ließ auch  
die Vorladung des Gerichts gänzlich unbeachtet. Da diese  
dem Angeklagten vorschriftsmäßig behändigt worden war, so be-  
schloß der Gerichtshof, ihn zum nächsten Termin polizeilich vorführen  
zu lassen.

Ein scharfer Wind weht zur Zeit bei derjenigen Behörde auf  
dem Alexanderplatz, welche die sittenpolizeilichen Uebertretungen ab-  
zurufen hat. Gewissen weiblichen Personen ist das Betreten der  
Friedrichstraße verboten. Werden sie hier von dem Beamten betroffen,  
so pflügt jetzt, wenn sie bereits mehrfach ähnliche Uebertretungen be-  
gangen haben, außer auf eine Haftstrafe auf Uebertretung nach dem  
Arbeitshaus erlaubt zu werden. Wegen die letztere strenge Maß-  
regel legen die Betroffenen stets Verurteilung ein und so kommt es,  
daß derartige Sachen die achte Strafkammer des Landgerichts I  
in überwiegender Menge beschäftigen. Von den gestern ver-  
handelten Sachen waren zwei ein bezüglicheres Licht  
auf die Berliner Sittenverhältnisse. Zwei jener Unglücklichen  
sollten dem Arbeitshause überwiesen werden. Unter Strömen  
von Thränen haben sie die Richter, von der Uebertretung Abstand  
zu nehmen. Beide wurden vom Rechtsanwalt Dr. Schmidt ver-

weidigt. Im ersten Falle machte derselbe geltend, daß die 23jährige Angeklagte ein neunjähriges Kind zu ernähren habe, nicht die dritte würde durch die Überweisung zu leiden haben, sondern das schuldlöse Kind. Im zweiten Falle war die Angeklagte eine 15jährige Person, die körperlich noch den Eindruck eines Kindes machte. Der Verteidiger wies darauf hin, daß diese Angeklagte unrettbar verloren wäre, wenn sie im Arbeitshaus untergebracht würde, wo jeder Hauch von Beförderung in ihr durch den Umgang mit den älteren und erfahrenen Mitinsassen erstickt werden müsse. Andererseits sei aber Aussicht und bei der Angeklagten auch der Wille vorhanden, den betretenen Weg zu verlassen. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und nahm von der Überweisung an das Arbeitshaus Abstand, den beiden Angeklagten wurde aber eine ernste Verwarnung und ihnen in Aussicht gestellt, daß sie im Wiederholungsfalle unrettbar dem Arbeitshaus verfallen würden.

Ein Presseprozeß seltener Art wurde vor einigen Tagen vom Schöffengericht II in Hamburg unter dem Vorsitz des Amtsrichters Dr. Wöninger verhandelt. Auf der Anklagebank erschienen nämlich Redakteure und Verleger fast sämtlicher Hamburger Zeitungen, und zwar die Redakteure Benratz vom „Hamburgischen Korrespondenten“, Gubitz von den „Hamburger Nachrichten“, Stenzel vom „Hamburger Echo“, Behrens vom „General-Anzeiger“ und die Verleger Grottel und Jacobsohn, während der frühere Redakteur der „Hamburger Freien Presse“, Jobst von Gundelach, der jetzt in Berlin wohnt, vom Erscheinen dispensiert war. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen § 17 des Reichsgesetzes über die Presse, und zwar soll dieses Vergehen dadurch begangen sein, daß die genannten Zeitungen im März vorigen Jahres die Anklageschrift aus dem bekannten großen Millionenerschaftsschwindel-Prozeß Michelsons und Genossen abgedruckt haben sollen. Nach Verlesung der früheren Anklageschrift und dem Vergleich derselben mit den Berichten der einzelnen Zeitungen hielt der Amtsanwalt die Angeklagten für schuldig und beantragte gegen jeden der fünf Redakteure 10 M. Geldstrafe und gegen jeden der beiden Verleger 12 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte jedoch bezüglich aller Angeklagten auf kostenloses Freisprechung, weil es der Ansicht war, daß es zur Feststellung des Tatbestandes des § 17 des Reichsgesetzes nicht genüge, wenn einzelne Sätze der Zeitungsberichte mit der Anklageschrift übereinstimmen, sondern dazu sei erforderlich, daß die ganze Anklageschrift oder doch größere Theile derselben kopiert seien.

**Übermal ein Prügelüber Schumann verurtheilt!** Auch Aachen wird der „Frankl. Zeitung“ berichtet: Die hiesige Strafammer verurtheilte den Schumann Oskar Finster, früher hier, jetzt in Braunschweig, wegen Beleidigung sowie wegen auf der Polizeiwache verübter Mißhandlung des Hüftlers Classen vom hiesigen 40. Infanterie-Regiment zu 40 M. Geldstrafe eventuell acht Tagen Gefängnis. Die bisherige Unerschrockenheit allein bewahrte Finster vor einer Freiheitsstrafe. Er hatte den Classen beschimpft, weil dieser ihm Aufklärung geben wollte über einen Wortwechsel mehrerer Zivilisten. Als Classen darauf verlangte, zur Wache geführt zu werden, um dort die Sache aufzuklären, wurde er von Finster auf der Wache gestossen und ins Genick geschlagen.

### Gewerkchaftliches.

**Zu der Buchdruckerei von Julius Eitzenfeld in Berlin** haben am Sonnabend sämtliche männliche Hilfsarbeiter, über 20 Mann, wegen plötzlicher Entlassung eines Kollegen die Arbeit eingestellt. Inzug ist fernzubalten. Die Kommission.

**Handlungsgehilfen, Kaufleute, Handlungsgehilfen!** Morgen Montag, den 22. Februar, abends 9 Uhr, spricht in großer öffentlicher Versammlung im großen Festsaal von Mariens, Friedrichstr. 286, der Reichstags-Abgeordnete Dr. Bruno Schoenlant über das aktuelle Thema: „Die Sozialdemokratie und die Handelspolitik.“ Nach dem Vortrag ist freie Diskussion. Kollegen und Kolleginnen! Erscheint alle und bringe ein jeder aus seinen Bekannten, Freunden und Geschäftskreisen Teilnehmer an dieser Versammlung mit. Der Vertrauensmann der Handlungsgehilfen Berlins: Hermann Zeffner.

**Au die Studenteure Berlins!** Kaum ein Jahr ist verfloßen, seitdem der in Gemeinschaft mit den Unternehmern aufgestellte Tarif für Berlin in Kraft trat. Die kurze Zeit von 10 Monaten hat aber genügt, um die ganzen Ervingenschaften der Bewegung und somit den Tarif illusorisch zu machen. Die Schuld liegt an der Kollegenchaft selbst. Kaum waren ein paar Monate verfloßen, so opferten die Studenteure Berlins ihre Hauptorganisation, den obligatorischen Arbeits-Nachweis, und nachdem diese Hochburg gefallen war, war es den Unternehmern, die seinerzeit nur wegen der für uns günstigen Konjunktur ihre Unterschrift gaben, ein leichtes, Stück für Stück vom Tarif abzurücken. Das alles war möglich, weil die Kollegen den Werth der Organisation außer acht gelassen hatten. Eine starke Organisation ist nicht nur im Stande, Lohnkämpfe siegreich durchzuführen, sondern sie allein vermag auch das Erhalten zu behaupten. Von den zur Zeit der Bewegung zur Organisation gehörigen 700 Mitgliedern sind jetzt nur noch 300 organisiert, oder mit anderen Worten: von sämtlichen in Berlin festhalten Studenteuren gehören kaum 25 pCt. der Organisation an. Infolge dieses Indifferentismus stehen Mängel, die bereits als vergessen gelten, heute wieder in vollster Blüthe: Arbeit bei Nothlöhnen, Lichtarbeit, Hinauschieben der Sachen, Rüftung bauen u. s. w. ist wieder Brauch, und zu welchen Preisen wird gearbeitet, Kollegen? Seid Ihr noch im Stande, bei dem jetzigen Verdienst Eure Familien so zu ernähren, wie es Eure Pflicht ist? Nein, Ihr könnt es nicht. So bedenkt denn auch, daß nur durch den Anschluß aller an die Organisation die Verhältnisse wieder zu bessern sind. Laßt allen Zwist; nicht die Form oder Art, sondern die Organisation selbst macht uns stark, und darum appellire ich an Euer Solidaritätsgelühl: Schließt Euch Mann für Mann dem hier bestehenden Fachverein der Studenteure an. Vereint sind wir alles, vereint sind wir nicht. Hoch die Solidarität! Der Vertrauensmann der Studenteure: Karl Däschert, Charlottenburg, Schloßstr. 38.

**Anruf!** Der Verband Deutscher Schneider und Schneiderinnen (Filiale Berlin) beabsichtigt eine Bibliothek zu gründen. Alle Genossen und Vereine, welche Bücher zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, dieselben an H. Zander, Bureau der Schneider und Schneiderinnen, Alte Jakobstr. 83, zu senden. Auf Wunsch werden die Schriften aus der Wohnung abgeholt. Die Ortsverwaltung.

**Au die Arbeiter Deutschlands!** Leider sind wir genöthigt, uns nochmals an Eure Solidarität zu wenden. Wenn Eure Kräfte von dem Hamburger Patenarbeiter-Streik fast vollständig in Anspruch genommen waren, wenn fernher die Weiskensfelder Schürmader der Unterstützung bedurften, so glauben wir, daß jetzt unsere Bitte um Unterstützung nicht mehr ungehört verhallen wird, da jene beiden Streiks in der Hauptsache beendet sind, resp. sich großer Mittel wie früher nicht mehr bedürfen. Der Diamantarbeiter-Streik in Hanau dauert jetzt schon zehn Wochen. Es sind 118 Verheirathete mit 257 Kindern und 74 ledige Arbeiter zu unterstützen. Der Streik kann sich noch einige Wochen hinziehen. Er müßte verloren gehen, wenn Ihr uns jetzt nicht unter die Arme greift. Dann würden wir eine Lohnreduction bis zu 40 pCt. über uns ergehen lassen müssen, obgleich unser bisheriger Durchschnittslohn nur circa 20 M. betrug. Die Niederlage würde aber auch unsere Organisation auf Jahre hinaus lahm legen. Die Unterstützung der streikenden Diamantarbeiter ist nun so gering wie möglich bemessen. Ledige erhalten 6, Verheirathete 8 und für jedes Kind 1 M. Genossen, unterstützt uns, damit wir die bisherigen Opfer nicht vergebens gebracht haben. Ist der Kampf beendet, so werden wir auch Eurer nicht vergessen. Die Faltung der Streifen den 15. Februar. Streikbrecher sind nicht zu verzeihen. Seiden nimmt entgegen Otto Reinhard in Hanau, Erbengasse 2. Die Streikkommission.

Der „große Aufzug“, wegen der Medaille der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ vom Bochumer Schöffengericht zu 50 M. verurtheilt wurde, soll in einer Notiz des Fachblattes stehen, worin auf Grund von Mittheilungen der betr. Arbeiter gefast war, die Wetterverhältnisse auf der Zeche Prinz von Preußen seien wieder derart, daß jeden Tag eine Explosion der Gase zu befürchten stehe. Auf dieser Zeche sind im Jahre 1895 durch Wetterexplosion 37 Vergelute ums Leben gekommen. Die infirmirte Notiz erschien am 28. November 1896. Das Bochumer Schöffengericht kam zur Verurtheilung auf Grund des Zeugnisses des von der Staatsanwaltschaft geladenen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung, der die Zeche zu inspiziren hat. Dieser gab die Erklärung ab, daß die Wetterführung gut sei. Die Frage des Vertheidigers, wie oft er die Zeche besuchte, wollte Herr Althäfer aber diesem nicht beantworten, weil sie nicht zur Sache gehöre, und das Gericht gab ihm recht. Die Verantwortung hätte das Gericht dem Herrn unseres Erachtens aber doch nicht ersparen sollen, da, wie die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ feststellt, in der Verhandlung nachgewiesen wurde, daß auf „Prinz v. Preußen“ ein Wetterüberhaufen, der zugleich auch als Fahrschacht diente, zu Brüche lag, so daß die Bergleute nicht durchkommen konnten; trat eine Katastrophe ein, dann waren die betreffenden Kameraden rettungslos verloren. Wenn weiter ein Zeuge, der seit 1896 auf der genannten Zeche arbeitet, die Erklärung abgab, er habe den Revierbeamten während dieser ganzen Zeit noch nicht gesehen, so war es gewiß nicht unwichtig, zu wissen, wie oft man die Zeche inspizirt hat, um mit absoluter Zuverlässigkeit sagen zu können, daß die Wetterführung gut sei. Die Verhandlung war noch interessant durch folgende Aeußerung eines Zeugen: „Ich möchte den Gerichtshof bitten, dafür zu sorgen, daß ich nicht insolge meiner Aussage gemohregelt werde.“ Danach fürchtete also der im Bergbau beschäftigte Arbeiter die Entlassung, wenn er vor Gericht, nach bestem Wissen die reine Wahrheit sagt, nicht verschweigt und nicht hinzusetzt: „Diese Furcht vor Entlassung ist jedenfall ein Umstand, der das Verhältniß zwischen Beherungsverwaltungen und Bergleuten in äußerst trübem Lichte erscheinen läßt.“

Zum Schluß noch die Frage: Warum hat denn die Staatsanwaltschaft gegen den Redakteur nicht Strafantrag wegen Beleidigung der Beherverwaltung gestellt, wenn die Wetterführung auf Zeche Prinz von Preußen absolut gut ist? Warum begnügte sie sich mit einem Prozeß wegen groben Unfugs?

**Die polizeiliche Auflösung der Vereine der Arbeiter der sächsischen und der preussischen Staatsbahn in Leipzig** ist deshalb erfolgt, weil die Vorstände der gleichen Vereine von Dresden, Chemnitz und Halle mit den Leipziger in einer am 31. Januar im Altdeutschen Hof in Leipzig abgehaltenen vertraulichen Besprechung zusammengekommen sind. In dieser Besprechung wurde über den Anschluß der Vereine an den Hamburger Eisenbahnarbeiter-Verband, beziehentlich über die Gründung eines besonderen mitteldeutschen Eisenbahnarbeiter-Verbandes verhandelt. Da diese Besprechung nicht polizeilich angemeldet war, so haben die Theilnehmer auch noch eine Anklage wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu erwarten. Zur Kenntnis der Behörde ist diese Besprechung dadurch gekommen, daß ein Theilnehmer der „Saale-Zeitung“ vorwiegendweise Mittheilung gemacht und das „Leipziger Tageblatt“ die betreffende Notiz sofort nachdruckte. Die Theilnehmer wollen gegen die Polizeiverfügung die Entscheidung der Kreisrichter anrufen.

**Der Ausstand der Zimmerleute auf dem Leipziger Ausstellungsgelände** geht seinem Ende entgegen. Etwas 40 Mann sind noch ausständig. Eine Anzahl wird sicher als gemahregelt auf der Strecke bleiben. In den letzten Tagen hat sich die Polizei durch Arretiren der am Ausstellungsgelände auf und abgehenden Ausständigen besonders bemerkbar gemacht. Auch ist von Thüringen her viel Zugzug zu verzeichnen gewesen, sodas die noch Ausständigen dadurch besonders geschädigt sind. Es wird daher um so nachdrücklicher um Vermeidung des Zuguges von Zimmerern nach Leipzig gebeten.

**Der Streik in der Porzellanfabrik in Triptis i. Th.** ist nach Bruchiger Dauer erfolglos beendet.

**Aus Koburg** wird uns geschrieben: Am 11. Februar starb im hiesigen Krankenhaus der Tapezire Felix Kosowski aus Berlin an der Proletarierkrankheit. Er war 51 Jahre alt und wurde auf seiner Wandererschaft im November v. J. in das hiesige Krankenhaus aufgenommen, um es nicht wieder zu verlassen. Die hiesigen Genossen suchten ihm seine letzten Stunden zu erleichtern. Am 14. Februar fand die Beerdigung statt. Circa 150 Genossen hatten sich eingefunden, um den Verstorbenen zur Ruhe zu geleiten. Der Arbeitergesangverein „Eintracht“ hatte es übernommen, ein Grablied zu singen. Den auf dem Friedhof anwesenden Philistern wollte es nicht in den Kopf, daß ein Handwerksbursche so geehrt wurde.

**Aus England** berichtet das Volksrecht Bureau: Die Arbeiter auf den Schiffswerften der Nord-D. K. R. K. R. haben das Anerbieten der Unternehmer, 1/3 Krone (250 M.) Zulage für die Woche angenommen. Hierdurch ist einem großen Ausstande vorgebeugt worden.

### Unternehmer-Verbände.

**Der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamts-Bezirk Dortmund** hat an die Vereinsorgane ein Rundschreiben gerichtet, worin unter Beziehung auf die kürzlich in Bochum in der Delegiertenversammlung des Gewerksvereins Christlicher Bergarbeiter erhobene Forderung einer 10- bis 15prozentigen Lohnerrhöhung und einer besseren Regulirung der Löhne darum ersucht wird, daß, sobald solche Forderungen an die Beiden gestellt worden sind, diese sofort dem Vereinsvorstand zugestanden werden. Bevor der Vereinsvorstand sich nicht geäußert hat, sollen die Beiden die Antwort auf die Forderungen der Arbeiter anssehen.

Die Vereinigungen der deutschen Tafelglas-Fabrikanten haben die Preise erhöht, angeblich wegen Verdenerung der Rohmaterialien und der Kohlen. Beim Verband sächsischer Tafelglasfabriken soll der Preisaufschlag etwa 8 pCt. oder 5 Pf. pro Quadratmeter betragen.

### Vermishtes vom Tage.

— In der Carsten-Zentrum-Grube bei Benthien in Ober-Schlesien infolge Unvorsichtigkeit eines Maschinenwärters die Einschichtschale, auf welcher sich 27 Mann befanden, so stark auf die Schichtsohle auf, daß 14 Mann mehr oder weniger schwer verletzt wurden. —

— Schiffsunglück. Aus Kiel wird uns geschrieben: Im großen Zeit ist am 17. Februar ein großer englischer Frachtdampfer, welcher unweit Rorsör auf einen Boofen wartete, von dem Frachtdampfer der Fähre Rorsör-Nyborg angecrant worden. Der Dampfer wurde schwer led und mußte auf Grund gesetzt werden. Zur Zeit der Kollision herrschte ein schwerer Nebel. —

— Ein blühiger Mann ist in Kln. Nippes in seinem eigenen Bette erstickt. Er hatte sich in Bette eine kurze Pfeife angezündet, durch die das Bett in Brand gerieth. —

— In einem Dorfe bei Camburg in Thüringen hatte kürzlich ein Bauer sein Wohnhaus in Brand gesetzt, um seine Ehefrau, mit der er in beständigem Unfrieden lebte, bei lebendigem Leibe zu verbrennen. Da dieser Plan fehlgeschlug, zeigte der Kerl nunmehr die Frau wegen Brandstiftung an. Aber auch dies blieb erfolglos; der saubere Patron sieht jetzt hinter Schloß und Riegel. —

— Vereinsmeyer. In dem niederbayerischen Ort Ortenburg, der 1000 Einwohner zählt, giebt es 18 Vereine; es kommt also auf 55 Einwohner, Weiblein und Kindelein mitgezählt, ein Verein. Ortenburg ist nebenbei bemerkt einer der wenigen, wenn nicht der einzige Ort der Provinz Niederbayern, der eine Mehrheit von protestantischen Einwohnern hat. —

— In dem oberfränkischen Ort Rupp. soll es spulen, ähnlich, wie vor Jahren in Relsau. Einem 14-jährigen Ruchmadel sollen

allerlei Gegenstände, Messer, Zündholzsteine, Blechhürzen, nachfliegen. Bierfässer, volle Bottiche sangen zu warten an, wenn sie daherkommen. Diesen himmelstreichenden Luftzug hat der praktische Arzt von Rupp befähigt. Das ist auch ein Kunststück, vielleicht das größte dieser Biergehährigen. —

— Paris. Der Kriegsminister hat alle Offiziere und Militärbeamten autorisirt, ihre Erfindungen in der Kriegskunst an die betreffende Abteilung der Brüsseler Westausstellung einzusenden. —

— Der nach der Insel gebrachte ehemalige französische Hauptmann Dreyfus soll schon zweimal einen Selbstmordversuch gemacht haben. Er lebt in dem Wabue, der Wein, den man ihm verabreicht, sei vergiftet. — Es wäre kein Wunder, wenn Dreyfus vollständig wahnsinnig würde. Er wird Tag und Nacht von Wärtern bewacht, darf aber kein Wort mit ihnen reden. Das ist die nackte Lortur! —

— In Paris wurde jüngst ein fahrendes Künstlerpaar verhaftet, das gute Einnahmen hatte. Der Mann sang, die Frau spielte Gitarre dazu, die Kupperstücke kamen aus allen Fenstern hergesogen. Wie erkannte aber die Polizeisten, als der Verhaftete auf dem Polizeiamt sich als ihr Amtsgenosse auswies. „Wir brauchen Geld, meine Frau singt und spielt gut, deshalb leide ich mich nach den Dienststunden um und ging mit ihr auf Straßen und Höfen singen.“ Dem Künstler bekam die Sache schlecht, er wurde sofort abgesetzt. —

— Grithoff Hansen wird auch in Amerika eine Reihe von Vorträgen halten. Für jeden der vierzig Vorträge, die sein englisches Programm umfasst, bekommt er 2100 M. —

— Ein Vorschlag. Die Abschaffung der Todesstrafe in den Vereinigten Staaten beantragt ein amerikanischer Richter und bringt als Ersatz eine andere Strafe in Vorschlag. Er will, daß alle Möder dazu verurteilt werden, Zeit ihres Lebens für den Unterhalt derjenigen zu arbeiten, welcher der Erschlagene hinterlassen hat. —

### Wetter-Prognose für Sonntag, den 21. Februar 1897.

Ziemlich warm bei mäßigen südwestlichen Winden und langsam zunehmender Bewölkung; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

644. Die elektrische Bahn in der Gewerbe-Ausstellung von 1879 wurde, wenn wir nicht irren, durch Akkumulatoren gespeist, hatte also keinen Leistungsträger. —

Krankensynd. Der „Vorwärts“ hat in der Angelegenheit bereits Stellung genommen. Die Vertretung im Komitee würde eine eifrige Klage für die Sache bedingen und die Schein und nicht empfehlenswerth; es mag vielmehr jeder nach freiem Ermessen absehen, ob er einen Beitrag für nützlich hält. Wir müssen deshalb Ihr Eingekandt ablehnen. —

P. S. Die Petroleum-Glähtlampe wird von der Meteor-Gesellschaft, Centralamtstr. 17, hergestellt. —

Die Ausstellung der „Bauzeile“ des Vereins Berliner Künstler, Wilhelmstr. 92, ist Sonntag von 10-4 Uhr, Sonntag von 11-2 Uhr geöffnet. —

G. P. M. Soweit ersichtlich liegt Anmeldepflicht nicht vor. — 21. Streik aber nur seiner Frau, nicht dritten gegenüber. — G. S. 29. Fein. — R. 73. Krankenkassen-Versicherungspflicht liegt nicht vor. —

Schmitt. Wenden Sie sich an die Ratzer „Volkstimme“, da in Erbrechtssachen zu verschiedenen Bestimmungen für die verschiedenen Theile Deutschlands bestehen. —

### Laden.

Perrenardstraße, beste Lage, Gehaus, zu verm. Holzmartstr. 19. 33658  
Schöne Vorderw. in Ball. 336 M., H. Dorn. v. 13 M. aufwärts, Pappelallee 129, nahe Schönhauser Allee. —

### Billige Wohnungen.

Herliche Aussicht, vom 2. Tr. Straße n. Köpcke, Wäckerstraße 85, 12, Marktgrasendamm 16, Bahnh. Straalen 8.  
Freundl. Hochwohnungen von 12 bis 16 M. Sominänderstr. 51/52.  
Streitberger. 52 bill. Wohnungen. —

### Mühlenstraße 8.

nähe Oberbaum, sind zum 1. April freundlich, billige Wohnungen von 2 und 1 Stube nebst Küche und Garderobe, 3 vermietet. Der Verwalter.  
Hedl. Schlaff. f. v. W. Meyer, Wäckerstr. 17, v. 4 Tr. 31990

### Hauswart.

Hedl. Schlaff. f. 1 od. 2 St. Dresdenerstraße 134, 4 Tr. l. b. Sterna. —  
Hedl. Schlaff. f. 6 v. 4 Tr. b. Hampfle. 80998  
Hedl. Schlaff. f. Mitterstr. 110, v. 4 Tr. l.

### Einzelzimmer.

Hedl. Schlaff. f. 1 od. 2 St. Dresdenstr. 134, 4 Tr. l. b. Sterna. —  
Hedl. Schlaff. f. 6 v. 4 Tr. b. Hampfle. 80998  
Hedl. Schlaff. f. Mitterstr. 110, v. 4 Tr. l.

### Möbel.

Hedl. Schlaff. f. 1 od. 2 St. Dresdenstr. 134, 4 Tr. l. b. Sterna. —  
Hedl. Schlaff. f. 6 v. 4 Tr. b. Hampfle. 80998  
Hedl. Schlaff. f. Mitterstr. 110, v. 4 Tr. l.

### Möbel.

Hedl. Schlaff. f. 1 od. 2 St. Dresdenstr. 134, 4 Tr. l. b. Sterna. —  
Hedl. Schlaff. f. 6 v. 4 Tr. b. Hampfle. 80998  
Hedl. Schlaff. f. Mitterstr. 110, v. 4 Tr. l.

### Möbel.

Hedl. Schlaff. f. 1 od. 2 St. Dresdenstr. 134, 4 Tr. l. b. Sterna. —  
Hedl. Schlaff. f. 6 v. 4 Tr. b. Hampfle. 80998  
Hedl. Schlaff. f. Mitterstr. 110, v. 4 Tr. l.

### Möbel.

Hedl. Schlaff. f. 1 od. 2 St. Dresdenstr. 134, 4 Tr. l. b. Sterna. —  
Hedl. Schlaff. f. 6 v. 4 Tr. b. Hampfle. 80998  
Hedl. Schlaff. f. Mitterstr. 110, v. 4 Tr. l.

### Möbel.

Hedl. Schlaff. f. 1 od. 2 St. Dresdenstr. 134, 4 Tr. l. b. Sterna. —  
Hedl. Schlaff. f. 6 v. 4 Tr. b. Hampfle. 80998  
Hedl. Schlaff. f. Mitterstr. 110, v. 4 Tr. l.

### Möbel.

Hedl. Schlaff. f. 1 od. 2 St. Dresdenstr. 134, 4 Tr. l. b. Sterna. —  
Hedl. Schlaff. f. 6 v. 4 Tr. b. Hampfle. 80998  
Hedl. Schlaff. f. Mitterstr. 110, v. 4 Tr. l.

### Möbel.

Hedl. Schlaff. f. 1 od. 2 St. Dresdenstr. 134, 4 Tr. l. b. Sterna. —  
Hedl. Schlaff. f. 6 v. 4 Tr. b. Hampfle. 80998  
Hedl. Schlaff. f. Mitterstr. 110, v. 4 Tr. l.

### Möbel.

Hedl. Schlaff. f. 1 od. 2 St. Dresdenstr. 134, 4 Tr. l. b. Sterna. —  
Hedl. Schlaff. f. 6 v. 4 Tr. b. Hampfle. 80998  
Hedl. Schlaff. f. Mitterstr. 110, v. 4 Tr. l.

## Arbeitsmarkt.

Ramsfeld auf gute Capes verlangt Gutz, Tempelmeier. 8-9. 33658

Bücher werden verlangt im Arbeitsnachweis Restaurant Bogtz, Krennmeierstr. 34. Gebotsfrist jeden Sonntag 1/10 Uhr Morgensprache. 33696

Ramsfeld auf gute Capes mit Gutter. Grün, Kronenstr. 35. 32865

Malerlehrling, Sohn achtbarer Eltern, wird verlangt. Zu erfragen bei Wörner, Körnerstraße 10, part. 32785\*

Korbmacher

auf selbe Geschäfte werden noch verlangt. — Teilweise: Arbeitslohn pro Rumpf ohne Päder 250 M. (wie in Hamburg). Tagesleistung eines Arbeiters nach einigen Tagen Einrichtung: 2-3 Rumpf pro Tag. 32905 F. Anclon & Co., Wilhelmstr. 123.

Für sofort

ein Goldarbeiter auf Reparaturen u. Reparaturen, der firm im Grabtreppe 18, nach außerhalb. Arbeitsnachweis der Deutschen Volks- u. Silberarbeiter, Bahnhalle Berlin, Holzmartstr. 8.

Schirmfabrik. 33696

Räherinnen verlangt sofort Busse, Dentstr. 6

Manufaktur

auf gute Damen-Jackets, welche eingearbeitet sind, zum Preise von M. 3.00, 3.20, 3.50, 3.75 sowie 25 Pf. Oberbekleidungsvergütung pro Stück, werden sofort verlangt für die gebräunigen hellen Betriebes-Berichten von 33115

M. Holz & Co., Marktgrasendamm 43-44, am Gendarmen-Platz.

Tüchtige Farbige für

G. Bergemann, Ruckelmeierstr. 20

Tücht. Schlosser und Monteur auf Brückenboagen verl. 33625

Gedr. Dopp, Eichendorffstraße 20.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonntag, den 21. Februar.  
Opernhaus. Wilhelm Tell.  
Morgen: Lindne.  
Schauspielhaus. 1812.  
Morgen: Die Jungfrau von Orleans.

**Deutsches.** Die verlassene Gode.  
Nachm. 2 1/2 Uhr: Die Willente.  
Morgen: Die verlassene Gode.

**Berliner.** Renaissance.  
Nachm. 2 1/2 Uhr: König Heinrich.  
Morgen: Faust.

**Leipzig.** Meerleuchten.  
Nachm. 3 Uhr: Der Fall Clémenceau.  
Morgen: Meerleuchten.

**Venes.** Marcelle.  
Nachm. 3 Uhr: Die Grille.  
Morgen: Marcelle.

**Unter den Linden.** Der Mikado.  
Nachm. 3 Uhr: Der Bettelstudent.  
Morgen: Der Mikado.

**Ostend.** Berlin wie es weint und lacht.  
Nachm. 3 Uhr: Preciosa.  
Morgen: Berlin wie es weint und lacht.

**Westen.** Die verlassene Frau.  
Nachm. 3 Uhr: Der Hund der Sabinerinnen.  
Morgen: Die verlassene Frau.

**Reichens.** Preciosa.  
Morgen: Die verlassene Frau.

**Thalia.** Frau Lieutenant.  
Nachm. 3 Uhr: Trilby.  
Morgen: Frau Lieutenant.

**Schiller.** Die Journalisten.  
Nachm. 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen.  
Morgen: Eine Palastrevolution.

**Zentral.** Ein ideler Abend.  
Nachm. 3 Uhr: Ein ideler Abend.  
Morgen: Die verlassene Frau.

**Volks.** Von Stufe zu Stufe.  
Morgen: Die verlassene Frau.

**Friedrich.** Wilhelmshütten.  
Nachm. 4 Uhr: Das Käthchen von Heilbrunn.  
Morgen: Trilby.

**Alexanderplatz.** Eine pikante Ehe.  
Nachm. 4 Uhr: Das Käthchen vom tapferen Schneiderlein.  
Morgen: Eine pikante Ehe.

**Variete.** Schloß Greifenstein oder Der Sammerstuh.  
Nachm. 4 Uhr: Die verlassene Frau.  
Morgen: Die verlassene Frau.

**Vossage-Panoptikum.** Affentheater.  
Spezialitäten.

**Belle-Alliance-Theater.** Volks-Vorstellung.  
unter Regie von Julius Türk.  
Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr: Zum zweiten Male:

**Das Käthchen von Heilbrunn.**  
Von Heinrich von Kleist.  
Käthchen: Wilhelma Wagner. Wetter: v. Strauß. Heinrich: Frau. Nebengraf: v. Stein. Hitz: Jürgas. Theobald: Will. Harstol.  
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.

**Schiller-Theater.** (Wallner-Theater).  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen. Abends 8 Uhr: Die Journalisten.  
Montag, abends 8 Uhr: Eine Palastrevolution.

**Thalia-Theater.**  
(vormals Adolph Ernst-Theater).  
Nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Trilby. Drama in 5 Akten nach dem Roman des George Maurier von Georg Dronkowsky. — Abends 7 1/2 Uhr:  
„Frau Lieutenant.“  
Dauerdrama in drei Akten von Paul Herrier und Anthony Mars. Deutsch von Hermann Dirckel. Musik von G. Serpette und B. Roger. Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant.“

**Central-Theater.**  
Alle Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.  
Sonntag, den 21. Februar:  
Emil Thomas a. G.  
Nachm. 3 Uhr bei ermäßigten Preisen: Ein ideler Abend.  
Abends 7 1/2 Uhr, zum 10. Male:  
Ein ideler Abend.  
Morgen und folgende Tage:  
Ein ideler Abend.

**Friedrich Wilhelm Theater.**  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Das Käthchen von Heilbrunn, oder: Das heimliche Gericht. Romanisches Ritterdrama in 5 Akten und 1 Vorspiel (11 Bildern) von Heinrich von Kleist. — Abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Der Trompeter von Säckingen. Romanisches Schauspiel mit Gesang in 3 Akten (7 Bildern) von G. Hildebrandt und Julius Keller. Der Opernsänger Richard Wagner als Gast.  
Billets sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Außerdem in Invalidendank, Unter den Linden 24, bei Paul Koenig, Leipzigerstraße 6, und Julius Vengenfeld, Markgrafenstr. 50.

**Alexanderplatz-Theater.**  
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zum letzten Male: Das Märchen vom tapferen Schneiderlein. Handmännchen mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Brubens. — Abends 8 Uhr und die folgenden Tage: Eine pikante Ehe. Berliner Volks mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Eugen Brubens.  
Billets sind ohne Vorbestellgebühr schon 3 Tage vorher an der Theaterkasse zu haben. Nachmittags 11-1 Uhr, Abends von 7 Uhr an.

**Urania, Tauben-Strasse, No. 48-49.**  
Naturhistorische Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

**Sternwarte.** Invalidentheater 57/62  
Jahrbuch der Sternwarte. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab 50 Pf. Im Theater-Saal täglich 8 Uhr abends. Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesansicht.

**Passage-Panoptikum.** Letzte Woche.  
**Affen-Theater.** Heute drei Vorstellungen um 5 und 7 Uhr.

**Castan's Panopticum.** Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!  
Damen-Wettswimmen.

**Berliner Aquarium.** Unter den Linden 68a (Eingang Schadowstr. 14.)  
Heute Sonntag Eintrittspreis 50 Pfg.  
Reichhaltigste Sammlung der Welt an lebenden Seethieren, Reptilien etc.

**Ostend-Theater.** Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weis.  
Heute Nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Preciosa. Schauspiel mit Gesang in 4 Akten. Musik von Carl Maria v. Weber. — Abends 7 1/2 Uhr: Berlin, wie es weint und lacht.  
Montag und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

**Volks-Theater.** 34 Reichenbergerstr. 31.  
Friedrichshagen-Kottbuser Thor.  
Jeden Abend 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
Jeden Abend 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
„Von Stufe zu Stufe.“

**Lumpe-Gastspiel.** Parodie-Theater.  
Cranienstr. 52.  
Sonntag, den 21. 2.: Zum 5. Male: Schloß Greifenstein oder „Der Sammerstuh“ nebst dem Vorspiel „Juliana, die Turtin“. Diktor, romant. Ritterdrama von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Graf v. Greifenstein: Joh. Lampe. Graf: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

**Circus Renz.** Karlstrasse. (Jubiläum-Zeitraum 1896/97.)  
Sonntag, den 21. Februar: 2 große Vorstellungen 2  
Nachmittags 4 Uhr: (Ermäßigte Preise u. 1 Kind unter 10 Jahren frei.)  
Luftige Blätter.  
Grosses elektr. Ballet.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Kuhführung der Novität.  
Durchschlagender Erfolg.  
Aus der Wappe eines Riejengebirgs-Phantasten.  
Eine romantisch-phantastische Handlung von Direktor Franz Renz und dem großartigen, herrlichen Hof-Balletmeister Aug. Siems.  
Außerdem die hervorragendsten Nummern des Repertoires.  
Montag, den 22. Februar 1897, abends 7 1/2 Uhr: Aus der Wappe eines Riejengebirgs-Phantasten.

**Circus Busch.** Bahnhof Börse.  
Sonntag, den 21. Februar: 2 gr. Vorstellungen 2  
Nachmittags 4 Uhr: (1 Kind unter 10 Jahren frei): Zscheus, das Waldmädchen.  
Schwimmende Elefanten, schwimmende Pferde mit Reitern.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Nach Sibirien.  
Außerdem in beiden Vorstellungen die besten Freizeits- und Schulpfunde, die hervorragendsten Reizkünstlerinnen u. Reizkünstler, Spezialitäten 1. Ranges, vorzüglich Klowns.  
Morgen: Nach Sibirien.  
Bereinszimmer  
einige Tage frei Alle Jakobstr. 68.

**Apollo-Theater.** Um 12 Uhr mittags! Gr. außergewöhnl. Matinée Kaiser Wilhelm d. Grossen.  
zu Gedenken der Gedenkreise Kaiser Wilhelm d. Grossen.  
Kasseneröffnung 11 Uhr.  
Um 7 1/2 Uhr abends:  
Auftreten der gesammten Künstler des sensationellen Februar-Programms. 18 Nummern 18.  
Kasseneröffnung 6 Uhr.

**Berliner Possen-Theater.** Münzstrasse 17. (Eingang Königgraben).  
Direktion: Joseph Kischinger und Leonhardy Häfel.  
Mittwoch! 1/10 Uhr: Novität! Novität! Baruch und Sohn.  
Vorher: Gr. Spezialitäten-Theil.  
Bernhard Wilhelm, Des Goldes Max Kischinger u. i. w.  
Anfang der Vorstellung 7 Uhr. Kasseneröffnung 1/5 Uhr.  
Entree 50 Pf.

**Alcazar.** Varieté-Theater I. Ranges. Dredenerstr. 52/53 (Gita-Passage).  
Morgenstr. 42/43.  
Dir. Leiter: Kapellm. Martin Stein.  
Neue Künstler. Mächtliches Abenteuer.  
Anfang: Sonntag 6 Uhr. Wochent. 8 Uhr. Freitagen in der Woche giltig. Entree 30 Pf. Die Direktion.

**Konzerthaus Sanssouci.** Kottbuser Strasse 4a.  
Heute, sowie jeden Donnerstag und Sonntag: Stettiner Sänger.  
(Mehel, Pietro, Britton, Steidl, Krause, Köhl und Schrader).  
Neues Programm.  
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.  
Die nächste Aufführung von Finken's Schelmchreie findet morgen (Montag) in der Vittoria-Brauerei statt.  
Morgen Sonntag: Vittoria-Brauerei.  
Auf 8 Uhr. Vorverkaufsbillets giltig.  
Dienstag: Böhmisches Brauhaus.  
Mittwoch: Mosaber Stadtheater.

**Kaufmann's Varieté.** Königsstrasse — Kolonnenaden.  
Neue Debut! Neue Debut! Der wiedergefundene Tom Belling! Der beste Clown vom Circus Renz, genannt „Der dumme August“, als Hauerparodie. Brothers Atlessy, Handkuffenbater. Lillian Mayo, Kostüm-soubrette. Patti, Black und White, Helene und Emillion, Geschwister D'Elvert, Geschwister Corely, Der dicke Edl Blum und 25 Gite-Kummern.  
Anfang präzis 7 1/2 Uhr.

**Feen-Palast, Straße 22.** Direktion Winkler & Fröbel.  
Präzis 9 Uhr:  
Die mit jubelndem Beifall aufgenommene Sensations-Poffe Eine tolle Nacht.  
Hauptrollen: Rich. Winkler u. Wilhelm Fröbel.  
Dazu das einzig allein bestehende unübertreffliche Februar-Programm.  
Kunst-Spezialitäten ersten Ranges.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

**Welt-Restaurant.** Varieté- und Spezialitäten-Theater.  
Dredenerstrasse 97.  
Novität! Novität! Novität! Das tanzende Berlin.  
Zum vorderen Saal täglich: Künstler-Frei-Konzert.  
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

**Neue freie Volksbühne.** Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater, Chausseest. 27-29:  
Einmalige Aufführung von Maria Magdalene von Fr. Hebbel.  
Bürgerliches Trauerspiel in 3 Aufzügen.  
Die Verlobung der Blüthe beginnt 1 1/2 Uhr. Die Mitglieder werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen, indem die Verlobung 10 Minuten vor Beginn der Vorstellung geschlossen wird. Zahlstellen keine Säulenanschlag am Mittwoch. [150/9] Der Vorstand.

**Konzerthaus Sanssouci,** Kottbuser Strasse 4a.  
Sonntag den 27. Februar 1897  
Grosser Wiener Maskenball, arrangirt vom Verband der deutschen Gold- und Silber-Arbeiter.  
Die Ballmusik wird von einer starken Kapelle der Zivil-Berufsmusiker ausgeführt.  
Grosse Ueberraschungen.  
Anfang 9 Uhr. Um 1 Uhr Kaffeepause.  
Billets à 50 Pf. sind beim Vorstand, sowie bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: Hienfranz, Marzuff 51; Holtkamp, Prinzessinnenstrasse 4; Beyer, Dredenerstr. 18; Voghe, Wasserthorstr. 62; Weinshäfer, Chorinestr. 33, und Feitel, Waldemarstr. 19 bei Krause.

**Abrechnung vom Streik der Privatpost-Angestellten.**

Einnahme.		Ausgabe.	
Vom Verband aller im Hand- u. Transp. Gewerbe beschäft. Hilfsarbeiter Berlins.	3000	An Streikversicherung vom 13 Juni bis 5. Sept.	3176 30
Von den Berufs-Bereinen Deutschlands.	421 10	Unkosten f. Bureaufont. und Extratierungen.	135 35
Von den Gewerksch. Berlins:		Fahrtgeldern.	9 30
a) durch Militär.	355	Kleinenten.	8
b) Vertrauensmann der Arbeiter.	30	Drucksachen und Inserate.	69
c) freie Bereinigung der Bauarbeiter.	10	Verte.	28 11
Auf Sammelbüchern gingen ein.	790 37	Verständliche Ausgaben.	15 70
Gesamt-Einnahme.	3900 47	Diverse Ausgaben (arztl. Attest).	6 05
Bilanz: Einnahme.	3906 47 M.		
Ausgabe.	3448 31		
Ueberschuss.	158 16 M.		

Obige Abrechnung geprüft und für richtig befunden.  
Berlin, den 17. Februar 1897.  
Die Revisoren: Ernst Behmann, Wilhelm Bachmann, Franz Bredla, Berthold Streiter.

**Concordia Varieté-Theater.** Brunnenstr. 151.  
Täglich: Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Das beste Programm d. Nordens.  
Neu! Troupe Richardi (1 Herr, 1 Dame, 1 Kind) Akrobaten.  
Neu! Kathi Richter, Drollenwe. Non Long und little Adolff, Tanzduettisten.  
Neu! Ein geplanter Dichter. Poffe.  
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Umtausch-Billets haben Gültigkeit.

**Action-Brauerei Friedrichshain.** Heute Sonntag: Bergter-Konzert.  
Eintritt 20 Pf. Programm unentz. Im Nebenlokal: Familien-Kränzchen.  
Vergesse meinen Saal am Sonntag an Vereine und Gesellschaften.  
Albrecht, Memelerstrasse 67.  
Empfehle auch Sonntags meine Fest-Säle  
an Vereine, zu Privat-Festlichkeiten.  
9952\* B. Nieft, Weberstr. 17.  
Destillation, alte, gangbare, Bilsarb, Bodnung, Riethe 720 M., umhängebild. bill. perf. Thielke Schwedterstr. 226 (Vokal). 33276  
Gastwirthschaft zu verkaufen, für junge Anfänger sehr paßend. Zu erst. Schönleinstr. 23, Brundel. 33285

**Louis Keller's Festsäle.** Köpenstr. 29.  
Größtes und schönstes Gastlokal der Residenz. 8674\*  
Jeden Sonntag: Norddeutsche Sänger.  
P. Diegler, W. Wolff, W. Bischoff, G. Rudolph, A. Hohenberg und W. Wagener, sowie Grosses Konzert d. Neuen Berl. Konzerti-Orchesters. Dirigent: H. Tieg.  
Nachdem: Grosser Ball.  
Anfang 5 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Gesellschaftshaus.** Zwilnemannstr. 42 (alte Nr. 35) jeden Sonntag:  
Ball u. Theater-Vorstellung.  
Empfehle meine Säle (250 u. 700 Personen fassend) sowie Vereinszimmer zu Festlichkeiten und Bereinungen.  
Hübner.  
Cösliner Hof  
Cöslinerstrasse 8 (Wedding). Größter und schönster Saal im Norden. Elegante Beleuchtung. Gute Küche. Zwei Regelmäßig. In allen Bereinungen u. f. w. an Vereine zu vergeben.  
Jeden Sonntag: Grosser Ball.  
Höhere Kunststoffe ertheilt Fritz Schröder, Wiesenstr. 39.

**Schmargendorf „Sausouci“.** Ruhlastr. 20. A. Nalltz.  
Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.  
Jeden Sonntag: Grosser Ball.  
Max Mörschel's Salon, Schönhauser Allee 28.  
Saal zu Bereinungen und Festlichkeiten.  
Einige Sonntage im Februar und März noch frei.  
Jeden Sonntag Tanz.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. Verliche Vereiningung Berlin H. Montag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Tolsdorf, Wörlichstr. 58:  
Mitglieder-Bereiningung.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über: „Die Lungenschwindsucht und ihre Heilung“. 2. Diskussion. 3. Verchiedenes. Der Vorstand. 191/11  
Mitgliedsbuch legitimirt.  
Zu dieser Bereiningung sind die Mitglieder der Frauen-Sterbekasse freundlich eingeladen.  
Um zahlreiches Erscheinen bittet Die Ortsverwaltung.**

**Gv.-sozialer Arbeiter-Verein Berlin.** Montag, 22 Febr., abends 8 1/2 Uhr, bei H o f m a n n (Englischer Garten), Alexanderstr. 27 a.: 3325b  
Cessant. Bezirks-Bereiningung. Tagesordnung: 1. Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung. Ref.: Grapier, Schol. 2. Freie Auswanderung. 3. Verchiedenes. Der Vorstand.

**Allgemeiner Arbeiter-u. Arbeiterinnen-Verein Berlins und Umg.** Montag, 22 Febr., abends 8 1/2 Uhr, im Engl. Garten, Alexanderstr. 27 c.:  
Mitglieder-Bereiningung. Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinssachen.  
Es ist Pflicht, daß jedes Mitglied in dieser Bereiningung erscheint. 18/5 Der Vorstand.  
Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, allen Bekannten und Freunden den Tod unseres Sangesbruders

**Paul Schröder**  
anzugeigen. Derselbe ist als treuer Kampfgenosse der Arbeiterkassen dem Kampf ums Dasein erlegen. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Leichenhause nach dem Friedhof der Freiheitshöhe Gemeinde in der Pappel-Allee statt. 33199  
Männer-Gesangverein Hilaritas.

**Verein der Töpfer Berlins** und Umgegend.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unter Mitgliedern  
Carl Boosmann  
(Charlottenburg) verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr, statt. Ihre feinen Kunden!  
Der Vorstand.  
NB. Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Beerdigung zu betheiligen. Treffpunkt 2 1/2 Uhr, bei Kolbe, Grünstr. 12.

**Todes-Anzeige!**  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Bauarbeiter  
Paul Schröder  
am 17. d. Mts. gestorben ist.  
Die Beerdigung findet heute, Sonntag, nachm. 3 Uhr, vom Leichenhause, Hauptwerkstr. 6, nach dem freiwilligen Friedhofe statt. 33336  
Die trauernde Wittwe  
Pauline Schröder.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern des Verbandes der Bauarbeiter die traurige Nachricht, daß das Mitglied  
Paul Schröder  
am 17. d. Mts. verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 Uhr vom Leichenhause aus nach dem freiwilligen Friedhofe, Pappel-Allee, statt. 33211  
Ihre feinen Kunden!  
Die Ortsverwaltung.

**Zeugen gesucht,**  
welche am 6. November, abds. zwischen 7-8 Uhr, den Zusammenstoß zwischen einem Dreirad und einem Mauer-Dandwagen auf der Kirchhofsbrücke angesehen haben. Regel, Postkutschker, Rcu-Weihenow, Charlottenburgerstr. 59. 33166

**Saal** (220 Personen) steht noch einige Tage in der Woche für Vereine u. Gesellschaften frei.  
Ferd. Ewald, Schönleinstr. 8.

**Teilzahlung.** Monatl. 10 M. und Paletts nach Maß Temporooski. Schneiderstr. 37, 1. Etage. Anzahlung von 27 bis 35 M., nur gegen Baar. 8772\*  
Wolch und Platt, Köpenick, seit 9 Jahren bestehend, st. fruchtbarsthalber zu verkaufen. Kurze Str. 9. 33645  
bill. Karras, Sanges-Strasse 15. 33356  
Theilzahlung gestattet.  
Gränkrum, Holz u. Stollen-geschäft u. Fuhrwerk u. felder Kundschaf in anderer Unternehmung sof. bill. z. verkaufen. Alexanderstr. 36.  
Kanarienvoller, 4 Mark, R u n a t, Secauerstr. 30, 4 Trep.  
Rindew., fast neu, Halenstraße 115, v. 3 Tr. 1. 33315  
Kinderwagen-Rad. Volkshausstr. 101  
Fahrräder. Herren-Kover, Damen-Kover, billigt Kasse, Theilzahlung gestattet. Dammstr. 10, I. 33356  
Welsch mit 75 M. Thal. Einnahme f. 700 M. verkauft. Geln, Roonberstr. 16. 18 bill. 10  
1 dreiräder. Kinderwagen. verkauft. Rohlbergstr. 6 bei Wegandt. 33029

### Zum Alters- und Invalideitäts- Versicherungsgesetz

Wird und aus Schlesien geschrieben:

Als eine schwere Last wird von den Hauswebern der Versicherungszwang zur Alters- und Invalideitätsversicherung empfunden und wenn man die in diesem Berufe herrschenden Verhältnisse in betracht zieht, kann man den Klagen nicht Unrecht geben.

In Wirklichkeit ist es freilich weniger der Versicherungszwang, den man den Webern an stelle der Fabrikanten aufgelegt hat, der die große Abneigung hervorgerufen.

Ein Theil der Hausweber verdient fast regelmäßig nur ganz wenig über  $\frac{1}{3}$  des zu Versicherungszwecken amtlich festgesetzten ordentlichen Tageslohns und gar nicht wenig Hausweber verdienen dieses Drittel noch nicht regelmäßig, ohne daß sie sich dabei körperlich in einem Zustande befinden, der sie nach dem Invalideitäts- und Altersversicherungsgesetz als erwerbsfähig erscheinen läßt.

Ganz besonders laut und zahlreich sind die Klagen darüber, daß auch die Frauen der Hausweber, welche sich in der Zeit, die ihnen die häusliche Arbeit übrig läßt, mit Weben und Garnspulen beschäftigen, ebenfalls der Klebezpflicht unterworfen werden. Ein großer Theil dieser Weberfrauen verdient nach Abzug der vom Stücklohn abgehenden Nebenausgaben für Schuhspulen, Schlichte und Talg, Andrehen und Abbleuen sehr oft im Durchschnitt pro Woche nicht 1,80 M., also nicht das Drittel des ordentlichen Tageslohnes, wie er hier für weibliche Arbeiter festgesetzt ist.

Viele Hausweber befinden sich jetzt in einer argen Zwischstufe, die Leute haben nicht geglaubt, daß sie bei ihrem geringen Verdienste thatsächlich dem Klebezzwange unterworfen werden könnten, und deshalb für sich und noch häufiger für ihre Familie das Leben unterlassen. Jetzt sollen sie nun auf einmal dies nachholen, also 18 bis 19 M. auf einem Brett für Klebezmarken hingeben, und wo beide Eheleute gewebt und nicht geklebt haben, gar das Doppelte, widrigenfalls ihnen die Pfändung bevorsteht. Eher würde man in jeder beliebigen Schmumpflanze Gold und Edelsteine finden können, als bei unsern Tulegebirgswebern so hohe Summen.

Durchaus unzutreffend wäre es, wenn man annähme, daß die Kleberei aus purer Widersetzlichkeit unterblieben, es liegen da vielmehr durchweg andere Umstände zu Grunde. Das Hindert nicht bloß anderen Leuten näher, wie der Noth, sondern auch unsern Webern, wenn man ihnen auch noch so oft befehlt, Marken zu kleben, so wird dies bei vielen doch nutzlos sein, da Noth kein Gebot kennt.

Die Zinsgelder, welche die Weber als Löhne bekommen, langen eben weder hinten noch vorn, und der Klagen fordert in erster Linie Befriedigung und selbst für diesen ungesühnten Mahner langt es keineswegs immer zu.

Man hätte nicht den Webern, sondern den Fabrikanten die Klebezpflicht auslegen sollen, und die Beiträge für die Arbeiter müßte überhaupt die Reichskasse leisten, wie es die sozialdemokratischen Abgeordneten bei Schaffung des Gesetzes forderten. Für die kolossalen Summen, welche die Arbeiterklasse Jahr aus Jahr ein in Form von Zöllen und indirekten Steuern für die nothwendigsten Lebensmittel in die Reichskasse schaffen muß, könnte dieselbe sehr wohl diese Gegenleistung übernehmen und das Deutsche Reich würde schwerlich aus den Fugen gehen, wenn wenigstens für die Kerneisen der Armen, die Hausweber, diese Zahlung aus der Reichskasse erfolgte.

Die komplizierte Fassung des Alters- und Invalideitätsversicherungsgesetzes macht dasselbe aber auch den meisten Arbeitern unverständlich und das ist ein Grund mehr, warum bei den Weberfrauen das Leben unterblieben ist. Die Versicherungsbehörde trägt auch ein gut Theil Schuld daran, daß über die Versicherungspflicht der Hausweberfrauen bei den Webern keine genügende Klarheit herrscht. Gedeht ist, sind eine ganze Anzahl Entschieden von der Versicherungsanstalt für Schlesien ergangen, in denen die Ansprüche solcher Frauen auf Rente kurzerhand abgelehnt und dies damit begründet wurde, daß die Frauen nur Hilfsarbeiterinnen des Mannes seien und daß zwischen Mann und Frau ein versicherungspflichtiges Verhältnis überhaupt nicht bestehen könne, weil das dem Wesen der Ehe widerspreche. Diese Begründung wurde gebraucht, wenn die Antrag stellenden Frauen ihre Arbeit nicht auf ihren Namen von dem Fabrikanten geholt hatten, sondern auf den ihres Mannes, oder wenn der Mann gar ein bischen auf eigene Rechnung gewebet und die Frau ihm geholfen.

Dadurch ist aber in den Weberkreisen vielfach die Meinung entstanden, die Frauen könnten überhaupt keine Rente bekommen und seien deshalb auch nicht versicherungspflichtig. Vor ein paar Jahren hat außerdem ein Kontrollbeamter im Reichsbücher Kreise erklärt, daß die Frauen der Hausweber überhaupt nicht versicherungspflichtig seien; dasselbe that ein Amtsvorsteher.

Unter solchen Umständen ist es den Webern doch nicht zu verdenken, wenn sie für ihre Frauen nicht kleben; sie betrachten dieselben eben nur als ihre Schilfsinnen, da sie ihnen das Schußgarn oft spülen müssen, während andererseits der Mann, um nur liefern zu können, oft die Rente der Frau abarbeiten muß.

Eine außerordentlich drückende Last bedeutet es aber für die Weber und noch mehr für deren Frauen, daß die Fabrikanten ihren Theilbeitrag nur pro Ketten leisten, meist dann nur 10 Pf. zahlen, oft genug auch gar nicht. Der Weber und die Weberin bekommen also nur so viel 10 Pfennige, als Ketten im Jahre geliefert worden und da giebt es Arbeitsnachweise, wo Frauen, ohne eigentlich krank gewesen zu sein, in einem Jahre nur 6 Ketten geliefert haben, also von ihrem Fabrikanten nur 60 Pf. Beitrag erhalten hatten, während sie 52 Marken à 14 Pf. im Jahre zu kleben, also 7,28 M. aufzugeben haben. Keutlich, wenn auch nicht ganz so schlimm, liegt es fast durchweg in der Handweberei.

Die Einrichtung, daß die Fabrikanten anstatt pro Woche nur pro Kette ihre Beitragspflicht gegen die Weber erfüllen, während dieser allwöchentlich kleben soll, ist einfach auf die Dauer unhaltbar, sie involviret eine schwere Benachteiligung der Hausweber, eine weit über deren Können hinausgehende Belastung.

Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daß behördlich die Frist zum Nachkleben der Marken ein oder ein paar mal ausgedehnt wurde. Wer schließlich nicht klebt, soll gepfändet werden. Dann würde es eine Massenpfändung und was für eine, geben. Es dürfte nur ganz vereinzelte Weberfamilien geben, die etwas Pfändbares besitzen. Eine solche Massenpfändung bei den Kerneisen der Armen wäre doch eine eigenartige Frucht unserer vielgepriesenen Sozialreform. Wird man es an entscheidender Stelle wirklich darauf ankommen lassen?

Sehr leicht ließe es sich machen, daß die Klebezpflicht von den Webern genommen und auf die Fabrikanten übertragen würde. Das entspräche auch nur den Grundgedanken des Gesetzes, welches doch allgemein die Pflicht des Markenklebens dem Arbeitgeber auferlegt, es ist einfach eine durch nichts berechnete Anormalität, daß es gerade bei der Hausweberei anders sein soll. Die Fabrikanten kann es doch gewiß nicht umbringen, wenn sie allwöchentlich für ihre Hausweber und Spuler 7 Pf. mehr ausgeben müssen, dretwegen brauchen sie noch lange nicht unter geschilderten Strohdeckern zu wohnen. Kommen die Massenpfändungen wirklich, dann wird die Sozialdemokratie es nicht sein, welche den Schaden davon hat.

### Die Schweizerische Bundesbank.

Zürich, 17. Februar 1897.

Am 23. Februar hat das Schweizer Volk über die Errichtung einer Bundesbank abgestimmt und damit eine Frage zu entscheiden, die bereits seit 80 Jahren zur öffentlichen Diskussion steht. Seit

1816, also seit 80 Jahren, werden von privaten Banken Noten ausgegeben, und 1863 ist von einem Dr. Rüttimann in Zürich in Anregung beim Ständerath gemacht worden zur Regelung des schweizerischen Notenwesens durch den Bund. Die Anregung hatte keinen Erfolg, allein 5 Jahre später drohte unter dem Einfluß des ausgebrochenen deutsch-französischen Krieges eine schwere finanzielle und wirtschaftliche Katastrophe über die Schweiz zu kommen. Der Geldumlauf war fast gänzlich ins Stocken gerathen, weil die Emissionsbanken die rückfälligen Noten einzogen und von Stand an jeden Diskonto oder anderweitigen Kredit verweigerten und sich als völlig unfähig erwiesen, mangelndes Geld von außen zu beziehen. Die drohende Katastrophe konnte nur durch das Eingreifen des Bundes und der Kantone — also des Staates — abgewendet werden, welche die Ausgabe von Kreditnoten und den Bezug von englischem Gold organisierten und so nach mehreren Wochen die Spannung lösten.

Nach diesen thätlichen Fiascos der privaten Banknotenerwirtschaft bei dem ersten kritischen Augenblick wäre unzweifelhaft schon damals die Frage zur Entscheidung, d. h. zur Lösung durch Einführung der Staatsbank, die nun erst heute proponirt wird, reif gewesen. Es wurden auch in der That in den siebziger Jahren die Verhältnisse hierzu gemacht und im Jahre 1880 dem Volke die Frage der Verfassungsrevision zur Einführung des staatlichen Banknotemonopols zur Abstimmung vorgelegt, jedoch mit 260 126 gegen 121 099 Stimmen abgelehnt. Ein Jahr darauf wurde das Banknotengesetz geschaffen, welches heute noch besteht und den Emissionsbanken vorschreibt, daß 40 pCt. der sämtlichen unzulassenden Banknoten durch einen Vorrath an Baarschaft in den Bankkassen gedeckt sein sollen und für 60 pCt. Wechsel und Werthschriften vorhanden sein müssen, oder halt dessen die Erklärung eines Kantons, daß er Garantie leistet. Diese schützenden Bestimmungen haben aber nicht sehr viel genützt. Einer der Hauptgegner der proponirten Bundesbank, der Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Nationalrath Cramer-Frey in Zürich, mußte einige Jahre später selbst konstatiren, daß am 31. Dezember 1886 83 Banken zusammen nur 20 Millionen wirklich verfügbare Baarschaft gehabt haben, denen aber kurzfristige Verbindlichkeiten von 230 Millionen sowie Sparkassenverbindlichkeiten von 130 Millionen gegenüberstanden, so daß die verfügbare Baarschaft 6 pCt. betrug. „Es gäbe Banken“, sagte Cramer-Frey, „welche mehrere Millionen kurzfristiger Verbindlichkeiten hätten und dafür keine hunderttausend Franken baar verfügbar in ihrer Kasse besäßen.“

Unter diesen Umständen wurde die Nothwendigkeit der Errichtung einer Bundesbank immer dringender, so daß 1891 das Volk abermals zur Entscheidung über die Frage angerufen werden mußte; diesmal sprach es sich mit 231 578 gegen 158 615 Stimmen dafür aus. Der betreffende Verfassungsartikel giebt dem Bunde das Recht zur Ausgabe von Banknoten und anderen gleichwerthigen Geldzeichen. Leider bestimmt der Artikel nicht, daß der Bund eine reine Staatsbank errichten müsse, sondern daß er eine solche oder, vorbehaltlich des Rückkaufsrechts, eine zentrale Aktienbank mit der Ausgabe von Banknoten betreiben könne. Diese Fassung war das Produkt eines Kompromisses zwischen den Freunden der reinen Staatsbank und denen der Aktien- oder gemischten Bank; bei Ausarbeitung des vorliegenden Bankgesetzes stellte sich aber der Chef des eidgenössischen Finanzdepartements, der ehrliche und volksthümliche Bundesrath Hauser, auf den Standpunkt der reinen Staatsbank, wofür sich auch die Mehrheit im Bundesrathe und in der Bundesversammlung erklärte.

Als Hauptaufgabe der als reine Staatsbank vorgeschlagenen Bundesbank bestimmt das zur Volksabstimmung gelangene Bank-Gesetz die Regelung des Geldumlaufs des Landes, die Erleichterung des Zahlungsverkehrs und die unentgeltliche Versorgung des Kassenverkehrs des Bundes. Ihren Hauptzweck hat die Bundesbank in Bern und sie kann in allen Orten des Landes Zweiganstalten errichten, dabei aber die bestehenden Kantonalbanken (staatliche oder gemischte) berückichtigen. Das Grundkapital der Bundesbank, eingetheilt in Antheilscheine von 10 000 Fr., beträgt 25 Millionen und kann durch Beschluß der Bundesversammlung auf 50 Millionen erhöht werden. Zwei Fünftheile des Grundkapitals werden den Kantonen zur Vetheiligung reservirt, drei Fünftheile übernimmt der Bund. Der Geschäftskreis der Bundesbank ist auf denjenigen einer reinen Noten-, Giro- und Diskontobank beschränkt. Die Banknoten werden ausgegeben in Abschnitten von 50, 100, 500 und 1000 Fr. Der ganze Gegenwerth der in Umlauf befindlichen Noten soll in gesetzlicher Baarschaft in der Kasse oder in Gold in Barren, zum Marktwerte gerechnet, oder in fremden Goldmünzen, in schweizerischen Diskontowechseln und Wechseln auf das Ausland vorhanden sein; die Metallreserve muß zum mindesten ein Drittel der in Umlauf befindlichen Noten betragen. Die Rechnungen der Bundesbank unterliegen der Genehmigung der Bundesversammlung. Vom Reingewinn sollen vorab 25 pCt. in den Reservefonds, dann wird das Grundkapital mit 3/5 pCt. verzinnt und der Rest fällt den Kantonen zu nach Maßgabe ihrer Wohnbevölkerung. Für Aufsicht und Kontrolle werden ein Bundesrath und die Lokalkomitees, für die Leitung das Direktorium und die Lokaldirektionen bestellt. 10 Mitglieder des Bankrathes wählen die 25 Kantone in einer Delegirten-Konferenz, wobei jeder Kanton durch 1 Delegirten vertreten ist, und 16 Mitglieder wählt der Bundesrath, und zwar aus einer Amtsdauer von vier Jahren. Bei allen diesen Wahlen sind die wichtigsten Handelsplätze der Schweiz, sowie die kaufmännischen und industriellen Kreise zu berücksichtigen. Die Lokalkomitees wählt der Bankrath, die Direktionsmitglieder der Bundesbank. Landräthen erhalten weder die Mitglieder des Bankrathes noch des Direktoriums oder der übrigen Behörden. Die allgemeine Aufsicht führt die Bundesversammlung. Vom Tage der Gründung der Bundesbank an haben die Emissionsbanken innerhalb 2 1/2 Jahren ihre emittirten Noten nach Bern zur Vernichtung abzuliefern.

Gegen dieses Bankgesetz haben die Bankiers in Genf, Lausanne, Zürich und ihre Anhängler in allen Theilen der Schweiz das Verwendungsbegehren gestellt und im Oktober 1896 72 000 Unterschriften beim Bundesrath eingereicht, während nur 30 000 nothwendig sind. Der Ausfall des Privatkapitals vom Gewinn und Einfluß auf die Bundesbank hat die Großkapitalisten, Spekulanten, Börsenjobber etc. in höchsten Grade empört und darum soll die Bundesbank nachahmlich beschick werden. Es wird allerdings gesagt, daß es ihnen nur um den rein sachlichen Einfluß auf die Gestaltung der Zentralbank und nicht um den Gewinn zu thun wäre; betrachtet man aber die Leute, welche dies Bekenntniß ablegen und zieht man in betracht, daß seit 1871 an den Banknoten rund 34 Millionen verdient wurden, welche zum großen Theile den privaten Banken zufließen, so kann man zu dieser Versicherung nur lachen.

Unterstützt werden diese Großkapitalisten und nächst Interessirten vom größten Theil der Freisinnigen der welschen Schweiz und der Ultramontanen, sowie von der plutokratischen konservativen Partei. Ein kleiner Theil der welschen Freisinnigen, sowie die gesammten Freisinnigen der deutschen Schweiz, ferner ein kleinerer Theil der Ultramontanen und endlich einheitlich in Ost und West, Süd und Nord stehen die Sozialdemokraten dafür ein. Sie fordern die eidgenössische Staatsbank bereits seit dreißig Jahren und haben sie auch in ihrem Programm als Postulat aufgestellt. Der geschäftsleitende Ausschuss der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, dessen Präsident Genosse Paul Brandt in St. Gallen ist, fordert in einem Aufrufe die Genossen auf, für das Gesetz zu stimmen und auch die Gleichgültigen aufzurütteln und die Unentschiedenen aufzuklären. Der Aufruf schließt: „Die Bundesbank ist freilich kein spezifisches Postulat unserer Partei. Sie bringt Euch keinen augenblicklichen materiellen Vortheil. Aber sie dient den Interessen der Gesamtheit. Sie bedeutet eine Festigung des Kredit unsers Landes. Sie ist eine wirtschaftliche Noth-

wendigkeit und eine Reform, die unserer demokratischen Republik zur Ehre gereicht, weil sie damit anderen Staaten ein Muster und Vorbild giebt. Jeder von Euch wird daher sowohl dem Vaterlande als der Partei gegenüber seine Pflicht thun.“

Bei der nun seit einigen Wochen in überaus lebhafter Weise betriebenen Agitation für die Bundesbank stehen unsere Genossen in erster Linie und neben ihnen zahlreiche Demokraten und Freisinnige. Aber auch die Gegner sind unermüdet bei der Arbeit, um das Volk mit den Schlagworten von der Kriegsgefahr, der Sozialistengefahr, der Bureaukratie und ähnlichen Dingen zu betören. Nach dem Verlaufe der bisherigen zahlreichen Versammlungen und nach dem Stimmungsberichten in der Presse stehen die Aussichten für Annahme des Bankgesetzes recht gut und man darf vom 28. Februar 1897 das gleiche Resultat erwarten, wie das am 4. Oktober 1896 war, wo trotz aller Schwimbleien der Spekulanten, Börsenjobber und Konsorten das Eisenbahnrechnungs-Gesetz angenommen und den Aktionären ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde. Die Annahme der Bundesbank würde den Triumph der politischen Reife des Volkes wie einen sozialpolitischen Fortschritt bedeuten.

### Korrespondenzen.

Minden i. W., 18. Februar. (Fig. Ver.) Der Reichstags- Abgeordnete des Wahlkreises Minden-Lübbecke, Graf v. Roon, räsonnirte in der Sitzung des Reichstags vom 15. Februar über das allgemeine Wahlrecht. Graf v. Roon wurde durch den großen Wahrschapspostel Hofprediger a. D. Söder empfohlen. In einer konservativen Versammlung am 4. Juni 1893 in Rehme wurde Graf von Roon seinen Wählern vorgeführt. Der Vorsitzende der Versammlung, Baron von Jülich, stellte den Herrn ungefähr wie folgt vor:

„Sehen Sie, meine Herren, da am Baum hängt das Bild seines Vaters, des verstorbenen Kriegsministers von Roon. Als sein Vater seinerzeit uns hier besuchte, trug ihn die Bevölkerung Leinen, Bumpen und Schützen entgegen. Dieser hier ist sein ältester Sohn; sehen Sie, meine Herren, er trägt das eiserne Kreuz auf seiner Brust.“

Von seiner Stellung zum allgemeinen Wahlrecht hat Herr v. Roon in dieser Versammlung so wenig was erzählt, wie in dem konservativen Flugblatte, welches von 65 Personen unterzeichnet war und worin die schriftliche Erklärung des Grafen v. Roon zum Abdruck gelangte. Hier hätte doch unbedingt seiner Stellung zum allgemeinen Wahlrecht Erwähnung geschehen müssen, wenn die große Masse der Wähler hiervon Kenntniß erhalten sollte. Jedenfalls wollte man aber eine derartige Veröffentlichung nicht, wie leicht hätten schließlich die konservativen Wähler zu der Ueberzeugung kommen können, daß sich der Herr Graf doch nicht zum Volksvertreter eigne. So dürfte die Stellung des Grafen zum allgemeinen Wahlrecht nur den intimsten Parteigenossen des Herrn v. Roon bekannt geworden sein. Seine Ausführungen entsprechen also nicht so den Thatfachen, wie er es glauben machen wollte.

Daß sich der Herr Graf v. Roon nicht für einen „passenden Vertreter“ unseres Wahlkreises eignet, hat bereits ein großer Theil seiner Wähler aus Anlaß der Tabaksteuer-Vorlage eingesehen gelernt. Die beiden konservativen Versammlungen, am 17. März 1896 in Deynhausen und am 18. März 1896 in Minden, dirirten dem Herrn, ob des großen Fiascos, noch heute in den Ohren klingen. In letzterer Versammlung erklärte der Herr Graf v. Roon, daß der Tabak nach seiner Ansicht noch etwas vertragen könne.

Seine Stellung zum allgemeinen Wahlrecht, sowie zur Besteuerung des Tabaks wird uns zur nächsten Reichstagswahl die Agitation bedeutend erleichtern, aus diesem Grunde rufen wir: Es lebe unsere Exzellenz und seine Sozialpolitik. —

Aus Mecklenburg. (Fig. Ver.) Ein Fischmühl: „Sie sollen auch mit unsehr Voigtles Vorwissen und Wissen auf die Neuen Städten und in Buchhorn bis an des Abtes zu Himmelpfort Grenzen Bau- und Feuerholz (dassern wir dessen zu bedürftigen Bau und Feuerung bei Unserm Amte Fürstenberg nicht selbst bedürftig), nach ziemlicher Nothdurft frei haben; desgleichen auch das dröge Lagerholz im Gehege.“

So hatte es in einem Privilegium der Stadt Fürstenberg in Mecklenburg-Strelitz vom Jahre 1568 geheißen. Und 330 Jahre lang hatten nun die Einwohner von Fürstenberg das Recht, Bauholz, trockenens Holz und Streu aus dem großherzoglichen Walde zu holen. Das Bauholz bekamen die Hausgenthümer, auf trockenens Sammelholz zum Brennen und Streu waren die Arbeiter und die sonstige ärmerer Bevölkerung angewiesen; denn Fürstenberg ist ein kleines Städtchen von 2 1/2 Tausend Einwohner, die vielfach im Verreiben von etwas Landwirtschaft und dem Halten von etwas Vieh ihren Erwerb oder doch einen nothwendigen Neben-erwerb finden. Der großherzoglichen Kammer paßte nun dieses Recht der Fürstenberger ganz und gar nicht und mehr- fach machte sie es streitig, immer aber wurde es auf dem Klagewege wieder zurückerobert.

Nun soll es anders werden. Der Magistrat der Stadt Fürstenberg hat sich breitschlagen lassen und hat mit der großherzoglichen Kammer einen Vertrag abgeschlossen, nach dem die Rechte der Fürstenberger gänzlich preisgegeben werden, wogegen der Stadt einige Morgen Landes und einige kleine Seen zu eigen abgetreten werden. Für die städtische Vermögensverwaltung mag ein solcher Zuwachs ja ganz angenehm sein, die Einwohner aber und namentlich die ärmeren sind bei diesem Geschäft die Leidtragenden, um deren Interessen man sich nicht weiter gekümmert hat. So züchtet man Affären wie die Fischmühlcr traurigen Augenentens und — Sozialdemokraten.

Ein Genosse in Fürstenberg, der uns über diese Vorgänge berichtet, schreibt, die nächstjährige Reichstagswahl würde die Antwort auf diese Handelsgeschäfte liefern.

Uebrigens scheint uns ein neues Beschreiten des Klagewegs keineswegs ansichtslos zu sein. Denn in dem erwähnten Vertrag lautet ein Artikel:

„Für den Fall, daß einzelne Fürstenberger Einwohner sich durch den in Art. 1 enthaltenen Verzicht der Stadt nicht auch für ihre Person gebunden halten, sondern die ausgegebenen Ansprüche als ihre privaten Rechte geltend machen und mit einer bezüglichen Klage rechtskräftig gegen die großherzogliche Kammer obsiegen sollten, verpflichtet sich die Stadt Fürstenberg bezüglich des erstrittenen Anspruchs in allen Sünden für die Kammer einzutreten resp. derselben für Schaden und Kosten vollen Ersatz zu gewähren.“

Ein obiges Urtheil für Klagen der Fürstenberger Einwohner scheint deshalb selbst vorausgesetzt zu werden, und die geschädigten Leute wollen nicht zögern, den Magistrat regreppflichtig zu machen und sich ihren Schaden ersetzen zu lassen. —

Wien, 18. Febr. Die Bahnnachrichten, und erfreulicherweise die für uns günstigen, laufen nun zahlreicher ein, ohne freilich einen Rückschluß auf das endgültige Wahlergebnis zu gestatten.

Am 18. Februar fanden in den Gemeinden des Wahlbezirks Teplitz die Wahlmännerwahlen statt, wobei die Sozialdemokraten auf der ganzen Linie glänzend, meist mit Zweidrittelmehrheit, gesiegt haben. — In Turn erhielten die Sozialdemokraten 900, die Liberalen 200 Stimmen. Bei den am gleichen Tage im Wahlbezirk Kuffitz stattgehabten Wahlen siegten, soweit die Resultate vorliegen, überall die sozialdemokratischen Wahlmänner. In Sete u g und Sobachleben siegten bei den Wahlmänner-Wahlen gleichfalls die Sozialdemokraten.

In der Umgebung von Schönberg in Mähren siegten zum theil unsere Wahlmänner, zum theil erhielten sie große Minoritäten. Der Erfolg wäre ein allgemeiner gewesen, wenn der Druck der Fabrikanten nicht so groß gewesen wäre; hat doch in einem ganz tschechischen Fabrikdorf die Wahl von drei deutsch-nationalen Wahlmännern, zwei Fabrikdirektoren und einem Fabrikwächter

Kaltgesunden. In Krain bei Znaim, in Krain bei ... Wahlmänner gewählt, in Willems, dem großen Eisenwerke ...

Die Erfolge sind um so bedeutungsvoller, als von allen Seiten von den willkürlichen, dem Geiste des Gesetzes direkt wider- sprechenden Auslegungen des Wahlgesetzes durch die Behörden und von unerhörten Wahlbeeinflussungen berichtet wird.

Paris, 17. Februar. (Fig. Ber.) Das endlich veröffentlichte „Gelbbuch“ über die Orientfrage enthält wenig Neues im Vergleich mit dem englischen „Waubuch“, obwohl es bis zum 10. Februar d. J. fortgeführt ist.

Die ganze Ohnmacht der „gereinigten“ wie uneinigen Mächte, den passiven Widerstand der Pforte zu brechen, geht bis zur Evidenz aus dem Gelbbuch hervor. Schon in einer Depesche vom 20. Februar 1894 schrieb der französische Gesandte in Konstantinopel, Cambon, nachdem er die Schwierigkeiten, die sich der Schaffung eines unabhängigen Armeniens entgegenstellten, beleuchtet hatte: „Bleibt das Reformversprechen (seitens der Pforte) übrig. Aber man weiß, was Versprechungen dieser Art in der Türkei werth sind.“

Die offiziell festgestellte Zahl der Opfer in Kleinasien beläuft sich bis Ende Februar 1896 auf 37 000 gemordete Christen und etwa eintausend Mohamedaner. Dazu kommen die Opfer der Oktobertage 1895 und der Augusttage 1896 in Konstantinopel, welche von dem französischen Gesandten auf 6000 geschätzt werden.

Und was thaten die europäischen Mächte, um dem gräßlichen Morden ein Ende zu setzen? Sie machten mehr oder minder energische, mehr oder minder „einträchtige“ Vorstellungen, über deren Werth sie selber keinen Augenblick im Zweifel waren. Klagt doch Cambon unaufhörlich über die böswillige, systematische Verschleppung seitens des Sultans.

Und speziell die Abmachungen zwischen Frankreich und Rußland sind nur zu sehr geeignet, den Sultan in seinem Sicherheitsgefühl zu bestärken. Am 15. Dezember 1896 theilt nämlich Hanotaux Cambon mit, daß er nach wie vor, in Uebereinstimmung mit der russischen Regierung, für die nothwendige Vorbedingung einer verabredeten Aktion der Mächte deren vorherige Einigung auf folgende drei Punkte halte: „Ausrück- erhaltung der Integrität des ottomanischen Reiches, kein isolirtes Vorgehen auf irgend einem Punkte, kein Kondominium (gemeinsame Oberherrschaft über die Türkei).“

Nächsten Montag wird endlich Hanotaux in der Kammer Rede stehen müssen. Sein „Gelbbuch“ wird namentlich dem sozialistischen Redner, Jaurès, Stoff in Hülle und Fülle liefern zur Brand- markung der Rolle, welche Frankreich im Schlepptau Rußlands zum Schutze des Sultans gespielt hat.

Kopenhagen, 19. Februar. Ueber den dem dänischen Folkething zugegangenen Geschenktwurf betreffend die Unfallversicherung haben in der Kommission die einzelnen Parteien folgende Erklärungen abgegeben: Die Mehrheit (die Reformpartei und die Rechte) spricht sich gegen den Wolffschen Antrag aus, die Versicherung auf alle auszudehnen, daß aber nur diejenigen Unter- stützung erhalten sollen, die unter 1400 Kronen jährliches Ein- kommen haben.

Die Sozialdemokraten erklären das Prinzip, auf dem der Mehrheitsvorschlag beruht, für unrichtig und verweisen auf ihre früher bekanntgegebenen Darlegungen. Wenn sie jetzt nicht die Ein- führung einer allgemeinen Unfallversicherung beantragen, so geschieht es, weil dieselbe doch keine Aussicht hätte durchzubringen und sie nicht wenigstens die Erreichung des ersten Schrittes auf diesem Gebiete in Frage stellen möchten.

Von diesen Vorschlägen wollen wir einen erwähnen, der darauf ausgeht, daß jeder, der Arbeiter bei einem als gefährlich anerkannten Gewerbe beschäftigt, ersatzpflichtig sein soll, wofür er nicht diese Thätigkeit gewerbmäßig betreibt, ferner, daß die Bauhandwerker auf dem Lande auch unter dieses Gesetz gestellt werden sollen, ebenso die Deich-, Kanal- und Schienenarbeiter und alle, die beim Ketten- oder Löffeln bei Bränden zu Schaden kommen.

### Soziale Rechtspflege.

Die Mißhandlung eines Pferdes sah die Kammer VII des Gewerbegerichts als vorfällige Sachbeschädigung an. Sie wies deshalb den Kläuser D. mit seiner Lohnentziehungsklage ab, die er wegen unrechtmäßiger Entlassung angestrengt hatte.

Zwei Maurer, die eines Morgens vom Polier der Unter- nehmer Gieseke und Völter eingestellt worden waren, wurden am Abend desselben Tages wieder entlassen, weil sie sich weigerten, die Kündigungsfrist anzuschließen. Sie klagten dann beim Gewerbe- gericht auf Zahlung von Lohnentziehungen. Die Beklagten wandten unter anderem ein, daß sie, da kaum ein Tag vergangen gewesen sei, die Unterschrift der Kläger für den Kündigungsaus- schluß hätten verlangen können oder daß sie dieselben ohne Kündigung hätten entlassen dürfen.

Photographen dürfte ein Rechtsstreit sehr interessieren, der vor der Kammer VIII des Gewerbegerichts erledigt wurde. Der Photo- graph G. war von dem Photographen Böhme zu einem Monats- gehalt von 120 M. engagirt worden. Nach Ablauf der ersten Woche verlangte G. 80 M. von Böhme als den Betrag, der ihm für die Woche zustehe.

Der Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis Südosten beschäftigte sich unter anderem in der Versammlung vom 16. Februar d. J. mit einer Anklage gegen das Mitglied Emanuel Säher, angeblich Mechaniker oder Elektrotechniker, geboren am 24. 7. 1874 zu Probova in Oesterreich.

### Versammlungen.

Die Vergolder hörten in ihrer Versammlung vom 15. Februar den Vortrag des Genossen Sassenbach: „Der christlich-soziale Staat der Jesuiten in Paraguay.“

Die organisirten Graveure, Ziseleure etc. hielten am 18. Februar in den Oranienbälen ihre Verbandversammlung ab. Nach Erledigung interner geschäftlicher Angelegenheiten erhielt Dr. Christeller das Wort zu seinem Vortrage über: Infektionskrankheiten und ihre Bekämpfung.

Die in der chirurgischen Branche beschäftigten Be- rufsgenossen tagten am Dienstag, den 18. Februar etc., in

Gründel's Salon“. Es hielt Genosse Dr. Joel einen sehr interessanten Vortrag über „Rausen's Nordpolfahrt“, welcher all- gemeinen Beifall fand. Kollege Meng forderte hierauf die Mit- glieder auf, die Vollvorstellung von Lütz am 28. Februar recht zahlreich zu besuchen.

Die auf Holzplänen und an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter, Berlin N., Filiale II hielten am 16. d. M. ihre Mitglieder-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erwiesen die Anwesenden dem verstorbenen Vereinsvor- sitzener durch Erheben von den Plätzen die letzte Ehre.

Für die Vertreter sozialorganisirter Gewerkschaften war seitens der beauftragten Kommission am Freitag eine Versammlung einberufen, um die Berichte bezüglich des geplanten Kongresses entgegenzunehmen. Die Auszahlung der nur schwach besuchten Ver- sammlung ergab, daß neun Gewerkschaften vertreten waren.

Die Arbeiterbildungsvereine in Nationalökonomie und Redebung im Lokal der Reichshaus, Brunnstr. 22. Montag Abend kein Unterricht. Die Schenkung des von 2 Uhr abends an geöffn- ten Reichshaus des Arbeiter-Bildungsvereins, Brunnstr. 22, ist nachdenk- lich von 6-9 Uhr, Sonntag von 6-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet.

Die Maler Charlottenburgs hielten am 17. Februar eine öffentliche Versammlung ab. Nach der Berichterstattung des Delegirten von der Gewerkschaftskommission wurde Kollege Flemming als Delegirt und als Stellvertreter Kollege Reus gewählt.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr, ab- wochens Reichshaus in Nationalökonomie und Redebung im Lokal der Reichshaus, Brunnstr. 22. Montag Abend kein Unterricht. Die Schenkung des von 2 Uhr abends an geöffn- ten Reichshaus des Arbeiter-Bildungsvereins, Brunnstr. 22, ist nachdenk- lich von 6-9 Uhr, Sonntag von 6-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr, ab- wochens Reichshaus in Nationalökonomie und Redebung im Lokal der Reichshaus, Brunnstr. 22. Montag Abend kein Unterricht. Die Schenkung des von 2 Uhr abends an geöffn- ten Reichshaus des Arbeiter-Bildungsvereins, Brunnstr. 22, ist nachdenk- lich von 6-9 Uhr, Sonntag von 6-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr, ab- wochens Reichshaus in Nationalökonomie und Redebung im Lokal der Reichshaus, Brunnstr. 22. Montag Abend kein Unterricht. Die Schenkung des von 2 Uhr abends an geöffn- ten Reichshaus des Arbeiter-Bildungsvereins, Brunnstr. 22, ist nachdenk- lich von 6-9 Uhr, Sonntag von 6-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr, ab- wochens Reichshaus in Nationalökonomie und Redebung im Lokal der Reichshaus, Brunnstr. 22. Montag Abend kein Unterricht. Die Schenkung des von 2 Uhr abends an geöffn- ten Reichshaus des Arbeiter-Bildungsvereins, Brunnstr. 22, ist nachdenk- lich von 6-9 Uhr, Sonntag von 6-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr, ab- wochens Reichshaus in Nationalökonomie und Redebung im Lokal der Reichshaus, Brunnstr. 22. Montag Abend kein Unterricht. Die Schenkung des von 2 Uhr abends an geöffn- ten Reichshaus des Arbeiter-Bildungsvereins, Brunnstr. 22, ist nachdenk- lich von 6-9 Uhr, Sonntag von 6-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet.

2. Wahlkreis. Sozialdemokratischer Wahlverein. Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ed. Zühlke, Dammweg-Strasse 13. Öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadionschützen Fritz Zühlke: „Vorgänge in der städtischen Vertretung.“ 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

2. Wahlkreis. Sonntag, den 21. Februar 1897, abends 6 1/2 Uhr, bei Zubeil, Linden-Strasse 106. Öffentl. Versammlung. Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein über: „Wesen und Heilung der Krankheiten.“ Nachdem: Geselliges Beisammensein. - Eintritt 10 Pf. 211/3 Um regen Besuch ersucht Die Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Verein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Donnerstag, den 25. Februar 1897, abends 8 1/2 Uhr, in Wöhring's Salon, Admiralsstr. 18c. Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten Stolle über die fortschreitende Entwicklung der Technik und die Verdrängung der Handarbeit durch die Maschine. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. - Um zahlreiches Erscheinen ersucht 240/12 Der Vorstand.

Parteienossinnen u. Genossen des 6. Wahlkreises. Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstr. 42 (alt. 35). Große Volks-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 215/12 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen, besonders der Frauen ersucht Die Vertrauensperson der Frauen. Vorklänge: Freitag, den 20. Februar, findet bei Marten, Friedrichstr. 236, eine Versammlung statt, wo Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer einen Vortrag hält: Die Verhandlungen im Reichstag betreffend den Antrag Kuer und Genossen über den Achtstundentag. - Reichstags-Abgeordneter Dr. Hehl ist zu dieser Versammlung brieflich eingeladen.

Sozialdemokrat. Verein „Vorwärts“ Berlin. Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Gründel, Brunnenstr. 188. Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Darwinismus und Sozialismus. Referent Reichstags-Abgeordneter Dr. Lütgenau. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Berichtendes. 274/12 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 6. März, im Feenpalast, Burgstr. 22: 1. Stiftungs-Fest. Konzert, Gesangs- und andere Vorträge. Lebende Bilder. Die Musik wird von der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmänner“ unter Leitung des Herrn Behnfeld ausgeführt. Nach dem Konzert: Tanz. Billets à 20 Pf. sind in allen Bahnhöfen zu haben sowie bei den Vorstandsmitgliedern.

Achtung! Rixdorf. Achtung! Parteilosen und Genossen! Grosse Volksversammlung. Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in den Victoria-Sälen, Hermannstr. Nr. 48-50. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl einer Kommission zur Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. 3. Diskussion. - Da die Tages-Ordnung sehr wichtig ist, ersucht um zahlreiches Besuch, besonders der Frauen 215/13 Die Einberuferin.

Achtung! Friedrichsberg. Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Gürsch, Frankfurter Allee 174: Öffentliche Volks-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Mesch über: Die Unfreiheit des weiblichen Geschlechts. 2. Diskussion. 3. Wahl einer weiblichen Vertrauensperson. 215/11 Die Einberuferin.

Handlungsgehilfen! Kaufleute! Handlungsgehilfinnen! Morgen, Montag, den 22. Februar cr., abends 9 Uhr, spricht im großen Festsale von Marten's, Friedrichstr. 236 Reichstagsabgeordneter Dr. Bruno Schoenlank über das Thema: Die Sozialdemokratie und die Handelspolitik. Diskussion. - Jedermann hat zu dieser Versammlung Zutritt. 90/11 Der Vertrauensmann: S. Jesser.

Achtung! Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Montag, den 22. Februar 1897, abends 8 Uhr: Grosse Mitglieder-Versammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Dreizehner-Kommission. (Abrechnung.) 3. Bericht vom Verbandstage zu Dresden. 4. Berichtendes. Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Die Dreizehner-Kommission. 204/11 J. A. B. Kunert, Feldjägermeisterstr. 4.

Märkischer Hof, Admiraistr. 18c. Jeden Sonntag im prachtvollen Speisesaal: Grosser Festball. Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. Orchestermusik. Die beiden Säle sind Sonnabends u. Sonntags an Vereine zu Mieten, Hochzeiten u. Versammlungen zu vergeben. Der Vereinszimmer. Die Restaurationsküche stehen den geehrten Familien Sonntags zur Verfügung.

Charlottenburg! Zum Besten der ausgesperrten Schuhmacher in Weissenfels. Sonntag, den 21. Februar, in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39: Konzert, Theater und Gesangsvorträge. Zur Aufführung gelangt: 1. Der Zigeuner. 2. Wem gehört das Kind? 3. Anfang 4 Uhr, der Theaterorkestrelung 5 Uhr. - Entree 30 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Billets sind in allen Bahnhöfen des Wahlvereins, sowie an der Kasse zu haben. Der Vorstand.

Achtung! Charlottenburg. Gr. öffentliche Versammlung für sämtliche in der Metallindustrie beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen am Dienstag, den 23. Februar 1897, abends 8 Uhr, in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstrasse 39. Tages-Ordnung: 1. Der Streik in der Fahrradfabrik Sturm-vogel in Galenfee. 2. Diskussion. 3. Berichtendes. 121/3 Wegen der wichtigen Tages-Ordnung wird es jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer. Dienstag, den 23. Februar 1897, abends 8 1/2 Uhr, in Mörchel's Vereinshaus, Schönhauser Allee 28.

Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. „Der Hamburger Streik und die Metallarbeiter-Bewegung.“ Ref.: Genosse G. Wagner. 2. Diskussion. 3. Berichtendes. 121/4 Hierzu sind sämtliche Metallarbeiter eingeladen. Die Agitations-Kommission des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung! Maurer. Achtung! Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, finden 6 große öffentliche Maurer-Versammlungen in folgenden Lokalen statt: für N. in Gründel's Salon, Brunnenstr. 188; für Wedding u. Noabit in Milbrodt's Salon, Müllerstr. 7; für O. u. SO. in Haase's Salon, Große Frankfurterstr. 117; für S. u. SW. in Gossmann's Festsälen, Kreuzbergstr. 48; für Charlottenburg i. Lokal Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39; für Rixdorf bei Kammer, Berlinstr. 65. Tages-Ordnung in allen Versammlungen: 1. Die Einführung der neuen Kontroll- und Sammelkarte und ihre Bedeutung für die Lohnbewegung im Jahre 1897. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Da die neue Kontrollkarte ihren Zweck nur bei der weitesten Verbreitung derselben erreicht, ist es notwendig, daß kein Maurer diesen Versammlungen fernbleibt. 133/7 Die Lohnkommission.

Achtung! Hausdiener, Aufsicher und alle im Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen. Sonntag, den 21. Februar 1897, nachmittags 5 Uhr: Große öffentliche Versammlung bei Schmidtke, Noabit, Stromstraße 28. Tages-Ordnung: 1. Politik in den Gewerkschaften. Referent: Genosse Blaurock. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes für Noabit. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

Schöneberg. Sonntag, den 21. Februar 1897, nachmittags 5 Uhr: Große öffentliche Versammlung bei Obst, Grunewaldstr. 110. Tages-Ordnung: „Humanität und Todesstrafe.“ Referent: Genosse Grempe. 2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Der Einberufer. 85/12 Die Mitglieder-Versammlung des

Verbandes aller im Handels- und Transport-Gewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter findet am 1. März in den Armnhallen statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Molkenbaur spricht. - Kollegen! Man vermischt Euch in letzter Zeit zu Besprechungen einzuladen, dieselben sind nicht von uns und werden mit unsere Einladungen stets mit dem Stempel des Verbandes aller im Handels- und Transport-Gewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter versehen.

Sonnabend, den 27. Februar: Grosser Wiener Masken-Ball in Keller's Festsälen, Kopenstr. 29. Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie im Bureau, Kommandantenstr. 25, zu haben. 85/13 Der Vorstand.

Verein deutscher Schuhmacher. Versammlungen am Montag, den 22. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr. Bahnhöfe I bei Feind, Weinstr. 11: Vortrag. Bahnhöfe II bei Lange, Dragonerstr. 15: Vortrag. Bahnhöfe III bei Müller, Johannisstr. 20: Vortrag. Bahnhöfe IV bei Roll, Adalbertstr. 21: Vortrag. Bahnhöfe Friedrichsberg bei Fuchs, Frankfurter Allee 65. Um zahlreiche Beteiligung bitten Die Bevollmächtigten. 169/9

Achtung! Putzer. Achtung! Montag, den 22. Februar, abends 6 Uhr, im Soufenski'schen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37: Große öffentliche Versammlung der Putzer Berlins u. Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Aug. Dähne über: Die neue Unfall-novelle. 2. Wie stellen sich die Putzer Berlins und Umgegend zum Arbeits-nachweise? 3. Kollegen, es ist Pflicht eines jeden Putzers, in der Versammlung zu erscheinen. Die Kommission. J. A. Vogel. 133/6

Grosse öffentliche Versammlung für alle in der Gutbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen am Dienstag, den 23. Februar 1897, abends 8 Uhr, bei Bützow, Prenzlauer Thor. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn O. Grundmann, prakt. Naturheilkundiger, über: „Ein Blick in das Innere des Menschen.“ 2. Berichtendes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer. 86/3

„Armin-Hallen“ 10925 Festsäle. - Restaurant u. Garten. - Vereinszimmer. Zur bevorstehenden Saison empfehlen wir unsere gesammten Räume zur Abhaltung von Sommerfesten u. s. w. Gebr. Mieltz.

Verband der 98/12 Korbmacher Berlin und Umgegend. Montag, den 22. Febr., abds. 8 1/2 Uhr, Oranienstr. 51: Versammlung. Kanarienvogel, Garzer u. Weidenvert. Bill. Goldmann, Reliätorstr. 4, p. IV

Bildungsverein „Wehr Licht“ Sonntag, 21. Februar, abds. 6 1/2 Uhr, Alexanderstr. 27c: Versammlung. Vortrag des Genossen Dr. Völkel-Braunschweig über: „Wie und unter täglich Brot.“ Diskussion. Darauf: Geselliges Beisammensein und Tanz. Gäste stets willkommen.

Achtung! Textilarbeiter! Filiale I. Berlin. Montag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Kopenstrasse 29 (oberer Saal). Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kollegen über die für den verunglückten Kollegen Sehe veranstaltete Sammlung. 5. Berichtendes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 197/5

Achtung! Töpfer! Donnerstag, den 25. Februar, abends 6 Uhr, im Lokale Königsbank, Große Frankfurterstr. 117. Öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Gestaltung unserer Arbeitsverhältnisse in diesem Frühjahr, „auf grund angelegter Erhebungen!“ - Welche Schlüsse ziehen wir daraus? 2. Tellerammlung findet nicht statt. Die Pflicht der Selbsterhaltung erfordert das Erscheinen jedes Kollegen, welcher ernstlich befreit ist, die wahrhaft standhaften Zustände unseres Berufes beizubehalten. Der Vertrauensmann. 193/10

Vereinigung der Maler. Mittwoch, den 24. Februar, in den Armnhallen: Kombinierte Mitglieder-Versammlung für Berlin und Umgegend. Näheres siehe Dienstag, Säulenanschlag. J. Plum. 124/4

Verband deutscher Gold- u. Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen (Zahlstelle Berlin). Mitglieder-Versammlung Montag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Auenstr. 10. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Fritz Hansen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Berichtendes. - Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste sowie unsere Berufsgenossen stets willkommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. Sonntagabend, den 27. Februar, Maskenball im Concertsaal Sanolouci. Billets sind in der Versammlung zu haben. 71/10

Achtung! Schrifthauer Achtung! Berlin u. Umgegend. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Berichtserhaltung der Kommission über die diesjährige Verhandlung mit den Meistern. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Berichtendes. 172/9 Die Agitations-Kommission.

Achtung! Lackierer! Achtung! und die im Beruf beschäftigten Personen. Montag, den 22. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstr. 75. Große öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Der wirtschaftliche Aufschwung und die letzten Kämpfe der Arbeiter. Referent: Genosse B. Pösch. 2. Stellungnahme zur diesjährigen Lohnbewegung. 104/3 Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen erwarten wir, daß die Kollegen recht pünktlich und zahlreich erscheinen. Die Agitations-Kommission.

Verein der Berliner Holzjalousie-Arbeiter und Berufsgenossen. Montag, den 22. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in der Nichtestr. 31: General-Versammlung. Tages-Ordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. - Vorlesung des Protokolls. - Kassenbericht. - Neuwahl des Vorstandes. - Berichtendes. 832/6 Der Vorstand.

Achtung, Zimmerer! Mittwoch, den 21. Februar 1897, abends 8 Uhr: Versammlung der Plagdeputierten bei Buske, Grenadierstrasse 33. Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Plagierere. 2. Ergänzung resp. Verhärtung der Lohnkommission. 3. Vorschlag über die Einführung eines Arbeitsnachweises. 250/20 Das Erscheinen sämtlicher Vertreter ist notwendig. Die Lohnkommission.

Achtung, Stuckateure! Montag, 22. Februar, abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33: Fachvereins-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über die Praxis der Gewerbergerichte. 2. Wahl eines Disziplinars. 3. Gewerkschaftliches. Der Vorstand. 173/5

Achtung, Stockarbeiter! Montag, den 22. Februar cr., abends präzis 8 1/2 Uhr, bei Jöhl, Andreestr. Nr. 21: Große öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Der Zusammenschluß der Inhaberorganisierten Gewerkschaften. Deutsch-lands. Referent Genosse Blaurock. 2. Diskussion. 3. Zustände in der Stockfabrik von Regiaff. Referent: Kollege Silbermann. 4. Diskussion. 5. Neuwahl von 2 Mitgliedern zur Agitationskommission. 6. Berichtendes. - Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Kollegen von Regiaff, ersucht Die Agitationskommission der Stockarbeiter Berlins. 33015

Charlottenburg. Die Parteipedition befindet sich jetzt Pestalozzi-str. 34, Querg. part. 325/6 G. Scharnburg. Brantente. Wegen Ersparnis der Vademecum verkaufte 30 d. Spiegel, Polster-u. w. w. bedeutend billiger. Die Arbeiten werden a. bestem Material angefertigt, auch stehen die Werkstätten zur Verfügung jedermann frei. Buckow, Tischlermeister, Invalidenstr. 13.



Arbeiter-Sanitätskommission.

Unter den gesundheitlichen Schädigungen, denen der Arbeiter bei seiner Beschäftigung ausgesetzt ist, nehmen die Vergiftungen mit Metallen einen hervorragenden Platz ein...

Ein solcher Fall von nicht akuter Bleivergiftung bei allen in dem Betrieb beschäftigten Personen wird uns von der Akkumulatoren-Fabrik von P. Ribbe...

Diejenigen Erkrankten, die wir zu untersuchen Gelegenheit hatten, boten alle schwere Krankheitserscheinungen dar...

Einer der Erkrankten schildert den Betrieb folgendermaßen: Bei dem Bearbeiten der Bleiglätte und Mennige entwickelt sich so viel Staub...

Der Arbeitsraum ist 10 Meter lang, 7 Meter breit, 4 Meter hoch und zu einem großen Teil durch Maschinen und Tische in Anspruch genommen...

Auch soll Feuergefahr bestehen: Celluloid und Aceton stehen in der Nähe des offenen Feuers...

Die Arbeitsstätte dient auch als Frühstückraum. Einige Arbeiter bleiben sogar während der Tischzeit in dem bleigehaltigen Raum...

Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, von 8-7 Uhr, doch wurden einen ganzen Monat hindurch täglich zwei Ueberstunden gemacht...

Herr Ribbe, der früher bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft tätig war, ließ jedem Arbeiter täglich einen Liter Milch verabfolgen...

Kommt der Fabrikinspektor nicht in den Betrieb? Hat nicht die Orts-Krankenkasse der Kaufleute, welcher die Arbeiter angehören...

Was nicht der Bundesrath hier dringend Veranlassung, von der Befugnis, die ihm § 120 der Gewerbe-Ordnung erteilt, in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben...

Brandenburgstr. 80, Quergebäude. Schraubenfabrik von Erdmann u. Groh, unsaubere Klosets und als Pissoir dienende Ausgänge...

Leipzigerstr. 47. Für die Angestellten mehrerer großer Geschäfte befindet sich die Klosetts im Keller in sehr schlechter Verfassung...

Mühlentorstr. 17; ein an die Kriegsakademie abkommandirter Lieutenant aus Jüterburg hat einen Burschen, der auf dem Hof in einem Pferdestall schläft...

Oranienstr. 35, Hof 4 Tr. bei Lohdahl. Das Wohn- und Schlafzimmer ist an zwei freien Wetterseiten mit Schimmel bedeckt...

Börsenstr. 46, Quergeb. 3 Tr. bei Spang. Die Wände der als Wohn- und Schlafraum dienenden Stube sind naß und mit Pilzen bedeckt...

Pflanzmassen überzogen, die das Aussehen von Blumenkohl haben. In diesem ungesunden Raum (zwei Wetterseiten, oben und unten nicht bewohnt) schlafen 6 Personen...

Für die Arbeiter-Sanitätskommission gingen weiter ein: 6 M. für ein Attest.

Literarisches.

Krmer, Hermann, Rechtsanw., Detailreisen und Haushandel nach der Gewerbe-Ordnungsnovelle...

Die kleine Broschüre ist für die Detailreisenden und den Haushandel ein recht guter Leitfaden. Die sehr komplizierten und oft unverständlichen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung...

Eingelaufene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 21. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Nach dem Hamburger Ausstand...

Rum Glühwein Fruchtsäfte Ungarwein Fruchtweine

ausgezeichnete Qualität, 1 Liter 1.10, 1.60, 2.10...

Extract ganz vorzüglich, 1 Liter 1.20, 5 Liter 5.50...

Obst- und Zitrusfruchtsäfte, 1 Liter 1.30...

besten Qualitäten, 1 Liter 1.10, 5 Liter 5.25...

Johannisbeer-Wein, Heidelbeer-Wein, 1 Flasche 75 Pf.

Eugen Neumann & Co.

Verkaufsstellen: Belle-Alliance-Platz 6a, Neue Friedrichstr. 81, Oranienstr. 190, Genthinerstr. 29, Grüner Weg 56, Charlottenburg: Kaiser-Friedrichstr. 48, Potsdam: Bismarckstr. 7.

Advertisement for J. Adler Teppich-Haus, featuring various carpets and furniture. Includes text: 'erstauulich billig!', 'BERLIN C. Spandauerstr. 30, vis-à-vis Rathhaus.'

Advertisement for J. Baer, Berlin N., featuring health products and furniture. Includes text: 'nur Gesundbrunnen 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee', 'Herren- u. Knaben-Garderobe', 'Arbeitssachen'.

Advertisement for Ludwig Engel, Münzstr. 26 part, featuring clothing and fabrics. Includes text: 'Uebervorteilung ausgeschlossen!', 'Jeden Rod- oder Jacketanzug zu fertigen mit den haltbarsten Stoffen...'.

Advertisement for E. Klähn, Köpenickerstr. 163, featuring various goods. Includes text: 'Speck, Schweinefleisch, gepökelte o. geräucher. Schinken...', 'E. Klähn, Köpenickerstr. 163, Telefon IV, 5151.'

Advertisement for Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75, featuring furniture and bedding. Includes text: 'Jeden Sonntag: Grosser Ball. Ferner empfehle meine Säle zu Versammlungen...', 'Hermann Brüder.'

Advertisement for Metzner's Korbwaren-Fabrik, featuring baskets and furniture. Includes text: 'Metzner's Korbwaren-Fabrik, Berlin, 1. Geschäft: Andreasstr. 23, 2. Geschäft: Brunnenstr. 95...', 'Kinderwagen, grüßes Lager Berlin's Wänter...'.

Enorme zurückgekehrte Teppiche!!  
Portièren!!  
Gardinen!!  
Steppdecken!!  
erschaffenlich billig.  
Teppich-Haus  
Emil Lesèvre, Berlin S  
Oranienstr. 158.  
Prachtkatalog  
mit buntsfarbigen Teppich-  
Illustrationen, sowie circa 200  
Gardinen- und Portièren-Abbil-  
dungen in künstlerischer Aus-  
führung auf Wunsch gratis und  
franco!  
Größtes Teppichhaus  
Berlins.

Kinderwagen-  
Bazar  
**Max Brinner.**  
Friedrichstr. 42.  
Brunnenstraße 6.  
Friedrichstr. 128.  
Vorzügliche Auswahl  
von Kindern, Sport-  
und Puppenwagen,  
bestes Fabrikat, billigst. Musterbuch  
gratis u. franco. Teilzahl. gestattet.  
**Trauringe** reelle Gulden, ge-  
teilt 22,50 R. 1 1/2 Gulden, 2 Gulden.  
Gold seitemp. 600. 7 Gram 20,50 R.  
5 1/2 Gram 15,50 R. Alle anderen  
Goldarbeiten ebenfalls billig. [3482]  
**Hugo Lemcke, Auguststr. 91** pt.  
nahe d. Oranienburgerstr. Geogr. 1840.  
**Möbel auf Teilzahlung.**  
**J. Kellermann,**  
Neue Jakobstraße Nr. 26.  
**Uhren-, Goldwaaren-Verband.**  
Baar-Verkauf u. Teilzahlung.  
Bestellg. briefl. Vogdt, Auguststr. 92.

# Aufsehen gemacht

haben meine an die Grenze gelangten niedrigen Verkaufspreise und die allgemeine Kaufkraft in  
einer mir kaum glaubhaften Weise gesteigert. Kaufleute und Konsum-Vereine  
haben meine Preise auf das Eingehendste geprüft und mich erjacht, ihnen meine Waren zum  
Verkauf zu überlassen.  
Mein Lager steht jedem zur Verfügung; jedoch ist ein persönlicher Einkauf Bedingung.  
Um mir aber mit meinen eigenen Waaren keine Konkurrenz zu schaffen,  
kommen dieselben nur mit meinem vollen Firmenstempel versehen zum Verkauf.  
Die Original-Verkaufspreise sind auf jedem Stück deutlich vermerkt und ist daher eine Ueber-  
vorteilung seitens sämtlicher Angelegten vollständig ausgeschlossen. Umtausch gern gestattet.

## Kleiderstoffe,

Original-Preise garantiert,  
in nur modernen u. gewählten Farbentönen

Schwarz Crêpe Cheviot, reine Wolle	Meter 35 Pf.	Gebiet, reine Wolle, doppeltbreit	Meter 48 Pf.
Schwarz Cachemir, reine Wolle, doppeltbreit	Meter 50 Pf.	Vodentstoffe, gebogenes Straßenkleid	Meter 50 Pf.
Schwarz Faconné, reine Wolle, doppeltbreit	Meter 60 Pf.	Englische Fantasiestoffe, reine Wolle, doppeltbreit	Meter 50 Pf.
Schwarz Karmure, reine Wolle, doppeltbreit	Meter 88 Pf.	Indischer Route, 120 cm. breit, reine Wolle, doppeltbreit	Meter 75 Pf.
Schwarz Zelden-Wohair, größte Neuheit, doppeltbr.	Meter 95 Pf.	Berlin-Crêpe, vollgriffig, reine Wolle, doppeltbreit	Meter 95 Pf.
Schwarz Brocat, sehr dick, reine Wolle, doppeltbreit	Mtr. 1.20 M.	Fantasia-Karos, kleine, nur neue Farbentstellungen	Meter 54 Pf.

1 Posten **Maler-Coupons** nur in schwarz, v. 6-8 Mtr., darunt.  
die aparteste Neuheit, der ganze Coupon 3.40, 4.50, 6.60-9.50 M.

### Seidenstoffe.

1 Posten Merbeilleux in allen Farben	Meter 88 Pf.
1 Posten Merbeilleux nur in schwarz, reine Seide	Meter 100 Pf.
1 Posten Foulards, reine Seide	Meter 73 Pf.
1 Posten Seiden-Bengalines in allen Lichtfarben	Meter 95 Pf.
1 Posten <b>Damasse-Noiré-Antique</b> , 60 cm breit	Meter 195 Pf.

### Leinen- und Baumwoll-Waaren.

Weiße Bettbezugstoffe, in ganzer Bettbreite	Meter 52 Pf.
Rosa Federleint in ganzer Bettbreite	Meter 68 Pf.
Damast-Handtücher, extra breit und lang	Stück 32 Pf.
Küchen-Handtücher, Gerstenform, abgepaßt	Stück 12 Pf.
Leinwand, hervorragende Leistung	Meter 29 Pf.
Leinwand, fertig genäht, Bettbreite	Stück 125 Pf.
Tischtücher und Servietten zu hervorragend billigen Preisen.	

Sämtliche dieser Waaren werden zu Versuchen auch  
einzelnen verkauft.

## W. Pestachowski,

Grosse Frankfurterstrasse 86,  
zwischen Markus- und Marsiliustrasse.

Unfallfassen, Klagen, Eingaben.  
Patzger, Steglitzerstr. 65.  
**Deutsch. Portier**  
Zessert u. Malzkrautbier 1. Rang.  
Brauerei Burgthaler, Potsdam,  
gegr. 1736, bef. f. Biatarne, Brustkränke,  
Weich, Wachen,  
Wohnung u. d. leicht  
beständig, nahrh.  
kräftigste Bier. —  
In 6 Liter, best.  
best. Weichheit u.  
Genussvollgenuss.  
Aberr. 14 Pf. Sch.  
drei, 50 Jahre W.  
exll. In 6 Liter, 1/2,  
1/2, 1/2, 1/2, 1/2, 1/2,  
ab, weicht. bill.  
Klein-Vertrieb  
f. Berlin u. Prov.  
Portiererei  
**Ringler,**  
Berlin, Brun-  
nenstraße 152.  
Richt-Zahlenzahl  
— Qual. entscheid.

## Möbel-Verkauf

Köpnickerstr. 154, Hof part.  
und 1 Treppe im Hofgebäude, wo-  
selbst auch eigene Tapezierwerkstatt.  
Dabei bietet sich passende Gelegen-  
heit, geschmackvolle und solide Möbel  
zu ermäßigten billigen Preisen zu er-  
werben. Wir machen keine kostspielige  
Reklame, sind daher in der Lage,  
besser und billiger zu liefern als  
andere Konkurrenz. Ganze Einrich-  
tungen, mit Stube u. Küche beginnend,  
garantirt echt Nutzbaum, 300 M. Ge-  
samte Möbel können nach Wunsch  
sofort frei liefern. Geöffnet von 8-8,  
Sonntags von 7-10 und 12-2 Uhr.  
Lieferung franco.

## Hoffmann- Pianos

neutrales, weiches, mit gelb-  
ten, in 10 Meter ab. Weich,  
bei 1. Fortschritt. und 10 Meter ab.  
raum, gegen Feuchtigk. u. d. d. d.  
ohne Preisverl., nach Wunsch ist.  
Probe (Wohnung u. Hotel, gratis)  
Jerusalemstr. 14, Berlin.

## Preisliste von CARL STIER

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe  
168 Oranienstrasse 168  
zwischen Adalberstrasse und Elisabeth-Ufer.  
(Liefer. d. Postpar- u. Vorschuss- u. d. Berl. Lehrervereins.)

### A. Anzüge.

Jaquet-Anzug v. melirt. u. kariert. Buckskin, schöne Muster	Mark 17,50
Jaquet-Anzug von melirtem gewirtem Buckskin, schöne Muster, sehr haltbar	20,—
Jaquet-Anzug v. dunkelblauem Cheviot, ein- od. zweireihig	20,—
Jaquet-Anzug von feinem Cheviot, kariert und melirt	28,—
Jaquet-Anzug von dunklem Velour, schöne Muster, sehr haltbar und schwer	36, 37 und 22,50
Jaquet-Anzug v. blauem Cheviot, eleg. Anzug, 1- od. 2-reihig	30,—
Jaquet- oder Rock-Anzug von Kammgarn, haltb. u. eleg.	30,—
Jaquet- oder Rock-Anzug v. gemust. Kammg. eleg. Anzug	36,—
Jaquet- oder Rock-Anzug v. einl. Kammg. fein Salonanz.	36,—
Jaquet-Anzug v. feinst. Cheviot, blau od. schw., 1- od. 2-reihig	36,—
Jaquet-Anzug von prima Cheviot, blau od. schwarz	42,—
Jaquet-Anzug von prima melirtem Cheviot, grösste Neu- heit, hochelegant und sehr haltbar	45,—
Jaquet- oder Rock-Anzug von gemustertem Aachener Kammgarn, eleganter Promenaden-Anzug, Neuheit	42,—
Jaquet-Anzug von gemustertem Aachener Kammgarn, Neuheit, sehr fein	45,—
Gehrock-Anzüge in Kammgarn oder Tuch, sehr elegant, 36, 40, 45 bis	54,—
Neu: Jaquet- und Joppen-Anzug von echt Kärnthener Lodenstoff, wasserdicht und ausserordentlich haltbar	35,—

### B. Paletots.

Paletot von Eskimo	54, 48, 45, 36, 35, 33, 24, 18 bis 15,—
Paletot von Loden	36, 27, 24 bis 19,50
Paletot von Cheviot	48, 45, 36 bis 24,—
Paletot von Velour, Ratiné, Floconné etc. etc.	54 bis 20,—
Hohenzollern-Mantel in grau, mit reinwollenem Lama- futter	25, 30, 36 bis 45,—
Hohenzollern-Mantel in dunkelblau, schwarz, mode, olive etc.	65, 57, 54, 48 bis 38,—
Havelocks und Peierinen-Paletots	36, 30, 28 bis 20,—

### C. Schlafrocke.

Schlafrock von schwerem Double, Tuch- oder Sammetbesatz und Quaste	10,—
Schlafrock von feinem Double	12,—
Schlafrock von schwerem Velour	15,—
Schlafrock von bestem Double, sehr schwer	19,—
Schlafrock von schwerem Velour mit carrirtm Futter 25 u.	30,—
Schlafrock von Phantasiestoff, hochelegant	25, 30 u. 33,—

### D. Hosen.

Hose von gewirtem Buckskin in melirtem Mastern	3,10
Hose von Buckskin, kräftige Winterhose	4,50
Hose von Zwirn-Buckskin, schöne gestreifte Muster in halt- baren Stoffen	5,50
Hose von Forster Zwirn-Cheviot, elegante, haltbare Stoffe	7,50
Hose von Velour, in kräftiger, gestr. Waare, hell od. dunkel	6,50
Hose von Velour, in sehr kräft. Waare, gestr. od. gemustert	8,—
Hose von schwarzem Satin	15,—, 12,—, 10,— und 8,50
Hose von Kammgarn mit Seide, hochfeine neue Muster	9,50
Hose von Velour, prima	12,—
Hose von Aachener Kammgarn, sehr elegant	12,— und 10,—
Hose von prima Kammgarn, hochfein	20,— bis 15,—
Hose von Kottbuser Zwirn, Neuheit, sehr elegant und fest	8,50
Hose von Kottbuser Cheviot	14,— und 12,—

### E. Westen.

Weisse Westen	von 2,50 Mark an
Seidene Westen in allen Qualitäten	von 2,50-12,— Mark.
Stoff-Westen	2,50 Mark.

### F. Knaben-Anzüge.

In Knaben-Anzügen halte ich stets eine sehr grosse Auswahl  
der neuesten Stoffe und Façons und empfehle dieselben schon  
von 4 Mark an.

### Einsegnungs- und Burschen-Anzüge

sind in reicher Auswahl zu billigen Preisen vorhanden.  
Echt bayerische Lodenjoppen, wasserdicht, mit und ohne  
Futter 20,—, 18,—, 16,50, 15,50, 12,—, 10,— bis 8,— Mark.  
Kameelhaar-Lodenjoppen, vollständig wasserdicht,  
20,—, 16,— und 12,50 Mark.

Die festen Preise sind an jedem Gegenstand deutlich  
angegeben. Handel ausgeschlossen.

## A. Schulz, Möbel- und Polsterwaarenfabrik

gegründet 1878. 1897L\*  
Reichenbergerstrasse No. 5, zwischen Kottbuser Thor  
und Ritterstrasse.

Sehr großes Lager bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen in Nutzbaum und Mahagoni von 240,  
300, 400, 500, 600, 800 bis 10000 M. in nur anerkannt gelegener Ausführung.

In unseren 980L\*  
**54 Schankstätten**  
verzapfen wir vom 31. d. M. ab  
**10 Liter Bockbier feinsten Qualität für 10 Pf.**  
Lagerbier nach wie vor **1/4 Ltr. 5 Pfg.**  
**15 halbe Literflaschen } je 1,50.  
20 kleine Weissen }**  
Kantinen und Werkstätten höchste Rabattsätze  
je nach Uebereinkunft.  
BRAUEREI GERMANIA  
Frankfurter Allee 53.

Gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.  
**Loh-Tannin-, Heissluft- und Dampfkastenbäder**  
mit Verpackung, Massage.

## Ritter-Bad, Bad Frankfurt,

18 Ritterstr. 18 (Gde Pringenzstr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136.  
Bäderlieferung für sämtliche Krankentafeln Berlins und Umgegend.

### Kur-Bade-Anstalt und Massage

für Rheuma-, Gicht- und Nervenranke veraltete  
Leiden  
von **H. Mania**, Brunnenstrasse No. 16.  
Loh-, Dampf- und Heissluft-Kasten-Bäder,  
Kohlensäure und andere medizinische, sowie Wannabäder,  
Lieferant u. Masseur sämtlicher Ortskrankenh. u. Freier Hilfskassen.  
Die Pillale nur für Massage ist Tramstr. 46 (4-5 1/2 Uhr).  
Langjähriger, nicht in einigen Tagen ausgebildeter,  
Anstalts-Masseur.  
NB. Bitte meine Anstalt nicht mit der Brunnenstr. 2 zu verwechseln.

## Arkonabad

34, Anflamerstr. 34 (Schrägüber der  
Zionskirchstrasse).

Wannen u. medizinische Bäder sowie russisch-römisch  
und vorzügliche Kalkdampf-bäder mit Einsaugung,  
Massage u. s. w. Annahme ärztlicher Verordnungen  
für Bäder der Orts-, Jannungs-, Fabrik- und freien Hilfs-  
Krankentafeln Berlins und Umgegend.

Alle Krankheiten sind heilbar, wenn nicht einzig Widerstandskraft noch  
rechtzeitig meine bewährte hygienisch, Natur-  
beimittel und meine gel. gelch. Loh-Inhalations-Präparate zu  
überall leicht herstellb. Bad angewendet werden. Kussel aber meine  
Heilmethode, welche ohne jede Verunsicherung angenehm und erfolg-  
reich wirkt und die denkbar billigste ist, gibt mein Werk: **Reform im  
Heilwesen**, weich. geg. Einband v. 50 Pf. foto. verf. Sperrst. 11-2 u. 5-8.  
BERLIN, 10882\*  
**Berthold W. Contl**, An der Jannowbrücke 1.

### Homöopath.

Arzt **Dr. Hoesch**, Linienstr. 149, 8-10,  
5-7, Sonntags 8-10, f. Brust-, Unterleibs-,  
Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten.  
Poliklinik Liesenstr. 17, 2-3 Uhr. 948L\*

Nach der Inventur  
zurückgekehrte Artikel,  
Beste etc. habe ich zu  
spottbilligen Preisen in  
der 1. Etage ausgelegt.  
**Carl Schloss,**  
Waarenhaus „Süd-Ost“  
22, Wienerstr. 22.  
I. Grünauerstr. 1 a. Götlicher Bahnh.  
10709\*

Echt chinesische  
**Mandarinendamen**  
(gesetzlich geschützt)  
das Pfund Mk. 2,85,  
natürliche Damen wie alle asiatischen,  
garantirt neu und staubfrei,  
in Farbe ähnlich den Überdauern,  
anerkannt vollständig, haltbar;  
3 bis 4 Pfund genügen zum  
grossen Oberbett.  
Kausende von Kartennummern  
Bespandung liefern. Versand gegen  
Nachnahme nur allein von der  
ersten Bettfedernfabrik  
mit elektrischen Betriebe  
**Gustav Lustig,**  
Berlin S., Pringenzstr. 46.

## Kinderwagen,

hochmoderne,  
von 15 M. an.  
Bettstellen für  
Kinder u. Erwachsene  
von 4 M. an.  
Leiter, Sport-  
u. Puppenwagen  
Niesenauswahl.  
**E. Stiassny,**  
Berlin C., nur Wallstrasse 21.

Auf Teilzahlung!  
Schlag-Regulat. 14 T. geb. 18 M.  
Stüb. Herren-Kleider- u. Uhr 15  
2 jährige Garantie  
Charlottenstr. Nr. 15.  
Rein Abgangsgeschäft!

### Bettfedern-Spezialgeschäft

**C. M. Schmidt,**  
Berlin, Andreadstr. 59, vom 1 Tr.  
Grösste Auswahl gereiniger Gänse-  
federn und Daunen Vfd. 1, 2 bis  
6 R. Fertige Betten 9, 15 u. 18 M.  
Bettfedern Vfd. 36, 60 u. 70 Pf.

Ohne Konkurrenz  
kosten bei mir jede Uhr  
zu reparieren u. reinigen  
außer Bruch nur 1,25 M.  
Kleine Reparaturen von  
10 Pf. an.

### L. Brandmann,

Uhrmacher, 31435  
Berlin N., d. Hamburgerstr. 27,  
Gde. Eisenstrasse.

## Roh-Tabak

(sehr preisw. Sumatra's)  
**Rud. Völcker & Sohn,**  
Köpnickerstr. 45.  
Javas und Brasils von 56 Pf. an, in leichter  
gutrennender Waare, Sumatra von 1,50 R. an,  
Kottbuser Brand, empfiehlt  
Carl Roland, Parliamentsstr. 23.